



Das  
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS  
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV  
DOKUMENTENHEFT

# Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag



# Das geteilte Berlin und die Stasi

**Spionage, Opposition und Alltag**

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>Berlin, die geteilte Stadt</b>	<b>8</b>
Fotoalbum von Erich Mielke zum Mauerbau in Berlin	9
Stimmungsanalyse der Bewohner des Grenzgebiets in Berlin-Mitte	11
Bahnhof Friedrichstraße	13
Besucherbüros in West-Berlin: Einreiseanträge	14
Lageplan der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße	15
Passkontrolleinheit Heinrich-Heine-Straße: Mittel gegen „Demonstrativtäter und Provokateure“	16
Agentenaustausch auf der Glienicker Brücke	17
Die Berliner Mauer aus der Luft	19
<b>„... Liquidierung einer Personenschleuse“</b>	<b>20</b>
Bericht eines Geheimen Informators	21
Haftbefehl gegen Fanni Herklotz	23
Vernehmungsprotokoll von Fanni Herklotz	24
Bestätigung über die Existenz des Tunnels	31
Strafaussetzung	33
<b>Die West-Berliner Polizei im Blick: Der abgeschöpfte Sohn</b>	<b>34</b>
Vorschlag zur weiteren Aufklärung und Bearbeitung des Sohnes	35
Bericht über ein Treffgespräch	38
Informationen aus Handwerkerkreisen	39
<b>Jürgen Fuchs in West-Berlin</b>	<b>40</b>
Manuell rekonstruiertes Schreiben	41
Manuell rekonstruierte Karteikarte	42
Auftragsersuchen – Beobachtung	43
Bildbericht über das „Zielobjekt“ Jürgen Fuchs	47
Skizze von Jürgen Fuchs' Wohngegend	49
Virtuell rekonstruierte Zwischeneinschätzung	50
Virtuell rekonstruierter Vermerk	58
Vorschlag zur Teilarchivierung	59

<b>Kunst ohne Staat am Prenzlauer Berg: Die OPK „Galerie“</b>	<b>60</b>
Ermittlungsbericht	61
Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle	63
Maßnahmeplan	64
IM-Bericht	67
10-Tage-Bericht	68
Tonbandabschrift IM-Bericht	69
Aktenvermerk	70
Information	71
Vermerk	72
Einschätzung	73
<b>750 Jahre Berlin in Ost und West</b>	<b>74</b>
Information zu „gegnerischen Aktivitäten“	75
Information über angebliche Meinungsäußerung von Eberhard Diepgen	77
Information zum Stand der westlichen Planungen	78
Information zum Reagan-Besuch	80
Fotos der Rede Ronald Reagans	83
Einladung zum historischen Festumzug in Ost-Berlin	84
Information zum historischen Festumzug	85
Route des historischen Festumzugs	86
Stimmungsbericht zum Festumzug	88
Informationen der Stasi über Meinungen innerhalb der Bevölkerung zur Jubiläumsfeier	89
<b>Das Ende der Stasi</b>	<b>90</b>
Aufbau der „Verwaltung B2“	91
Strukturschema einer geplanten Stasi-Kreisdienststelle in Charlottenburg	93
Anweisung Erich Mielkes zur Zurückdrängung aller gegen das SED-Regime gerichteten Handlungen	94
Fotos der Kundgebung gegen staatliche Gewalt und für Meinungs- und Versammlungsfreiheit	100
Wortmeldungen und Losungen während der Demonstration am 04.11.1989	102
Aufruf des Neuen Forums zur Demonstration vor dem Dienstobjekt Ruschestraße	106
<b>Anhang</b>	<b>108</b>
Abkürzungsverzeichnis	109
Stasi-Unterlagen-Archiv	115
Dokumentenhefte	119

# Vorwort

## Das geteilte Berlin und die Stasi

### *Berlin*

*Berlin, du deutsche deutsche Frau  
Ich bin dein Hochzeitsfreier  
Ach, deine Hände sind so rauh  
Von Kälte und von Feuer  
Ach, deine Hüften sind so schmal  
wie deine schmalen Straßen  
Ach, deine Küsse sind so schal  
ich kann dich nimmer lassen*

*Ich kann nicht weg mehr von dir gehn  
Im Westen steht die Mauer  
Im Osten meine Freunde stehn  
Der Nordwind ist ein rauher  
Berlin, du blonde blonde Frau  
Ich bin dein kühler Freier  
Dein Himmel ist so hunde-blau  
Darin hängt meine Leier*

*Wolf Biermann*

*Aus dem Stück „Berliner Brautgang“*

Vier Jahrzehnte lang war Berlin geteilt. Von 1949 bis 1989 war die östliche Hälfte Hauptstadt der DDR und die westliche Hälfte quasi ein Außenposten der Bundesrepublik. Als Sitz der SED-Führung und der Regierung der DDR spiegelte Ost-Berlin all die Widersprüche, die den ostdeutschen Staat kennzeichneten, in konzentrierter Form wider. Mit verschiedenen Beinamen bedacht, hieß der Ostteil „demokratischer Sektor Groß-Berlins“, „Hauptstadt der DDR“, „Stadt des Friedens“ und sollte so Aushängeschild des kommunistischen Systems sein.

West-Berlin, eine kapitalistische Insel inmitten der DDR, war nicht nur „Stachel im Fleisch“, sondern auch für die Stasi ein besonders vielversprechendes Beobachtungsobjekt und eine wichtige Informationsquelle. Die ganze Stadt Berlin, geteilt wie sie war, bildete im Kleinen das Schicksal des gespaltenen Landes ab. In dieser Konstellation hatte die Stasi ein vielschichtiges Aufgabenfeld im Ost- und Westteil der Stadt.

Das Ministerium für Staatssicherheit, kurz Stasi, wurde am 8. Februar 1950 unter Aufsicht und Anleitung der sowjetischen Besatzungsmacht gegründet. Der Hauptsitz des MfS entstand zunächst im Lichtenberger Finanzamt in der Normannenstraße. Dort übernahmen Stasi-Offiziere die Räume des sowjetischen „Informations-Ministeriums“ (später KGB). Fortan

wuchs das Areal des Ministeriums zu einem Quartier für zuletzt fast 7 000 Mitarbeiter heran.

Der Auftrag für die DDR-Geheimpolizei war durch die SED vorgegeben. Es galt das niederzuhalten oder auszuschalten, was die Macht der SED gefährdete oder ihr entgegenstand. Dazu sollten vor allem die vom Staat als „Feinde“ des Sozialismus definierten Menschen schon im Vorfeld erkannt und an Opposition gehindert werden. Jede Methode der Informationsgewinnung und Einschüchterung wurde dafür genutzt: Beobachtung, Bespitzelung, Befragung, Post- und Telefonüberwachung, als „konspirative Durchsuchungen“ getarnte Wohnungseinbrüche, aber auch Zuführungen, Arreste und Verhöre.

Der Auftrag des MfS galt offenkundig nicht nur für Ost-Berlin sondern DDR-weit und darüber hinaus. So agierte die Stasi auch in West-Berlin. Sie überwachte die Grenze, sie spionierte in der Verwaltung, bei der Polizei, bei den westlichen Alliierten. Und im ersten Jahrzehnt entführten und in einigen Fällen mordeten Stasi-Offiziere auch Hunderte Menschen, die sich im Westen schon in Sicherheit glaubten.

Bis 1961 war Berlin eine relativ offene Stadt, in der es trotz getrennter Verwaltungen in Ost und West möglich war, sich weitgehend ungehindert zu bewegen.





**Die Mauer aus der Luft, 1988–1989**  
Luftbildaufnahme der Berliner Mauer am Brandenburger Tor.  
*BArch, MfS, HA I, Fo, Nr. 365, Bild 32*

Berlinerinnen und Berliner lebten im Osten und arbeiteten im Westen, manche hielten es umgekehrt. Für die Menschen in der DDR war Berlin die offene Tür in die Freiheit, durch die sie dem zunehmenden politischen Druck entfliehen konnten oder in der sie die Chancen einer prosperierenden Marktwirtschaft wahrnahmen. West-Berlinerinnen und West-Berliner nutzten die für sie günstigen Einkaufsbedingungen im Osten. S- und U-Bahnen fuhren durch die ganze Stadt.

Immer mehr Menschen wählten allerdings Ende der Fünfziger-, Anfang der Sechzigerjahre die endgültige Ausreise in den Westen. Ihrer gegen die Partei gerichtete Abstimmung mit den Füßen setzte die SED am 13. August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer ein Ende. Mit der Abriegelung wurde die Sektorengrenze im Wortsinne zugemauert. Neun Tage später kostete das Bauwerk ein erstes Menschenleben: Ida Siekmann verunglückte bei der Flucht aus dem Fenster ihrer Wohnung in der Bernauer Straße. Am folgenden Tag erschossen Grenzpolizisten Günter Litfin bei seinem Fluchtversuch.

Bis zu ihrer Öffnung im November 1989 verloren mindestens 140 Menschen an der Berliner Mauer ihr Leben.

Die Schüsse auf „Republikflüchtige“, wie sie im DDR-Jargon hießen, machten eines deutlich: Mit dem streng gesicherten Bauwerk war nicht der „Schutz“ vor den „faschistischen“ Einflüssen aus West-Berlin bezweckt, wie es die SED-Führung begründete. Die Mauer versperrte den Menschen in der DDR den Weg Richtung Westen. Diese Tatsache so weit als möglich aus dem Blickfeld geraten zu lassen, war in verschiedener Weise auch Aufgabe der Staatssicherheit.

Gelangen Fluchten an der Grenze, wurden die Methoden recherchiert, um jede Wiederholung zu verhindern und Hintermänner und -frauen zu bestrafen. Endeten Fluchten tödlich, musste dies, so gut es ging, vertuscht werden. Das gelang längst nicht immer. Da Todesfälle an der Berliner Mauer für die DDR-Führung vor allem als ein Problem des Ansehensverlusts gewertet wurden, galt es insbesondere Fluchtversuche schon weit im Vorfeld zu verhindern. Geriet jemand auch nur in den Verdacht mit einer Flucht zu sympathisieren, setzte die Stasi „operative Maßnahmen“ ein. Um Fluchtpläne zu durchkreuzen, wurden Menschen mit den Mitteln der Bespitzelung bis hin zur „Zersetzung“ und der Haft verfolgt. Ungezählte Akten im Stasi-Unterlagen-Archiv zu Schicksalen von Abertausenden Menschen zeugen davon.

In Ost-Berlin lagen die zentralen Verwaltungsbehörden und Ministerien der DDR. Hierhin zog es über vier Jahrzehnte daher viele der SED-loyalen Funktionärinnen und Funktionäre. Berlin war allerdings auch ein Magnet für Kreative, Kunstschaffende, eigensinnige Köpfe, Querdenkende und nicht zuletzt politisch Oppositionelle. Die Großstadt bot mannigfache Möglichkeiten für wechselseitige Impulse und Anregungen. So wurde Berlin nicht nur zum Zentrum der Herrschaft, sondern zugleich zu einem der Zentren vielfältiger Widerstände. Darin ähnelten sich unter sehr unterschiedlichen Vorzeichen beide Stadthälften in Zeiten der Teilung. Auch West-Berlin wurde zu einem Anziehungspunkt alternativer und künstlerischer Naturen.

Wer in Ost-Berlin lebte, war trotz Mauer nah dran am Westen und seinen vielfältigen Informationen. Seit Ende der Sechzigerjahre sendeten in der gesamten Stadt fünf deutsche Fernsehstationen und etliche Radiosender, von denen die SED nur eine Minderzahl kontrollieren konnte. Um sieben oder acht Uhr abends ließen viele Menschen gedanklich Mauer und „Aktuelle Kamera“ im DDR-Fernsehen hinter sich und informierten sich bei „heute“ und „Tagesschau“ oder der „Berliner Abendschau“, dem Regionalprogramm des Sender Freies Berlin in Charlottenburg. Bei ungezählten Kassettenrekordern klackten die Aufnahmetasten, wenn der RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) oder S-F-Beat ihre Musik-Sendungen starteten.

Ab 1973 war es Journalistinnen und Journalisten aus dem Westen erlaubt, als Korrespondenten aus der DDR zu berichten. Damit blieb auch der DDR-Bevölkerung vieles nicht mehr verborgen. Was die staatlich kontrollierten Medien der DDR gern ausließen, konnte man bei ARD und ZDF sehen.

In den Siebziger- und vor allem in den Achtzigerjahren begannen Oppositionelle in der DDR sich offener zu organisieren. Junge Männer verweigerten den Wehrdienst, Künstlerinnen und Künstler agierten jenseits des offiziellen Kunstbetriebes, zahlreiche Publikationen erschienen als Samisdat (eigenverlegte Publikationen) im Untergrund oder halboffiziell unter dem Dach der Kirchen. Berlin wurde eines der Zentren dieser wachsenden Opposition.

Bis in den Herbst 1989 konnte die SED ihre Herrschaft allerdings aufrechterhalten. Die Stasi verstärkte ihre Kontrollmaßnahmen. Wieder und wieder versuchte

die Geheimpolizei, Oppositionelle einzuschüchtern. In mehreren Aktionen verhaftete sie führende Köpfe der Gruppierungen und nötigte nicht wenige zur Ausreise. Der Versuch, sich so der wachsenden Opposition zu entledigen, sollte fehlschlagen.

Während in beiden Teilen der Stadt mit großem Aufwand das 750. Stadtjubiläum begangen wurde, konnten Umwelt- und Menschenrechtsgruppen eigene öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführen. Im November 1987 versuchte das MfS dann in einer überraschenden Aktion, die „Umweltbibliothek“, eine von Oppositionellen gegründete freie Bildungseinrichtung im Keller einer Kirche im Prenzlauer Berg, zu zerschlagen. Es gab Verhaftungen und Anklagen.

Doch die Aktion bewirkte das Gegenteil. Menschen solidarisierten sich mit den Verhafteten, die bis dahin nicht mit ihnen in Berührung gekommen waren. Auch die erzwungene Abschiebung einiger prominenter Oppositioneller in den folgenden Monaten vermochte die beginnende Umwälzung nicht mehr umzukehren.

Als sich die Oppositionellen im Herbst 1989 offen organisierten und das Regime eher hilflos erstarrte, schlossen sich Tausende ihnen an. Die Prügelattacken des MfS gegen die Berliner Demonstrierenden am 40. Jahrestag der DDR am 7. und 8. Oktober 1989 waren ein weiterer vergeblicher Versuch, die Proteste gegen das Regime zu ersticken. Am folgenden Tage kapitulierte das Regime vor den Demonstrierenden in Leipzig. Abertausende strömten nun fast täglich auf die Straßen der DDR, auch in Ost-Berlin. Am 9. November musste die SED dem Druck der entschlossenen Bürgerinnen und Bürger weichen und die Mauer öffnen.

Wenig später ging es auch der verhassten Stasi an den Kragen. Erst (Anfang Dezember 1989) in den Bezirksverwaltungen der DDR, dann auch (am 15. Januar 1990) in Berlin, wurden die Dienststellen und die Zentrale unter die Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern gebracht. Mit dem 3. Oktober 1990, dem Tag der Deutschen Einheit und dem Tag, an dem auch Berlin wieder eins wurde, begann die Arbeit des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Die folgenden Unterlagen zeigen Facetten der in Stasi-Unterlagen dokumentierten Geschichte(n) zur geteilten Stadt.

# Berlin, die geteilte Stadt

Zwischen 1949 und 1961 verließen rund 2,7 Millionen Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik. Viele nutzten für den Weg in den Westen Berlin als Transit oder Endziel. Als sich die SED-Führung entschloss, die Grenzen zu West-Berlin abzuriegeln um die stetige Abwanderung zu stoppen, war dieses Schlupfloch versperrt.

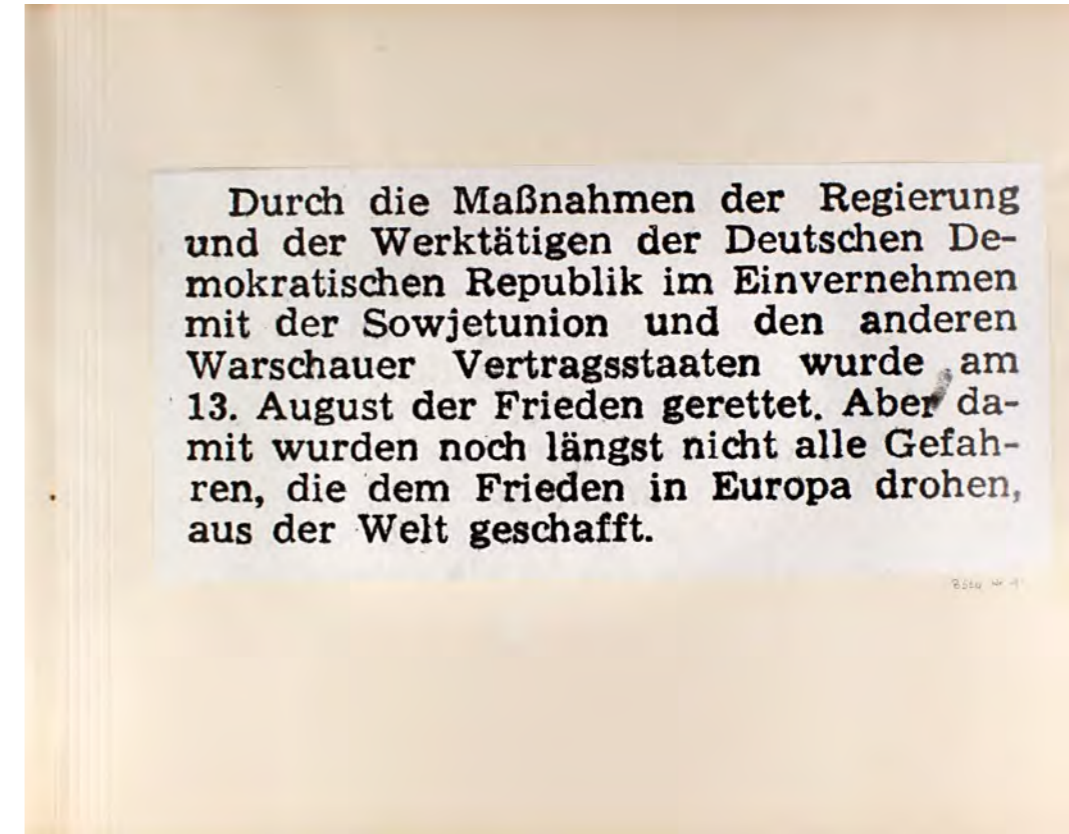
In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 besetzten Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) und Betriebskampfgruppen die Sektorengrenze und errichteten Sperranlagen – überwacht durch die Stasi. Ein Fotoalbum, das bis 1989 im Büro von Stasi-Minister Mielke gelegen haben soll, zeigt die Stasi-Perspektive: Ein eingeklebter Zeitungsausschnitt auf der ersten Seite nennt den Mauerbau eine „friedensrettende Maßnahme“. Fotos zeigen die Sperrung der Sektorengrenze, die Konfrontation von amerikanischen und sowjetischen Panzern am Checkpoint Charlie und eine Parade der Betriebskampfgruppen.

Spätere Luftaufnahmen aus dem Bestand der Stasi veranschaulichen, wie sich der Grenzstreifen in den folgenden 28 Jahren weiterentwickelte: Am Checkpoint Charlie ist die Stadt durch einen breiten Gürtel geteilt.

West-Berlinerinnen und West-Berliner konnten ihre Angehörigen im Ostteil der Stadt erst wieder zwei Jahre nach Mauerbau im Rahmen des Passierscheinabkommens von 1963 besuchen. Ab Dezember 1971 erlaubten neue Reise- und Besuchsregelungen West-Berlinerinnen und West-Berlinern, jährlich an bis zu 30 Tagen nach Ost-Berlin zu reisen. In fünf Besucherbüros im Westteil der Stadt nahmen Mitarbeiter der Arbeitsgruppe XVII des Ministeriums für Staatssicherheit entsprechende Anträge entgegen, ohne dass sie als Offiziere der DDR-Geheimpolizei erkennbar waren.

Zu einer der wichtigsten Grenzübergangsstellen zwischen Ost- und West-Berlin entwickelte sich der Bahnhof Friedrichstraße. Während Reisende hier in langen Schlangen auf ihre Abfertigung durch verdeckte Stasi-Offiziere warten mussten, konnten Mitarbeiter der Staatssicherheit den normalen Reiseverkehr durch eine „Agentenschleuse“ umgehen.

Auch die Glienicker Brücke zwischen Berlin und Potsdam gehörte zum Mauerring, der West-Berlin von seinem Umland abtrennte. Große Bekanntheit erlangte sie insbesondere als Ort mehrerer spektakulärer Agentenaustausche. Der Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanski, der 1978 unter dem Vorwurf der Spionage in der Sowjetunion verurteilt worden war, wurde dort von US-Botschafter Richard Burt im Februar 1986 in Empfang genommen.



#### Fotoalbum von Erich Mielke zum Mauerbau in Berlin

Das Fotoalbum zur Erinnerung an den Mauerbau soll im Büro von Erich Mielke gelegen haben. Auf der ersten Seite ist ein Zeitungsausschnitt eingeklebt.  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2813, Bl. 1

Die Fotos auf Seite 14 des Albums zeigen amerikanische Militärpolizisten (Bild 1), Sperranlagen zwischen den Säulen des Brandenburger Tors (Bild 2) und die befestigte Sektorengrenze an einer Straßenkreuzung (Bild 3).  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2813, Bl. 14





Walter Ulbricht hält auf der Karl-Marx-Allee in Ost-Berlin eine Rede vor den Betriebskampfgruppen, die an der Sicherung des Mauerbaus beteiligt waren.  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2813, Bl. 18

Die Fotos auf Blatt 24 zeigen den Ausbau der Berliner Mauer mit speziellen Sperrkonstruktionen, sogenannten „spanischen Reitern“.  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2813, Bl. 24

BStU  
000043

Berlin, den 21.2.1962

Verwaltung Groß-Berlin  
- Informationsgruppe -

67/62

M f S  
- 10 -  
23. FEB 1962

Tgl. Nr. 21.2.62  
Weiter: .....

Informationsgruppe

Betr.:      Einschätzung der Stimmung der Bewohner des Grenzgebietes im Stadtbezirk Mitte

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß sich die meisten Bewohner der Häuser unmittelbar an der Staatsgrenze mit den Bedingungen, unter denen sie jetzt leben müssen, abgefunden haben.

Es gibt jedoch nicht wenig Bürger, die über ihre augenblicklichen Wohnverhältnisse sehr unzufrieden sind und dies bei jeder Gelegenheit auch zum Ausdruck bringen. Der Wunsch, eine andere Wohnung im Stadtbezirk zu erhalten ist fast bei allen vorhanden. Die meisten Diskussionen werden um das Problem der Passierscheine geführt. Durch die Grenzpolizei werden Passierscheine nur in äußerst begrenztem Rahmen ausgegeben. Viele Bürger verstehen nicht, daß hier ein strenger Maßstab angelegt werden muß. Den Hauptanstoß in dieser Beziehung haben die Grenz-ABV abzufangen, weil sich viele Bürger an sie wenden mit der Bitte, für Verwandte und Bekannte einen Passierschein auszustellen.

Bei der Abteilung Wohnungswesen des Rates des Stadtbezirkes liegen eine Reihe von Anträgen mit der Bitte um Zuweisung einer anderen Wohnung, die nicht unmittelbar im Grenzgebiet liegt, vor. Als Gründe bringen die Bürger zum Teil zum Ausdruck, daß sie in ihrer jetzigen Wohnung nicht von ihren Verwandten und Bekannten besucht werden können.

Ein junges Ehepaar aus der Luckauerstraße erschien in der Abt. Wohnungswesen und begründeten ihren Antrag auf Zuweisung einer anderen Wohnung damit, daß die Ehefrau schwanger und kränzlich wäre und in der jetzigen Wohnung die Hilfe ihrer Mutter oder Schwiegermutter nicht in Anspruch nehmen könnte.

In einem anderen Fall beschwerten sich Mieter über Schäden an den Häusern und vorhandene Verschmutzung. So wohnen in Haus Dresdnerstraße 114/Seitenflügel nur noch 3 Mietparteien. Sie

- 2 -

**Stimmungsanalyse der Bewohner des Grenzgebietes in Berlin-Mitte, 21.02.1962**

Nach dem Mauerbau beobachtete die Stasi die Stimmung in den Grenzregionen genau. Besonders die Wohnverhältnisse im unmittelbaren Umfeld der Mauer sorgten für Unzufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern.

BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 7, Bl. 43



- 2 -

BStU  
000044

führen Klage darüber, daß die sanitären Anlagen nicht mehr funktionieren, die Aufgänge total verschmutzt wären und die Rattenplage überhand nähme.

Das Ehepaar [redacted] aus der [redacted] stellte den Antrag auf eine neue Wohnung, weil es in beiden Zimmern ihrer jetzigen Wohnung durchregne und die KVV Reparaturen im Grenzgebiet nicht ausführe.

Ein anderer Teil von Mietern erklärt beim Antrag offen, daß sie die Aussicht auf die "Mauer" und den "Stacheldraht" nicht mehr ertragen könnten.

Charakteristisch für das unmittelbare Grenzgebiet ist ferner, daß dort laufend Gerüchte kursieren. In der Boyenstraße ist gegenwärtig das Gerücht stark verbreitet, daß diese Straße zum Frühjahr geräumt würde. Mit solchen Gerüchten werden aber die Bewohner ständig in Bewegung gehalten, auch der Teil, der sich mit den Lebensverhältnissen an der Grenze abgefunden hat. Die politische Arbeit wird dadurch sehr erschwert. Oftmals erklären Bürger, bei dem Versuch Hausgemeinschaften zu bilden bzw. gemeinsame Einsätze durchzuführen, daß dies alles keinen Zweck mehr hätte, da die Häuser ja über kurz oder lang doch geräumt werden würden.

Starke Diskussionen gibt es ferner über die Fragen der Versorgung, besonders mit Obst und Südfrüchten. Dazu ist einzuschätzen, daß die Grenzbewohner vor dem 13.8. in erheblichem Maße Einkäufe in Westberlin tätigten, bzw. zum großen Teil als Grenzgänger in Westberlin arbeiteten. Diese Personen nutzen die Versorgungslage aus, um Stimmung gegen die Maßnahmen vom 13.8. zu machen. Dabei treten zahlreiche feindliche Argumente auf, wie

- wir sind hier eingesperrt, wie im Gefängnis
- alles ist hier verboten, nichts darf man tun ohne Kontrolle
- die Polizei sieht uns bis ins Bett
- wenn wir aus dem Fenster sehen, sehen wir nicht weiter als Mauer und Stacheldraht.

Die angeführten Probleme und Stimmungen sind typisch für das unmittelbare Grenzgebiet. In der Arbeit des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Organisationen müßte das ein Schwerpunkt in der Arbeit sein.

*Tropf*



**Bahnhof Friedrichstraße, 1961-1965**  
Vorplatz des Bahnhofs Friedrichstraße mit zahlreichen Wartenden.  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2543, Bild 6

Grenzschleuse für Mitarbeiter der Stasi zur Umgehung des normalen Ausreiseverfahrens. Unter anderem über solche Schleusen war West-Berlin für die Stasi frei zugänglich.  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2543, Bild 9



Aufenthalt in der DDR im laufenden Jahr wie oft: wieviel Tage insgesamt: letzter Aufenthaltsort:

Bei früherem Wohnsitz in der DDR letzte Wohnanschrift: **BSTU 0007**

den 19 \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Raum für Bearbeitungsvermerke

A	B
C	D

**Antrag auf Einreise in die DDR** Bitte mit Schreibmaschine oder in Blockschrift mit Tinte ausfüllen

1	2
3	4

Familienname: Geburtsname: Geschlecht: \_\_\_\_\_

Rufname: Geburtsdatum und -ort: Familienstand: \_\_\_\_\_

Wohnanschrift: Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

ausgeübte Tätigkeit: \_\_\_\_\_

Beabsichtigte Aufenthaltsdauer in der DDR von: bis: in: \_\_\_\_\_

Bei Reisen mit Kfz., Angabe des Kennzeichens: \_\_\_\_\_

Grenzübergangsstelle: \_\_\_\_\_

Nr. des Personalausweises (Reisedokumentes): \_\_\_\_\_

Mitreisende Kinder bis 16 Jahre (Name, Rufname, Alter) nur auf dem Antrag eines Erziehungsberechtigten eintragen \_\_\_\_\_

Ausstellungsbehörde: \_\_\_\_\_



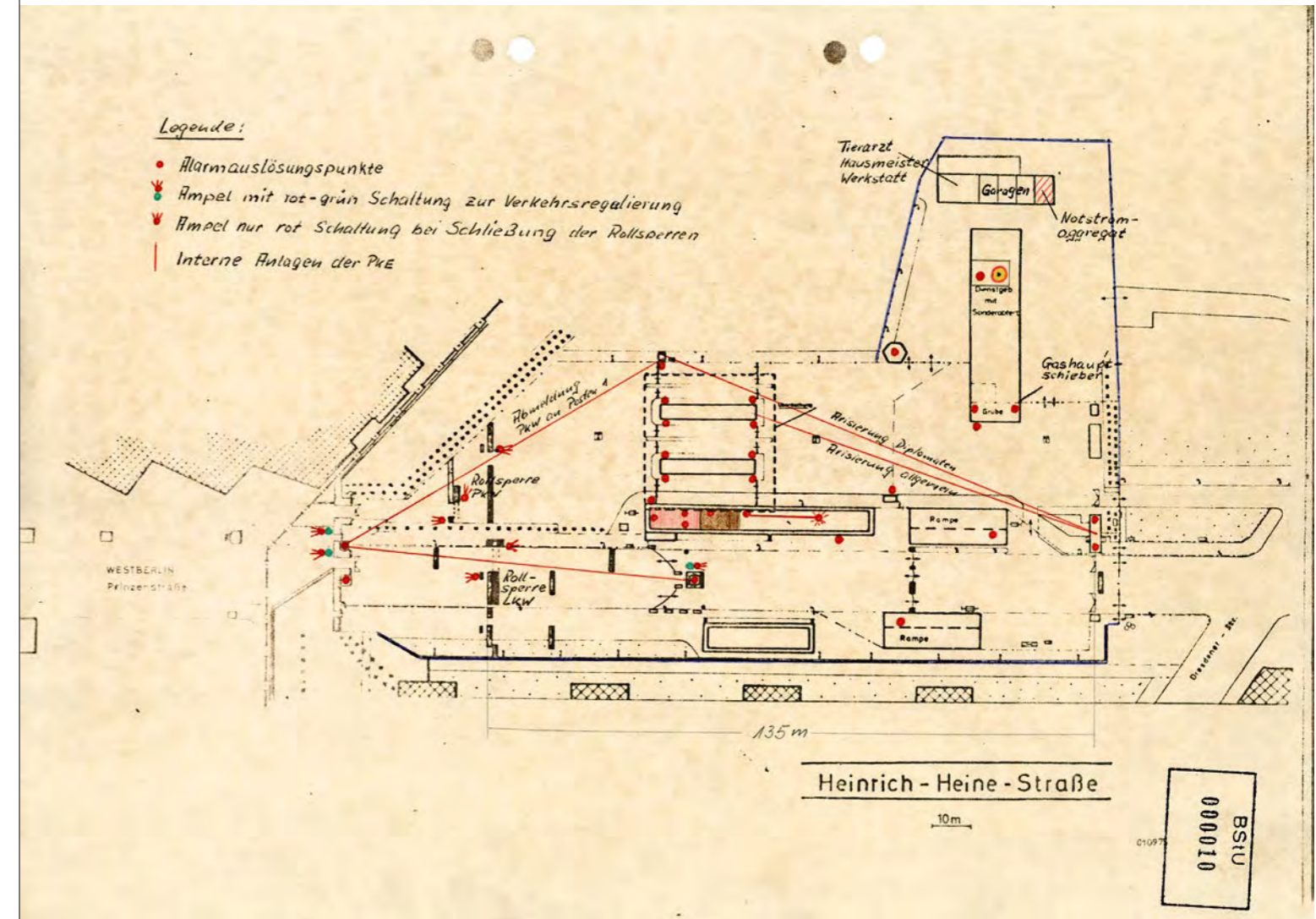
**Besucherbüros in West-Berlin: Einreiseanträge**

Muster eines Antrags auf Einreise. West-Berliner waren bis 1972 von den regulären Einreisemöglichkeiten für Westdeutsche ausgenommen. Ein Besuch in der DDR war ihnen nur dank mehrerer zeitlich begrenzter Passierscheinaktionen möglich.

BArch, MfS, AG XVII Nr. 5791, Bl. 7

Ein Mitarbeiter des Besucherbüros händigt am Schreibtisch einen Antrag aus. Die Einrichtung der Besucherbüros verschaffte den West-Berlinerinnen und West-Berlinern dauerhafte Besuchsmöglichkeiten im Osten.

BArch, MfS, AG XVII Nr. 5791, Foto-Nr. 17



**Lageplan der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße**

Der Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) unterstanden die Passkontrolleinheiten (PKE) an den Grenzübergängen. Besucherinnen und Besucher aus dem Westen hatten bei Grenzübertritt also grundsätzlich mit Stasi-Mitarbeitern zu tun.

BArch, MfS, AG XVII Nr. 5781, Fo, Nr. 17



PKE Heinrich-Heine-Straße

Berlin, den 01.11.1988

BStU
000064

Nachweispflichtige Einweisung  
zum Zusatzgerät des Gassprays "KASR"

In Ergänzung vorhandener Mittel zur Brechung von Widerstandshandlungen von Demonstrativtättern und Provokateuren wurde uns ein Zusatzgerät zum Gasspray "KASR" übersandt.

Mit diesem auf die Sprühdüse des Gassprays "KASR" aufzusteckenden Zusatzgerät (medizinisches Infusionsgerät) ist es möglich, Gasspray in verschlossene/von innen durch Provokateure bewußt verriegelte PKW einströmen zu lassen. Mittels der am Zusatzgerät befindlichen Kanüle können Dichtgummis an PKW-Scheiben durchstochen bzw. durch konstruktionsbedingt vorhandene Öffnungen (Be- und Entlüftungseinrichtungen usw.) Gasspray in den Fahrgastinnenraum geleitet werden. Das Zusatzgerät darf nur mit dem Gasspray "KASR" zur Anwendung gebracht werden. Bei anderen Gasspraysorten ist der Erfolg in Frage gestellt.

Das Zusatzgerät wird im Zugführerbereich stationiert. Die Anwendung hat erst nach der Einweisung des Offiziers für Sicherheit ab Monat Dezember 1988 zu erfolgen.

Der Einsatz von Gasspray mit und ohne Zusatzgerät ist weiterhin meldepflichtig.

Stellv. Operativ

*[Handwritten Signature]*  
Lischinsky  
Major

Nachweispflichtige Einweisung  
erfolgt am:

1.Zug: .....  
2.Zug: .....  
3.Zug: .....  
4.Zug: .....

Passkontrolleinheit Heinrich-Heine-Straße: Mittel gegen „Demonstrativtäter und Provokateure“, 01.11.1988  
Mit dem Zusatzgerät zum Tränengasspray war es möglich, von außen Tränengas in das Fahrzeuginnere zu leiten. Die Maßnahme richtete sich zum Beispiel gegen die Insassen von Fluchtfahrzeugen.  
BArch, MfS, HA VI, Nr. 14169, Bl. 64



Agentenaustausch auf der Glienicker Brücke, 11.02.1986  
Der russische Bürgerrechtler Anatoli B. Schtscharanski (heute: Natan Scharanski) steigt nach Ankunft in der DDR aus dem Flugzeug aus.  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 978, Bild 17





Ansicht der Glienicker Brücke während des Austausches am 11.02.1986.

*BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 582, Nr. 5*

Der Wagen mit Schtscharanski überquert den Grenzübergang auf der Glienicker Brücke in Richtung West-Berlin.

*BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 582, Nr. 24*



**Die Berliner Mauer aus der Luft, 1988–1989**

Luftbildaufnahme des „Checkpoint Charlie“

*BArch, MfS, HA I, Fo, Nr. 365, Bild 39*



## „... Liquidierung einer Personenschleuse“

Seit dem Bau der Mauer um West-Berlin im August 1961 gab es vielfältige Versuche, die DDR zu verlassen: Fluchwillige organisierten sich falsche Pässe, ließen sich in Autos über die Grenze schmuggeln oder nutzten Tunnel, die nahe der Grenze unter der Mauer gegraben worden waren. Auf diesem Wege gelangen etliche Flüchtlinge.

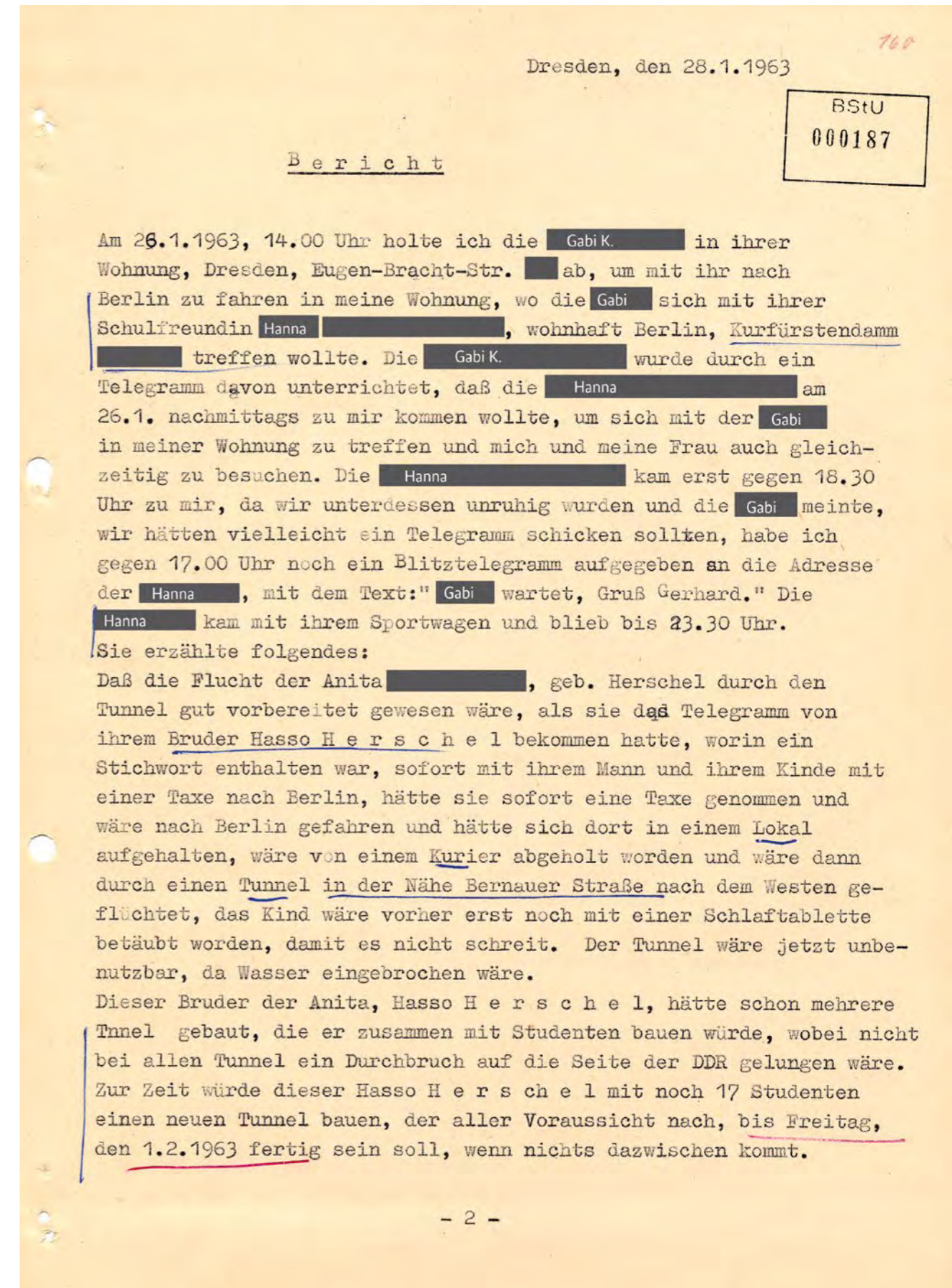
Bei den ersten Fluchthelfern handelte es sich um Gruppen von Studierenden der West-Berliner Universitäten und Hochschulen. Zu ihnen gesellten sich junge Männer, denen die Flucht aus der DDR geglückt war. Halfen sie zunächst noch ohne Gegenleistung, verursachten die aufwendiger werdenden Fluchtvorbereitungen größere Kosten, und die Fluchthelferinnen und Fluchthelfer ließen sich im Laufe der Zeit bezahlen. Dadurch mischten sich unter die Idealisten auch Geschäftemacher, die aus der Situation Kapital schlugen.

Die ersten Tunnel wurden 1961 in der Stadt gebaut, besonders häufig in der Bernauer und in der Heidelberger Straße, weil dort die Abstände zwischen den Häuserzeilen in West und Ost am geringsten waren. Insgesamt gab es über 70 Tunnelprojekte, von denen aber nur 19 erfolgreich waren. Gründe für Misserfolge waren neben technischen Schwierigkeiten, Probleme mit den Bewohnern in West-Berlin oder Verrat der Tunnelprojekte.

Die folgenden Dokumente zeigen die Geschichte einer verratenen Flucht. Die 51-jährige Fanni Herklotz wollte mit ihrer Tochter Gisela zu ihrem Sohn in den Westen fliehen. Der Sohn hatte Kontakte zu Fluchthelfern vermittelt, welche die beiden Frauen durch einen Tunnel nach West-Berlin schleusen sollten. Doch der Fluchttunnel in der Brunnenstraße 45, in der Nähe der Bernauer Straße, war an die Stasi verraten worden. Mutter, Tochter und Helfer wurden am 14.02.1963 bei der Flucht von der Stasi verhaftet. Das Bezirksgericht Rostock verurteilte die beiden Frauen zu jeweils einem Jahr und sechs Monaten Haft wegen „Verleitung zum Verlassen der DDR und Paßvergehens“. Die beiden westdeutschen Fluchthelfer mussten ebenfalls Haftstrafen verbüßen.

In den Unterlagen zeigen sich die Motivation zur Flucht, der geplante Ablauf und die Konsequenzen, die sich für alle Beteiligten aus dem Verrat des Tunnels ergaben. Der gesamte Fall ist ausführlich auch in der Themenmappe des Stasi-Unterlagen-Archivs „... Liquidierung einer Personenschleuse“ aufgearbeitet. Die Mappe und weitere Informationen zum pädagogischen Angebot des Stasi-Unterlagen-Archivs finden Sie unter [bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de).

Die Dokumente sind teilweise pseudonymisiert. Von Betroffenen, deren Namen offen genannt sind, liegen Einverständniserklärungen vor, so wie es das Stasi-Unterlagen-Gesetz verlangt.



**Bericht eines Geheimen Informators, 28.01.1963**  
 Ein GI (Geheimer Informator) verrät der Stasi den Fluchttunnel.  
 BArch, MfS, BV Dresden, AIM 2067/88, Teil II, Bd. 6, Bl. 187



- 2 -

BStU  
000188

767

Die Hanna Goll sagte nun zu ihrer Freundin Gabi, daß das die letzte Chance wäre, nach dem Westen zu kommen und die Gabi solle es sich überlegen, ob sie mit ihrem Mann und ihrem Kinde, was 1 1/2 Jahr alt ist und ihrer Mutter, die Flucht durch den Tunnel riskieren wolle. Die Hanna Goll würde dann meiner Frau Bescheid geben, die mich dann anrufen würde, wann die Gabi in Berlin anreisen solle.

Die Eltern von Hasso H e r s c h e l, die in Dresden, Paradiesstr. wohnen, hätten schon von ihrem Sohn Hasso Benachrichtigung erhalten und würden auf alle Fälle als erste mit durch den Tunnel gehen, da sie unbedingt die DDR verlassen wollen, weil sie sämtliche Kinder im Westen haben und jetzt völlig allein in der DDR sind.

Die Gabi reagierte folgendermaßen: Sie hatte Angst, daß alles schief gehen könnte und wußte noch nicht, ob ihr Mann und ihre Mutter bereit ist zu flüchten und wollte das erst mit ihrem Mann in Dresden besprechen. Im Grunde genommen wäre es ihr aber schon lieber im Westen zu wohnen und zu arbeiten.

Auf dieses ganze Gespräch hin sagte ich folgendes:

Die ganze Sache wäre sehr gefährlich, am liebsten wäre es mir, wenn ich mit dem allen nichts zu tun hätte und sagte auch zur Hanna Goll, sie sollte nach Möglichkeit nichts machen, was gegen die Gesetze der DDR verstößt, da alles äußerst gefährlich wäre und man viele Beispiele hätte, wie so etwas schon aufgefliegen wäre.

Die Gabi fragte mich, was ich dazu sagen würde. Ich sagte, für mich kommt eine Flucht nicht in Frage, obwohl es mich auch verlocken würde, aber ich würde hier zuviel einbüßen und die Zukunft wäre mir zu ungewiß. In Bezug auf die Gabi konnte ich nur sagen, daß müßte jeder selbst entscheiden und in solchen Sachen kann man keinem Menschen raten, das muß jeder alleine wissen. Die Gabi sagte darauf, sie könnte es sowieso nicht entscheiden, sie müßte erst mit ihrem Mann sprechen.

Die Hanna Goll erzählte dann noch, daß wenn die Gabi im Tunnel wäre, es vollkommen ungefährlich wäre, da Sicherungsposten aufgestellt wären, die schwer bewaffnet wären und bei Gefahr sofort von der Waffe Gebrauchmachen.

Die einzige Gefahr wäre, wenn sich die betreffenden Personen in diesem bestimmten Punkt an der Grenze nähern, daß man Gefahr läuft, von der VP angehalten zu werden und gefragt wird, wohin man will.

- 3 -

Stadtbezirksgericht  
Das Kreisgericht MitteBerlin, den 15. 2. 1963  
FernrufAktenzeichen: Hs.C. 44/63  
(Bei Eingaben stets anführen)BStU  
000090**Haftbefehl**

Die H E R K L O T Z, Fanni geb. am 26.4.1911 in Rodewisch  
wohnhaft: Dresden A 29, An der Heilands-  
kirche 1  
ist in Untersuchungshaft zu nehmen

Sie wird beschuldigt im Februar 1963 es vorbereitet und unternommen zu haben, die Deutsche Demokratische Republik unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen zu verlassen. Die Beschuldigte stand dabei in Verbindung mit Beauftragte einer Westberliner Schleuserorganisation, mit denen sie sich am 14. 2. 1963 hier in Berlin traf, um ihr Vorhaben, die Republik illegal zu verlassen, durchzuführen. Es war beabsichtigt, daß sie hier in Berlin mittels eines gewaltsamen Grenzdurchbruches zusammen mit anderen Personen die DDR verlassen sollte.

- Strafbar gemäß: Paßgesetz i.d.F.v. 11.2.57 -

Aufgrund gegebener Mittäter, die sich zum Teil noch auf freien Fuß befinden, besteht Verdunkelungsgefahr und bei der Höhe der zu erwartenden Strafe und vom Sachverhalt aus gesehen, Fluchtverdacht.

Gegen diesen Haftbefehl ist binnen einer Woche das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig

*K. Krauter*  
( K. KRAUTER )  
- Richter -

Ausgefertigt

....., den ..... 19.....



AG 310/62/DDR/703 1/21/3

Best.-Nr. 22016 Haftbefehl - Kreisgericht - (55-14) ff. StPO

**Haftbefehl gegen Fanni Herklotz, 15.02.1963**

Sie wurde beschuldigt, die DDR illegal verlassen zu wollen.

BArch, MfS, BV Dresden, AU 16136/63, Bd. 9, Bl. 90



BStU  
000121

Berlin, den 28. 3. 1963  
Wa.

Beginn der Vernehmung: 08.30 Uhr  
Ende der Vernehmung: 18.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.00 - 13.30 Uhr  
4 Exemplare gefertigt  
I. Ausfertigung

V e r n e h m u n g s p r o t o k o l l  
der Beschuldigten

HERKLOTZ geb. WUTZLER, Fanni  
geboren am 26.4.1911 in Rodewich/Vogtl.  
Beruf: Vortragskünstlerin  
wohnhaft: Dresden, An der Heilandskirche 1

Frage: Seit wann beschäftigten Sie sich mit der Absicht die Deutsche Demokratische Republik zu verlassen ?

Antw.: Aufgrund eines Konfliktes mit den Hausbewohnern des Hauses Heilandskirche 1, den als Pfarrer tätigen Herrn [ ] und [ ], strebte ich danach eine andere Wohnung zu erhalten, was mir aber absolut nicht gelingen wollte. Da ich im Interesse der Gesundheit meines Ehemannes unbedingt aus der Wohnung beziehungsweise aus der Umgebung der von mir genannten Hausbewohner herauskommen wollte, und zudem keine Aussichten hatte, eine Wohnung in Dresden zu erhalten, beschäftigte ich mich Mitte 1962 mit der Absicht die Deutsche Demokratische Republik auf legalem Wege zu verlassen. Im August 1962 hielt ich deswegen auch mit Vertretern des Stadtbezirk 7 in Dresden Rücksprache, die mir jedoch keinerlei Aussichten für dieses Unternehmen gaben. Obwohl mir dabei noch keine regelrechte Absage gegeben wurde, erkannte ich, dass ein legaler Verzug nach Westdeutschland für mich und meinem Ehemann nicht in Frage kommt.

Fanni Herklotz

-2-

Vernehmungsprotokoll von Fanni Herklotz, 28.03.1963

Fanni Herklotz gibt Auskunft über ihre Motive die DDR zu verlassen und schildert die Ereignisse am Tag der geplanten Flucht.  
BArch, MfS, BV Dresden, AU 16136/63, Bd. 9, Bl. 121

BStU  
000122

- 2 -

Nach dem Tode meines Ehemannes im Oktober 1962 befaßte ich mich mit dem Gedanken, die Deutsche Demokratische Republik illegal zu verlassen, ohne darüber konkrete Vorstellungen zu haben. Es wurde sich mit mir und meinem Sohn über dieses Problem in Briefen ausgetauscht, der mir versprach bei einem illegalen Verlassen behilflich zu sein. Meine Tochter Gisela traf sich Mitte November 1962 in Berlin mit einem Vertrauten meines Sohnes, den in Kiel beheimateten Studenten Uwe RATH. Die Zusammenkunft zwischen beiden wurde von meinem Sohn organisiert und er ließ meiner Tochter ausrichten, dass er eventuell eine Möglichkeit hat oder bekommt, um uns nach Westberlin zu schleusen. Einzelheiten erfuhr meine Tochter bei dieser Unterhaltung mit Uwe RATH nicht; beide beschäftigten sich aber mit der Möglichkeit über das sozialistische Ausland von hier wegzukommen. Ich nehme an, dass Uwe RATH meinen Sohn über einen solchen Weg unterrichtet hat, er kam in der folgenden Korrespondenz jedoch nicht mehr darauf zurück. Mein Sohn Lothar veranlaßte mich zum Totensonntag 1962 nach Berlin zu kommen, wo ich mit der in Westberlin studierenden Anna D. zusammentraf. Sie wurde von meinem Sohn Lothar zu mir in das demokratische Berlin geschickt und gab mir zu wissen, dass mein Sohn eine Möglichkeit wüßte wie wir nach Westberlin kommen könnten. Ohne dass er mir Einzelheiten anvertrauen ließ, erfuhr ich, dass ein solches Unternehmen etwa 3.000.- DM kosten würde. In den Briefen, die wir uns gegenseitig schrieben, wurde auch weiterhin in versteckter Form über die Möglichkeit meines Sohnes beraten. Wir deckten die von uns beabsichtigte Schleusung mit einem Autokauf ab, der uns bzw. meinen Sohn 3.000.- DM und sogar später 5.000.- DM kosten würde, womit jedoch der Preis für die Schleusung gemeint war. Mir ist noch erinnerlich, dass meine Tochter anlässlich eines Aufenthaltes in Berlin nochmals mit der Anna D. zusammentraf. Dort entschied sie sich endgültig von einer Schleusung nach Westberlin für den Preis von

Fanni Herklotz

-3-



- 3 -

BStU  
000123

3.000.- oder 5.000.- DM Abstand zu nehmen. Wir waren tatsächlich nicht in der Lage einen solchen hohen Betrag für unseren illegalen Weggang aus der Deutschen Demokratischen Republik zu zahlen.

Im Februar 1963 bekam ich sowie meine Tochter Gisela Verbindungen zu Mittelsmännern einer Westberliner Schleuserzentrale, durch die wir am 14.2.1963 nach Westberlin geschleust werden sollten.

Frage: Was waren Ihre Beweggründe für Ihre Absicht die Deutsche Demokratische Republik illegal zu verlassen ?

Antw.: Einer der wesentlichsten Gründe war die Tatsache, dass mein Ehemann im Oktober 1962 verstarb und ich mich in sozialer Hinsicht unsicher fühlte. Ich stellte fest, dass meine beruflichen Aussichten zurückgingen und fühlte auch, dass mein Leistungsvermögen nicht mehr wie früher war. Entsprechend dieser Lage habe ich Sorgen für die Bestreitung meines weiteren Unterhaltes, zumal eine zu erwartende Hinterbliebenenrente sehr gering werden wird. Ein weiterer Faktor für meinen Entschluß hier wegzugehen, waren meine Wohnungssorgen. Einmal drang man auf mich ein, meine Wohnung - die eine Dienstwohnung der Kirche ist - aufzugeben und zum anderen bekam ich aber auch keine Aussicht auf eine andere Wohnung. Ich selbst hatte ja großes Interesse aus dieser Umgebung heraus zukommen, da zwischen mir und den mit im Haus wohnenden Pfarrern [redacted] und [redacted] unüberbrückbare Differenzen bestanden. Ich wollte mit einem Weggang aus der Deutschen Demokratischen Republik einmal eine einigermaßen sichere soziale Lage erhalten, da ich annahm in Westdeutschland eine auskömmliche Rente zu erhalten und zum anderen auch meinen Konflikt mit den von mir genannten Pfarrern lösen. Eine Unterkunft sollte ich bei meiner Bekannten, der Frau [redacted] in München erhalten, mit der ich bereits zu der Zeit gesprochen hatte, als wir legal die Deutsche Demokratische Republik verlassen wollten. Mich bedrückte auch ferner das Getrenntsein von meinem Sohn Lothar, insbesondere seit dem 13.8.1961, als wir nicht mehr persönlich mit ihm zusammenkommen konnten.

*Sanny Heibel*  
-4-

- 5 -

BStU  
000126

105

Frage: Schildern Sie die am 10.2.1963 geführte Unterhaltung mit Uwe RATH !

Antw.: Uwe RATH richtete uns im Auftrage meines Sohnes aus, dass er uns nach Westberlin schleusen kann. Wie uns RATH versicherte, sei diese Möglichkeit nach Westberlin zu kommen, eine einmalige und sichere Gelegenheit, die uns kein Geld kosten würde. Wir sollten am Dienstag, den 12.2.1963 oder Mittwoch, den 13.2.1963 nach Berlin kommen und am Ostbahnhof vor der Mitropa-Gaststätte auf einem Kurier warten, der dort gegen 11.00 Uhr oder 13.00 Uhr erscheint. Um sich gegenseitig zu erkennen, wurden wir gebeten, jeder 2 Bücher und eine Zeitung unter den Arm zu nehmen. Weiterhin wurde eine Losung vereinbart. Der Kurier würde uns mit der Frage ansprechen " wo kann man hier ein Telegramm aufgeben" worauf wir zu antworten hatten " das wissen wir nicht weil wir gerade aus Dresden kommen". Nach unserem Bekanntwerden würden wir dann vom Kurier für die am Mittwoch, den 13.2.1963 stattfindende Schleusung vorbereitet.

Ich war mit dem von meinem Sohn übermittelten Vorschlag anfangs nicht einverstanden, vor allem weil ich in keiner Weise erfahren sollte, unter welchen Umständen der illegale Weggang erfolgen konnte. Uwe RATH versuchte unter allen Umständen mich von meinen Bedenken abzubringen und zeigte eine große Begeisterung für die bevorstehende Schleusung. Ebenfalls wirkte auch meine Tochter Gisela mit auf mich ein, die sich danach sehnte nach einer Übersiedlung nach Westdeutschland größere Reisen ins Ausland zu machen. Ich weiß, dass sie meinen Sohn, der oft schon im Ausland war, um diese Reisen beneidet.

Letztenendes erklärte ich mich unter dem Einfluß der von RATH und Gisela gezeigten Begeisterung für die Schleusung nach Westberlin bereit.



- 7 -

BStU  
000128

102

Ohne [REDACTED] von meinen wirklichen Absichten zu erzählen, bot ich ihm mein Wochenendhaus zum Kauf an. Er erklärte sich bereit, das Haus für 12.000.- DM zu kaufen und ich stellte ihm die Vollmacht aus, die weiteren amtlichen Verhandlungen zu führen und mein Wochenendhaus auf seinen Namen überschreiben zu lassen. Eine Bezahlung erfolgte jedoch noch nicht. Am Montag und Dienstag brachte ich zu mehreren Bekannten verschiedene Haushaltgegenstände um diese einer späteren Sicherstellung durch die Behörden zu entziehen. [REDACTED]

Dienstag Abend erhielt ich von Uwe RATH aus Berlin einen Telefonanruf, wodurch ich Kenntnis erhielt, dass die Schleusung um einen Tag verschoben wird und wir einen Tag später nach Berlin kommen sollten. Daraufhin fuhr ich und Gisela erst am Donnerstag, den 14.2.1963 nach Berlin.

Frage: Mit welchen Personen trafen Sie in Berlin zusammen ?

Antw.: Ich hatte mich in Berlin mit meiner Tochter gegen 09:30 Uhr getroffen und beide trafen wir in dem in der Nähe des Ostbahnhofes gelegenen Postamt mit Uwe RATH zusammen. Die erste Vereinbarung 11.00 Uhr wurde von dem sich angekündigten Kurier nicht eingehalten. Daraufhin begaben wir uns mit Uwe RATH in ein in der Nähe gelegenes Cafe, wo wir bis gegen 12.30 Uhr gewartet haben. Nach 13.00 Uhr erschien in der Halle des Ostbahnhofes am Fahrkartenschalter eine mir bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte männliche Person, die uns mit den Worten ansprach " Wo kann man hier ein Telegramm aufgeben". Für mich und meine Tochter war somit Gewißheit geworden, dass wir es mit dem Kurier aus Westberlin zu tun haben und gaben auf seine Frage die vereinbarte Antwort. Ich selbst trug zum Zeitpunkt des Treffs zwei Bücher und eine Zeitung bei mir. Die Bücher trugen den Titel "Impressionistische Malerei" und "Briefe aus dem Gefängnis" und bei der Tageszeitung handelte es sich um ein " Neues Deutschland". Der Kurier orientierte uns in der folgenden Unterhaltung über den Verlauf der geplanten Schleusung.

*Sanny Kullert*

- 8 -

- 8 -

BStU  
000129

102

Frage: Es wird Ihnen ein Foto zur Identifizierung einer Person vorgelegt. Ist Ihnen die abgebildete männliche Person bekannt ?



Antw.: Ich erkenne auf den mir vorgelegten Foto den am 14.2.1963 am Ostbahnhof begegneten Kurier, der sich mir nicht namentlich vorgestellt hat.

Vorhalt: Ihnen wird mitgeteilt, dass es sich bei den von Ihnen kennengelernten Kurier um den [REDACTED] Max Bock handelt.

Antw.: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der mir bis zum gegenwärtigen Moment namentlich nicht bekannte Kurier [REDACTED] Max Bock heißt. Ich werde im weiteren Verlauf der Vernehmung diesen Namen mit gebrauchen.

Frage: Welche Instruktionen gab Ihnen der Kurier [REDACTED] Max Bock für die geplante Schleusung nach Westberlin ?

Antw.: Der Kurier [REDACTED] Max Bock fragte uns am Anfang der Unterhaltung ob wir uns in Berlin auskennen, was ihm meine Tochter bestätigte. Daraufhin teilte er uns mit, dass wir 18.00 Uhr zur Wilhelm-Pieck Strasse gehen sollten, wo wir in der Nähe der Gormannstrasse - einer Seitenstrasse der Wilhelm-Pieck Strasse - einen schwarzen PKW Typ Volkswagen vorfinden würden. Dieser Volkswagen wäre mit einem Reklameschild eines Kosmetiksalons versehen. Die jeweils ersten Silben des Vor- und Zunamens des Inhabers des Kosmetiksalons würden zusammengenommen die Straße ergeben, in der wir das Haus Nummer 45 aufzusuchen hätten. Ferner forderte uns [REDACTED] Bock auf, eine näher beschriebene Tür im Haus Nummer 45 zu öffnen, die etwas verklemmt sei. Dort würde uns eine männliche Person empfangen, die wir fragen sollten, wie wir zu einem Herrn LINDEMANN kommen. Auf unsere Frage sollten wir die Antwort erhalten, " da haben Sie aber Glück gehabt". Von dieser Person würden wir dann weitervermittelt.

*Sanny Kullert*

- 9 -



- 9 -

BStU  
000131

709

Von Bock erhielt ich noch Kenntnis von einer vereinbarten Sicherung. So sollte bei Nichterfolgen der Schleusung aus einem Fenster eines auf Westberliner Gebiet gelegenen Wohnhauses, welches von uns aus eingesehen werden kann, rote Bänder oder Fähnchen heraushängen. Bei einer solchen Situation wäre ein Betreten des Hauses Nummer 45 zu vermeiden.

Frage: Schildern Sie Ihren weiteren Aufenthalt in Berlin bis zu Ihrer Festnahme ?

Antw.: In der Zeit als uns der Kurier über die Einzelheiten der Schleusung informierte, trennte sich meine Tochter Gisela von uns, ohne mir und Bock zu sagen, wohin sie geht. Da wir vorher davon gesprochen hatten, ein in der Nähe des Ostbahnhofes gelegenes Lokal aufzusuchen, begab ich mich mit Bock auf die Straße. Dort sichtete ich in größerer Entfernung Gisela wieder und wir verfolgten die gleiche Richtung. Wir verloren meine Tochter Gisela und den sie begleitenden Uwe RATH aus den Augen und seit dieser Zeit hielten wir uns längere Zeit im und außerhalb des Ostbahnhofes auf um sie zu suchen, was uns jedoch nicht gelang. Nachdem sich Bock von mir getrennt hatte, wurde ich vor dem Ostbahnhof von den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik festgenommen.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen. Der Inhalt dieses Protokolls entspricht in allen Teilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

*Schubert*  
- Oberleutnant -

*Henry Schubert*

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit

BStU  
000203

Berlin, den 28. 04. 1963

Bestätigung

über die Existenz eines Tunnels von Westberlin in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bei einer Kellerkontrolle durch Angehörige der Nationalen Volksarmee/Grenze am 18. 02. 1963 im Haus Berlin-Mitte, Brunnenstr. 45 wurde festgestellt, daß sich im Kellerfußboden ein Loch befand, das die Vermutung zuließ, daß sich hier ein Tunnel befindet. Eine Erweiterung des Loches und die anschließende Untersuchung ergab die Bestätigung, daß in dem Haus Brunnenstr. 45 ein von Westberliner Territorium aus gebauter Tunnel endete.

Der Tunnel begann auf Westberliner Gebiet, unterquerte die in Westberlin liegende Bernauer Straße und führte unter mehreren bewohnten Häusern der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Keller Brunnenstr. 45.

Der Tunnel hatte vom Keller Brunnenstr. 45 bis zur Staatsgrenze eine Länge von 130 Metern und führte danach noch unter der ca. 30 Meter breiten Bernauer Straße hindurch.

Die Ausmaße des Stollens betragen 75 cm Breite und 70 - 80 cm Höhe. Bei der Untersuchung des Stollens wurden 4 Taschenlampen westlichen Fabrikats, 1 Klappspaten amerikanischer Herkunft, 1 Handbeil, 2 Brecheisen, 1 Steinbohrer sowie mehrere Schraubenzieher sichergestellt.

Desweiteren wurden diverse Mengen Lichtkabel, mehrere Glühbirnen und Schaumgummimatten im Tunnel vorgefunden und sichergestellt.

Bestätigung über die Existenz des Tunnels, 28.04.1963

Am 18. Februar 1963 konnte die Nationale Volksarmee die Existenz des Tunnels durch eine Kontrolle bestätigen.

BArch, MfS, BV Dresden, AU 16136/63, Bd. 2, Bl. 203



- 2 -

BStU  
000204

186

Anhand der Vergleichsarbeit mit bisher erarbeiteten Materialien konnte ermittelt werden, daß der Student der Technischen Universität in Westberlin Hasso H e r s c h e l maßgeblich an der Organisation des Tunnelbaues zum Keller der Brunnenstr. 45 beteiligt war.



I Bs 13/63  
I A - 1/63

BStU  
000181

B e s c h l u ß

In der Strafsache

gegen die selbst. Vortragskünstlerin

Fanny H e r k l o t z geb. Wutzler,  
geb. am 26. 4. 1911 in Rodewisch/Vogtl.,  
wohnhaft in Dresden A 29, An der Heilandskirche 1,  
verwitwet, 2 Kinder,  
Bürger der DDR,  
nicht vorbestraft,  
seit dem 14. 2. 1963 in Haft

wegen Verleitung zum Verlassen der DDR und Paßvergehens

wird die Vollstreckung der Reststrafe aus dem Urteil des  
1. Strafsenats des Bezirksgerichts Rostock vom 12. 8. 1963  
mit dem Ziel des Straferlasses gemäß § 346 StPO ab 12. 6. 1964  
unter Auferlegung einer zweijährigen Bewährungszeit bedingt

a u s g e s e t z t .

Gründe:

Die Obengenannte wurde zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr,  
6 Monaten wegen gemeinschaftlichen Verleitens zum Verlassen  
der DDR verurteilt.

Sie hat zwischenzeitlich 2/3 ihrer Strafe verbüßt.  
Wie aus dem Führungsbericht der Strafvollzugsanwält ersichtlich  
ist, zeigt die Verurteilte im Strafvollzug eine vorbildliche  
Disziplin, so daß sie durch ihr Auftreten positiv auf  
andere Strafgefangene einwirkt. Sie hat erkannt, daß sie  
zu recht bestraft wurde und aus ihrem Verhalten ist ersichtlich,  
daß bei ihr durch die bisherige Strafverbüßung der Strafzweck  
als erreicht angesehen werden kann. Es ist zu erwarten, daß  
sie zukünftig die Gesetze unseres Staates achten wird und wäh-  
rend der Bewährungszeit sowie darüber hinaus nicht wieder  
straffällig wird.

Dem Antrag des Staatsanwaltes auf Gewährung bedingter Straf-  
aussetzung war deshalb wie geschehen zu folgen.

Rostock, 26. Mai 1964  
Bezirksgericht - 1. Strafsenat -

*Hartmann*  
Hartmann

*Paepcke*  
Paepcke

*Haase*  
Haase

**StrafAussetzung, 26.05.1964**

Wegen guter Führung durfte Fanni Herklotz das Gefängnis frühzeitig verlassen.



# Die West-Berliner Polizei im Blick: Der abgeschöpfte Sohn

Die Stasi fand auch in West-Berlin immer wieder willige Helferinnen und Helfer. Der folgende Vorgang bietet Einblick in die Arbeit zweier West-Berliner inoffizieller Mitarbeiter (IM) für das Ministerium für Staatssicherheit.

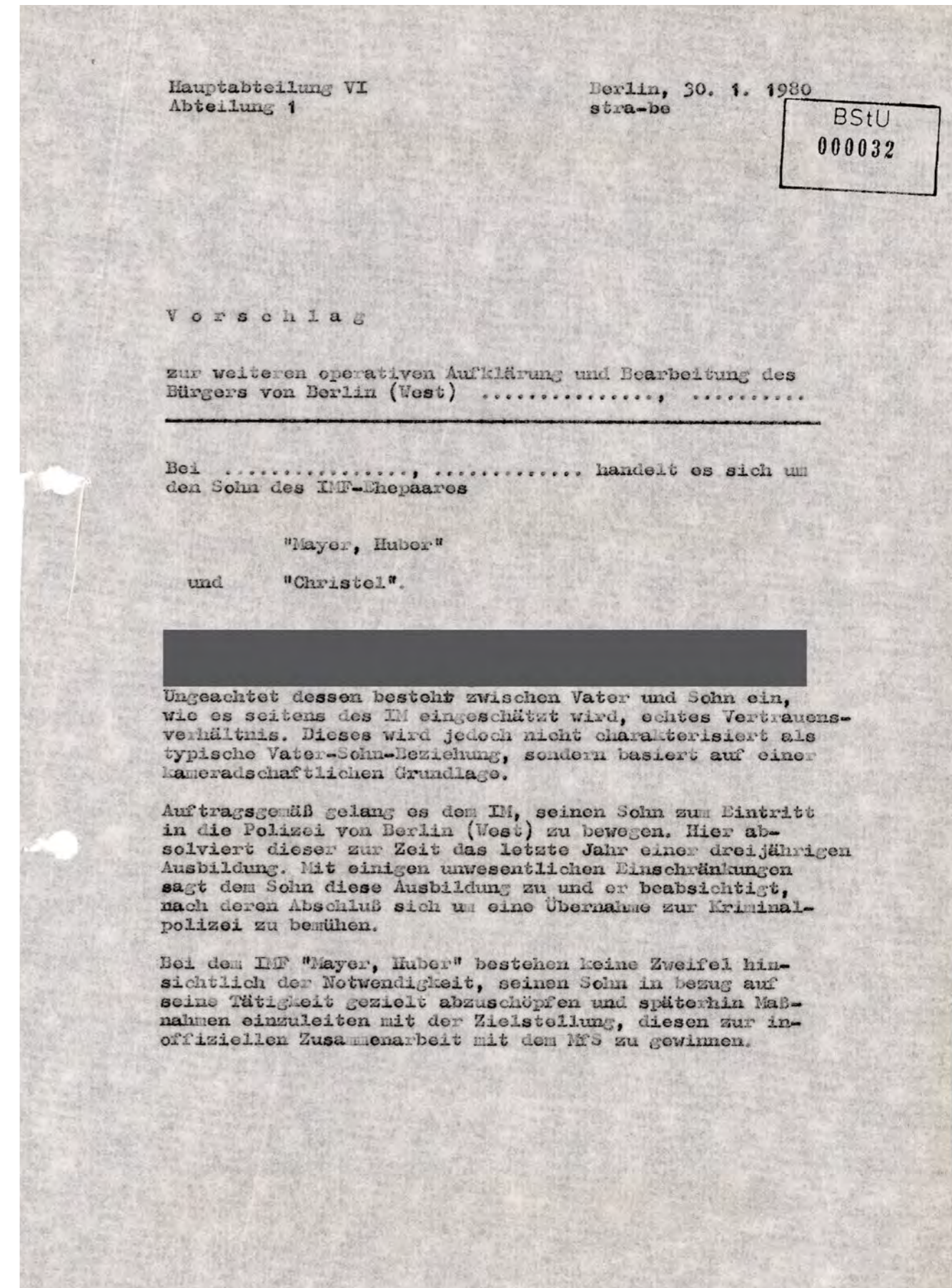
Auf Vorschlag ihres Mannes, der seit 1972 inoffizieller Mitarbeiter war, warb die Stasi 1974 auch seine Frau unter dem Decknamen „Christel“ für eine inoffizielle Tätigkeit an. Das Ehepaar hatte fortan den Auftrag, Grenzübergangsstellen, Personen und Orte in West-Berlin zu beobachten. Es lieferte Stimmungsberichte aus dem Handwerkermilieu. Die Hauptabteilung VI, zuständig für Passkontrolle, Tourismus und Interhotels, führte diesen IM-Vorgang.

Die Eheleute traten zur besseren Informationsgewinnung im Auftrag der Stasi nicht nur in die CDU ein, um aus dem West-Berliner Landesverband berichten zu können. Sie brachten auch den Sohn dazu, eine Ausbildung bei der Polizei zu beginnen, um ihn im Auftrag der Stasi abschöpfen zu können. Alltägliche Äußerungen des Sohnes über seine Tätigkeit bei der Polizei landeten von da an in den Berichten der Eltern. Der Kontakt der Stasi zum IM-Ehepaar brach erst im Februar 1989 ab.

Für die Stasi war die West-Berliner Polizei als Einrichtung zur Gewährung von Sicherheit und Ordnung beim „Klassenfeind“ von besonderem taktischem Interesse. Zudem bot auch die Verflechtung mit den westlichen Alliierten interessante Informationen. Die Stasi war an Strukturen, Gebäuden, Personal und internen Dienstvorgängen interessiert.

Hauptverantwortlich für die Beobachtung der West-Berliner Polizei war ab 1972 die Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen), davor die Abteilung VII der Verwaltung Groß-Berlin des MfS. Dort landeten auch die Informationen des Ehepaars zur Polizei.

Für den Zeitraum von 1950 bis 1989 waren über 200 inoffizielle Mitarbeiter im Umfeld der West-Berliner Polizei im Einsatz. Diesem IM-Netz verdankte der Staatssicherheitsdienst umfangreiche Detailkenntnisse über das Innenleben der Polizei und vielfach auch über das private Umfeld der West-Berliner Polizistinnen und Polizisten.



#### Vorschlag zur weiteren Aufklärung und Bearbeitung des Sohnes, 30.01.1980

Die Stasi hatte den Vater dazu gebracht, seinen Sohn zu einer Ausbildung bei der West-Berliner Polizei zu überreden.  
BArch, MfS, AIM 15637/91, Bd. 2, Bl. 32



2

BStU  
000033

Anders hierzu die Einstellung der Mutter, dem IMF "Christel". Diese, obwohl über eine derartige Aufgabenstellung nicht informiert, dürfte nach Einschätzung des IMF "Mayer, Huber" einem solchen Vorhaben mit Gewißheit ablehnend gegenüberstehen. Der Grund hierfür ist in ihren Bestrebungen zu suchen, dem Sohn eine gesicherte Perspektive bei der Polizei von Berlin (West) zu ermöglichen.

Angestrebtes Ziel der weiteren operativen Aufklärung und Bearbeitung des ..... ist es, diesen durch gezielte operative Maßnahmen zu veranlassen, eine Tätigkeit im Apparat der Westberliner Polizei aufzunehmen, in deren Ergebnis er Zugang zu Informationen erhält, welche von politisch-operativer Bedeutsamkeit für das MfS sind und aus denen Schlußfolgerungen über das Vorgehen und die Tätigkeit gegnerischer Abwehr- oder Aufklärungsorgane gezogen werden können.

### II 1. Durchzuführende operative Maßnahmen

Wesentlichster Faktor bei der Realisierung dieser angestrebten Zielstellung ist die zielgerichtete Beeinflussung des ..... durch den IMF "Mayer, Huber".

Dazu wird folgende konkrete Vorgehensweise vorgeschlagen:

- Der IM nutzt die Tatsache des bevorstehenden Ausbildungsabschlusses seines Sohnes, um mit diesem ein Gespräch über dessen berufliche Ambitionen zu führen. Dieses Gespräch muß der IM mit seinem Sohn allein führen.
- Dieses Gespräch muß vom IM auch gleichzeitig genutzt werden, um politisch-operativ interessante Informationen zu Problemen der Ausbildung und zu Personalfragen zu erarbeiten.
- Der IM sollte im Gespräch eine gewisse Form der "Bewunderung" für jene Polizeibeamte zum Ausdruck bringen, welche "spezielle Aufgaben in Zivil" erledigen, sprich Angehörige der Kriminalpolizei oder der Abteilung Staatsschutz.

BStU  
000034

Dabei kann er sich auf jüngste Veröffentlichungen in Westberliner Publikationsmitteln berufen, welche deren Tätigkeit breiten Raum widmen.

- Hier sollte der IM eventuell darlegen, da, wenn er in seiner Jugend eine solche Ausbildung wie sein Sohn erhalten, er mit Sicherheit eine derartige Tätigkeit aufgenommen hätte.
- Gleichzeitig sollte der IM in begrenztem Maße die Tätigkeit jener Polizeibeamten in Uniform abwerten, welche entweder einbüßigen Dienst versehen bzw. als subalterne Beamte keine Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung haben.
- Anknüpfen kann der IM hierbei an von seinem Sohn vertretenen Prinzipien hinsichtlich dessen Haltung zu Fragen der Disziplinlosigkeit, Laxheit von dienstälteren Polizeibeamten.
- Ausnutzen sollte der IM weiterhin bestimmte unter Jugendlichen bestehende "Idolvorstellungen" hinsichtlich des Wirkens von Mitarbeitern westlicher Geheimdienste.
- Darlegen sollte er ihm in diesem Zusammenhang, daß hier auch

a) die "großen Fälle" gelöst werden

und b) das "große Geld" verdient wird.

Von all diesen Dingen, so muß er seinem Sohn erklären, träumt der kleine Streifenpolizist auf der Straße nur, welcher sich mit der unliebsamen "Alltagskriminalität":

- Frigoleien

- Zuhälterei

u.a. beschäftigt.

- Hervorheben sollte der IM weiterhin die genossene solide Ausbildung seines Sohnes und daß in diesem Zusammenhang erworbene Wissen sowie seine Kenntnisse, die ihm doch als gewisses "Sprungbrett" dienen sollten.



BStU  
000112

Inhalt des geführten Treffgespräches

Zu Treffbeginn informierten beide IM über sie bewegende persönliche Fragen. Im Vordergrund steht hierbei die Aufnahme einer neuen Arbeit durch den IMB "Christel" in einer Fabrik der Lebensmittelindustrie als Verpackerin.

Im Gespräch wurde deutlich, daß "Mayer Huber" seine Ehefrau aus finanziellen Erwägungen heraus zur Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit veranlaßt hat.

Im weiteren Treffverlauf berichtete der IM "Mayer Huber" über Fragen der beruflichen und persönlichen Entwicklung seines bei der Westberliner Polizei tätigen Sohnes. Dieser war im November 1982 zur Räumung eines von "Hausbesetzern" unter Kontrolle gehaltenen Wohnobjektes eingesetzt. Dort traf er auf einen ehemaligen Mitschüler unter den Hausbesetzern. Beide stellten sich die Frage nach dem Ziel ihres Tuns und Handelns. Dem Sohn des IM gab die Tatsache zu denken, daß die Hausbesetzer das Wohnobjekt instand gesetzt hatten, um es vor dem Verfall zu bewahren. Ihm kamen gewisse Zweifel an der Richtigkeit seines Vorgehens.

Nach wie vor unternimmt er große Anstrengungen, um in eine Spezialeinheit mit dem Ziel, einer Bewerbung für die Kriminalpolizei realisieren zu können, zu kommen.

Zum Ableben des Generalsekretärs der KPdSU, Gen. BRESHNEW, übermittelte der IM "Mayer Huber" folgende Information über Stimmungen und Meinungen aus Kreisen von Handwerks- und Gewerbetreibenden Westberlins:

- Dem Fakt selbst wird keine größere Bedeutung beigemessen. Die Resonanz hierauf ist äußerst gering.
- Die Berufung des Gen. ANDROPOW wurde mit den Worten kommentiert: "Ein BRESHNEW geht, ein anderer BRESHNEW kommt."
- Spekulationen seien überhaupt nicht angebracht, da sich kein Kurswechsel vollziehen wird.
- Es wird die Klugheit der "Russen" charakterisiert, das Land nicht ohne Führung zu lassen.

**Bericht über ein Treffgespräch**

Der Bericht enthält Informationen zum Polizeieinsatz des Sohnes bei einer Hausbesetzungsauflösung.

BArch, MfS, AIM 15637/91, Bd. 2, Bl. 112

Hauptabteilung VI  
Abteilung 1

Berlin, 15. November 1984  
str-schn

BStU  
000202

Information  
über Stimmungen und Meinungen aus Kreisen Westberliner Handwerker  
und Gewerbetreibender zu aktuell-politischen Fragen

Quelle: IMB "Christel"  
IMB "Mayer Huber"

entgegenen.:

8.11.1984; Major Straube

Das IM-Ehepaar erarbeitete aus Kreisen Westberliner Handwerks- und Gewerbetreibender folgende Informationen zu aktuellen politischen Fragen:

- Das Nichtzustandekommen des Besuches Erich Honeckers in der BRD wird als folgerichtige Entscheidung der DDR gewertet, da das unsachliche Verhalten der Presse der BRD es Erich Honecker als Staatsmann unmöglich gemacht hätte, die BRD zu besuchen.
- Die Wiederwahl Reagans wird mit einem gewissen Unbehagen betrachtet. Reagan wird "Sturheit" und eine "europafeindliche Haltung" bescheinigt. Diese Haltung könne dazu führen, daß er Westeuropa unbedenklich in einen Krieg führt.
- Die Affäre um Barzel wird mit den Worten abgetan, daß letztendlich alle Politiker korrupt seien. Seitens der SPD würde natürlich die Gelegenheit genutzt, um die CDU anzugreifen. Die SPD sei jedoch genauso belastet und müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, da sie als Regierungspartei ähnliche undurchsichtige Geschäfte betrieben habe. Bedauerlich seien derartige negative Leitbilder für die Entwicklung der Jugend in der BRD und Westberlin. Teilweise sei es erklärbar, daß es die Jugend angesichts derartiger Zustände auf die Straße zu Demonstrationen treibt.
- Gegen die Westberliner SPD wird der Vorwurf erhoben, sich zu eng mit den "Grünen" zu liieren und deren unrealistische Forderungen zu vertreten.

Straube  
Major

**Informationen aus Handwerkerkreisen, 15.11.1984**

Stimmungen und Meinungen aus Handwerkerkreisen zu politischen Themen.

BArch, MfS, AIM 15637/91, Bd. 2, Bl. 202



# Jürgen Fuchs in West-Berlin

Viele der aus der DDR ausgereisten Oppositionellen waren auch im Westen der Stadt vor der Stasi nicht sicher. Die nachfolgenden Dokumente zeigen dies für den Thüringer Schriftsteller und Psychologen Jürgen Fuchs (1950 bis 1999) und stehen somit exemplarisch für viele andere.

Ab Anfang der Siebzigerjahre veröffentlichte Jürgen Fuchs erste Gedichte und Prosatexte, in denen er die Mechanismen der SED-Diktatur thematisierte und sie aufs Korn nahm. 1975 wurde er nach einem kritischen Konzert aus der SED und der FDJ ausgeschlossen. Kurz vor seinem formalen Studienabschluss – die Diplomarbeit war mit „sehr gut“ bewertet worden – folgte der Ausschluss von allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR. Die Arbeit als Psychologe war ihm damit nicht mehr möglich.

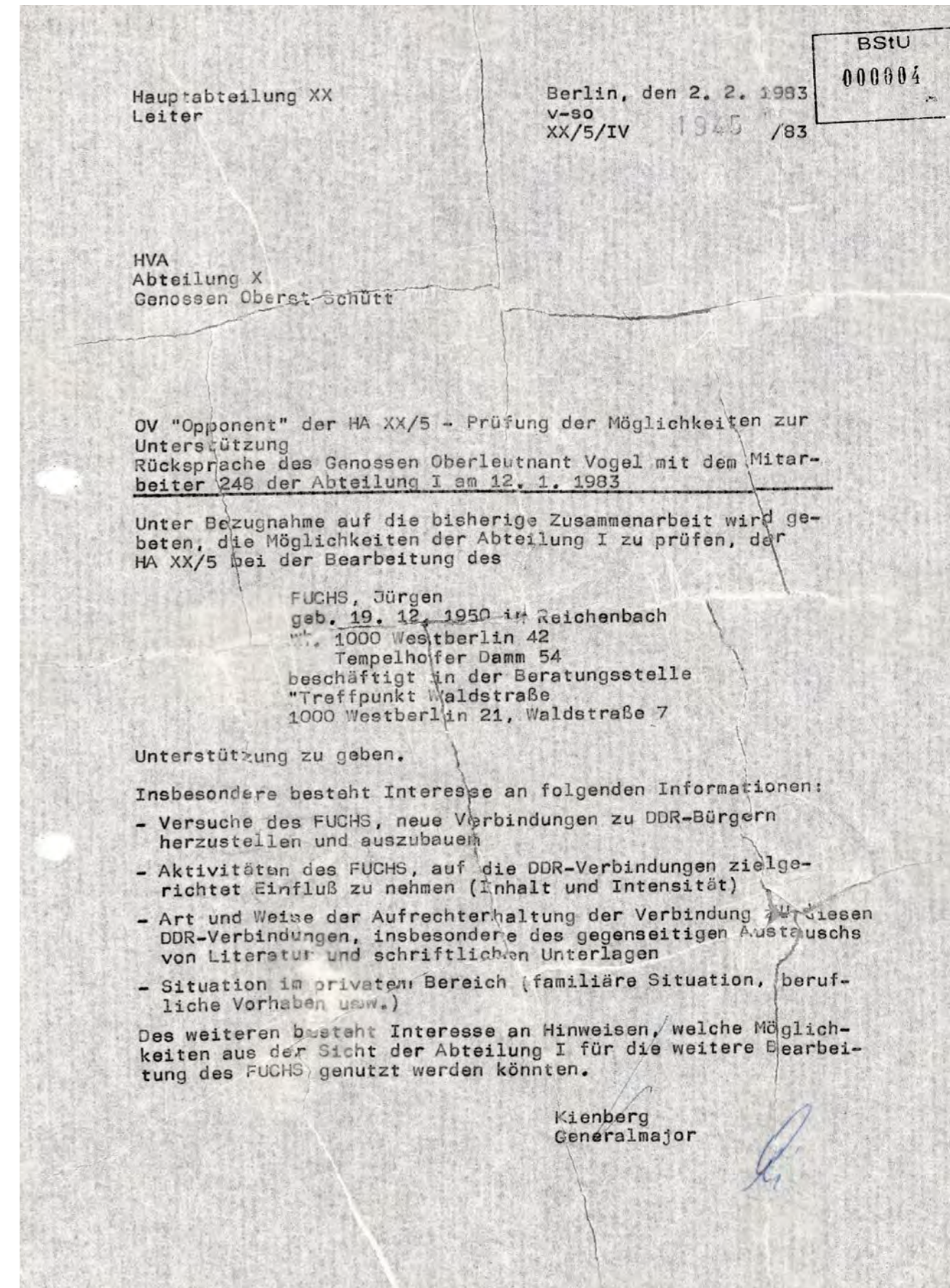
Nach dieser Zwangsexmatrikulation fand er im Juni 1975 mit seiner Frau und seinem Baby ein Zuhause beim Dissidenten Robert Havemann in Grünheide bei Berlin. Doch wenige Tage nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 nahm die Stasi ihn dort fest. Fuchs hatte die Ausbürgerung des Liedermachers öffentlich kritisiert – eine Kritik, die die Stasi als Straftat „Staatsfeindliche Hetze“ wertete. Fuchs landete in der zentralen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen.

Nach 281 Tagen Haft und Dauerverhören im Stasi-Gefängnis zwang man Fuchs zur Ausreise in den Westen. Jürgen Fuchs ließ sich mit seiner Familie in West-Berlin nieder und arbeitete zunächst als freischaffender Schriftsteller und später auch als Psychologe. Er engagierte sich in der Friedensbewegung und hielt enge Verbindung zur unabhängigen Friedens- und Bürgerbewegung in der DDR.

Die Stasi hielt ihn stets im Blick und bekämpfte ihn mit voller Härte. Stasi-Unterlagen im Umfang von 25 Bänden befassen sich allein mit seiner Zeit in West-Berlin. Deutlich wird, dass die Stasi das Ziel verfolgte, den Einfluss von Regimekritikern wie Jürgen Fuchs auf die Oppositionsbewegung in der DDR – sei es durch Medien oder persönliche Kontakte – soweit wie möglich einzudämmen.

Die Unterlagen zeigen die weiteren Aktivitäten nach Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Jürgen Fuchs im Jahre 1982. Sein Wohnumfeld wurde bis ins kleinste Detail ausgekundschaftet, sein Telefon abgehört. Einem Sprengstoffanschlag konnten Fuchs und seine Tochter nur dank glücklicher Umstände entgehen.

Jürgen Fuchs blieb bis zum Mauerfall eine wichtige Verbindung der DDR-Opposition in den Westen und bemühte sich ab 1990 intensiv um die Aufklärung der Verbrechen des MfS. Er gehörte zu den Ersten, die im Januar 1992 Einblick in ihre Stasi-Unterlagen nehmen konnten. Die Stasi selbst hatte viele ihrer Unterlagen zu Jürgen Fuchs im Herbst 1989 vernichtet. Ein Teil davon konnte in den vergangenen Jahren rekonstruiert werden. 1999 starb Jürgen Fuchs.



## Manuell rekonstruiertes Schreiben, 02.02.1983

Der Leiter der Hauptabteilung XX, Generalmajor Kienberg, bittet die HVA um Unterstützung bei der Überwachung von Jürgen Fuchs.  
BArch, MfS, HA XX, Nr. 3066, Bl. 4



Feindobjekt	
Anschritt	
Kategorie erf. HA XX/5 OV "Opponent"	
Name Fuchs	Decknamen
Vorname Jürgen	
geb. am 19.12.50	Größe
in Reichenbach	Gestalt
Wohnort WB 42	Haar
Straße Tempelhofer Damm 54	Augen
Beruf Schriftsteller	Besondere Merkmale
tätig als	785 1005 / 3145454 - dienstl.
Arbeitsstelle	Gesichtsform
Parteien	Mundart
Massenorganisationen	Gewohnheiten
Faschistische Organisationen	ER-Sperre

24.01.85 - c Hand arbeitskartei Jürgen Fuchs - Fuchs - Schriftsteller

25.02.85

26.03.85 - nach Wp. 20 Jahre wegen USA Kub

Min. 85

4.86

4.8.86

2.8.87

13.10.86

28.10.86

1.9.85

13.05.85

34.10.88-19

17.04.83-26

Manuell rekonstruierte Karteikarte, ca. 1985  
Karteikarte aus der Arbeitskartei der HA XX/9, die manuell rekonstruiert wurde.  
BArch, MfS, HA XX, Abt. 9, Nr. 24255, AK 3

38/87

**MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK**  
Ministerium für Staatssicherheit

Reg.-Nr. HA VIII / Abt. VIII

Fahndungs-Nr. der Person **BSU  
000150**

Fahndung eingeleitet von / an GÜST

Fahndungs-Nr. unbekannt

Kastensonderlieferung Abt. M Wer ist zu verständigen?

Hauptabteilung/Abteilung XX/5

Bezirksverwaltung -

Kreis-/Objektdienststelle -

Sachbearbeiter Hptm. Vogel

Telefon 24334 Sekretariat 22810 Spätdienst 20613

Tgb.-Nr. Berlin, den 3.7.1987

## Auftragsersuchen - Beobachtung

(Nur mit Schreibmaschine ausfüllen)

Deckname: "Opponent"

Fuchs Jürgen männlich  
Vorname Jürgen Geschlecht männlich

Familienname, auch Geburtsname Reichenbach/DDR WB  
Geburtsdatum 19.12.1950 Geburtsort-land WB Staatsangehörigkeit WB

verheiratet 2 (12/2)  
Familienstand 2 (12/2) Kinder (Anzahl/Alter)

1 Berlin (West) 42, Tempelhofer Damm 54/III., Tel. 7851005  
I. Wohnanschrift (Postleitzahl, Ort, Bezirk, Kreis, Straße, Haus-Nr., Etage, Telefon-Nr., Untermieter bei)

II. Wohnanschrift, auch Nebenwohnung bzw. zeitw. Aufenthaltsort (Wohnheim, Grundstück, Laube, Hotel/Zimmer-Nr., u. a.)  
Beratungsstelle "Treffpunkt Waldstraße, 1Bln.(West) 21, Waldstr. 7  
Bezeichnung und Anschrift der Arbeitsstelle. Konkrete Angabe des derzeitigen Arbeitsortes  
Betriebs- und Verkehrs- / Psychologe und Sozialberater / Schrift-  
eigenheiten mit Abkürzung steller - freisch.  
Bezeichnung der jetzigen Tätigkeit/diplomatischer Rang

unregelmäßig  
Arbeitszeit: Montag - Freitag, Sonnabend, Sonntag, Feiertag (von bis)

F. besitzt kein Privat-Fahrzeug u.a.  
Besitzer Benutzer welcher Fahrzeuge? (Konkrete Angaben über Typ, Farbe, Kennzeichen, Mitfahrer/Selbstfahrer u. a.)

entfällt  
Wo sind diese Fahrzeuge abgestellt? (Ort/Straße, Nr./Nr. der Garage u. a.)

Fotos und Personenbeschreibung in der Anlage des Ersuchens /  
Ausführliche Personenbeschreibung (Foto - wann aufgenommen?) Aufnahmedatum: ca. 1978

Gewohnheiten/Lebenswandel, gesellsch./berufliche Stellung, Parteizugehörigkeit, Funktionen, Familien- und Wohnverhältnisse, Angaben zum Freizeitbereich, vorwieg. Benutzung welcher Strecken im Transit-/Durchreiseverkehr - GÜST

- geordnete Familienverhältnisse; solider Lebenswandel; Organi-  
siertheit unbekannt/Mitgl. des VS der BRD - LV WB; benutzt  
Transitstrecken nicht;

lib

O VIII - 1

Auftragsersuchen - Beobachtung, 03.07.1987  
Die Stasi hegte unter anderem den Verdacht, Jürgen Fuchs arbeite für einen westlichen Nachrichtendienst.  
BArch, MfS, HA VIII, Nr. 1994, Teil 1, Bl. 150



BSTU

000151

Zu welchem Geheimdienst/feindliche Organisation besteht Verbindung bzw. der Verdacht, als was tätig (Spion, Kurier, Werber, Funker, u. a.) Verletzung welcher Strafnormen (§§ - auch bei Verdacht)?

- Verdacht der na.-dienstl. Tätigkeit bzw. Verb., §§ 99, 106, 107 (3)

Wurde die Person bereits beobachtet (wann, wie lange, durch wen)? Inwieweit ist die Person mit der Beobachtung vertraut, durch welche Umstände? Welche Methoden der Absicherung und Kontrolle sind bekannt/ist zu rechnen?

- F. wurde vom Febr. 1983 - Febr. 1987 mit zeitl. Unterbr. durch HA VIII IME-Beobachtergruppe beobachtet.

- ständige Absicherungsaktivitäten (insb. visuell) sind möglich

Welche weiteren oper. Maßnahmen zur Person wurden bzw. werden zur Zeit durchgeführt oder sind geplant, die im Zusammenhang mit der Beobachtung zu beachten sind? Was, wann, wo? (Entwicklungsstand des oper. Materials)

- z. Zt. keine, geplante Akt. werden mit HA VIII abgestimmt;

Welche anderen Dienststellen arbeiten koordiniert an diesem Vorgang mit? (Angaben über Fahndungs-Nr., Decknamen, u. a. Vereinbarungen, die für die Beobachtungsführung bedeutsam sind)

- keine

Bei welcher operativen Maßnahme traten wann Dekonspirationen auf/Ausmaß? (auch bei Verdacht)

- keine

Wann wurde die Person in der Abteilung XII überprüft? (Ergebnis/registriert für wen?)

F. ist für die HA XX/5 erfaßt.

Die Person soll wie folgt an die Beobachter übergeben werden: (Wer, wann, wo, wie?)

F. ist entsprechend den Vorgaben durch die B.-Kräfte selbstständig aufzunehmen;

Welche Personen/Institutionen können wie zur Beobachtung genutzt werden?

- Tätigkeit in Beratungsstelle und entspr. zugearbeitete Objekte, die durch F. mit hoher Wahrscheinlichkeit wiederholt aufgesucht werden (Anlage)

Welche territorialen und zeitlichen Schwerpunkte sind bekannt/was ist dabei besonders zu beachten?

- Wohnung des F. liegt unmittelbar am Flughafen Tempelhof

Konkrete Angaben über Familienangehörige, Verbindungen, Anlaufstellen (Anschriften, Personenbeschreibung, Fotos)

Wer ist davon in strafbare Handlungen eingeweiht/auch bei Verdacht?

Ehefrau: F., geb. USCHKOREIT, Lieselotte, geb. [redacted] 1953, Dipl. Psychologin, zeitweise in Beratungsstelle des F. mit tätig.

Eltern: F., geb. [redacted], F., geb. [redacted], geb. [redacted]

[redacted], wh.: 1 Berlin (West) 42, [redacted]

Schwägerin: [redacted], geb. [redacted], wh.: 1 Berlin (West) 42, [redacted]

[redacted], Studentin der Slawistik

Ehefrau in Feindschaft einbezogen/ Eltern u. Schwägerin Kenntnis.

Ziel und Aufgabe der Beobachtung

entspr. den op. Möglichkeiten periodisch über längere bzw. kürzere Zeiträume in Westberlin

in der Zeit von [redacted] bis [redacted] beobachtet werden.

Wo soll die Beobachtung stattfinden? (DDR, Hauptstadt der DDR - Berlin, BRD, Berlin (West), sozial/kapital. Ausland, Transitwege von/bis, Benutzung welcher GÜST?)

- Westberlin und bei Aufenthalten (entspr. op. Möglichkeit) ~~XXXX~~ in der BRD

Konkrete Begründung der Notwendigkeit und der Zielstellung der durchzuführenden Beobachtung. Was soll konkret durch die Beobachtung erarbeitet werden?

- Feststellung von Treffpartnern, Verbindungen zu Organisationen und Institutionen, Umgangs- und Verbindungskreis; Gewohnheiten, Tagesablauf und Verhaltensweisen; vorrangiges Nutzen von Dienstleistungseinrichtungen, gastronomischen u. g. Einrichtungen, Auftreten in der Öffentlichkeit und innerhalb Personenzusammenkünften.

Wer soll nach Zusammenkünften/Verbindungsaufnahmen weiter beobachtet werden? (Konkrete Angaben zur Person)

- entspr. op. Möglichkeit der Treffpartner bis zur Identifizierung

Was soll bei der Beobachtung fotografiert/gefilmt werden?

- Treffpartner / Treffobjekte / Beobachtungsobjekt

Die Beobachtung kann unabhängig vom festgelegten Termin beendet werden, wenn festgestellt wurde, daß

entfällt

Welche Maßnahmen sind bei Verdacht oder nach eingetretenen Dekonspirationen einzuleiten?

- sofortige Informierung der auftraggebenden DE

Das vorliegende Auftragsersuchen ist mit der Dienststelle der Linie VIII abzusprechen!

Wann, durch wen erfolgt?

Erläuterungen/Ergänzungen zum Auftragsersuchen:

In Verbindung mit der Realisierung des Beobachtungsersuchen wird um Realisierung folgender Aufgaben gebeten:

• Fertigen einer aktuellen Mieteraufstellung der Wohnhäuser 1 Berlin (West) 42, Tempelhofer Damm 54 und 88 / 52 und 56

• Ermittlungen zu den Verbindungen des F.

wh.: 1 Berlin (West) 42, [redacted]

wh.: 1 Berlin (West) 33, [redacted]

Leiter des [redacted], 1 Bln. (West) 10, [redacted] und Mitarbeiter der Beratungsstelle "Treffpunkt Waldstraße"

• Feststellung der Personalien der Inhaber bzw. Verkäufer des in 1 Berlin (West) 42, Tempelhofer Damm 50 befindlichen Zeitungsgeschäftes. *Er scheint er hier??*

*Tel. Zellen im Wohngebiet*

Bestätigt

Paroch, Oberst

Vogel  
Vogel, Hauptmann  
Sachbearbeiter

Buhl, Oberstleutnant  
Abteilungsleiter bzw. Leiter der Kreis-/Objektdienststelle



BSU  
000153  
Eintragungen nur durch Linie VIII

Karteiauskunft:

Wie sind die im Auftragsersuchen genannten Personen erfaßt/nicht erfaßt 38/87

Jürgen: B 894/77 verf., 27/82 XX/5 verf.  
Sa.Inf., 195/78 u. 315/78 an HA XX/OG verf.

Lieselotte: [REDACTED]  
[REDACTED] u. [REDACTED] Verb./B/DDR/[REDACTED]: 8001/76 Havemann, Robert  
L.: Verb./B/DDR: [REDACTED]

Operative Hinweise zum Haus/Territorium:  
27/82, 2248/82 verf.


Operative Hinweise zu bekannten Auskunftspersonen/Inhabern operativer Sichtstützpunkte (wann, durch wen, unter welcher Legende genutzt/Name, Vorname, Alter, Wohnanschrift, Arbeitsstelle)

Auftragsersuchen realisiert durch: DE, MA, IM wann:

Welche Auskunftspersonen/op. Sichtstützpunkte wurden durch wen unter welcher Legende genutzt (Name, Vorname, Alter, Wohnanschrift, Arbeitsstelle, Zuverlässigkeit, Auskunftsfähigkeit u. a. m.)

BSU  
000164

1.



Zielobjekt F u c h s , Jürgen  
1000 Berlin 42 (Tempelhof)  
Tempelhofer Damm Nr. 54  
III. Etage

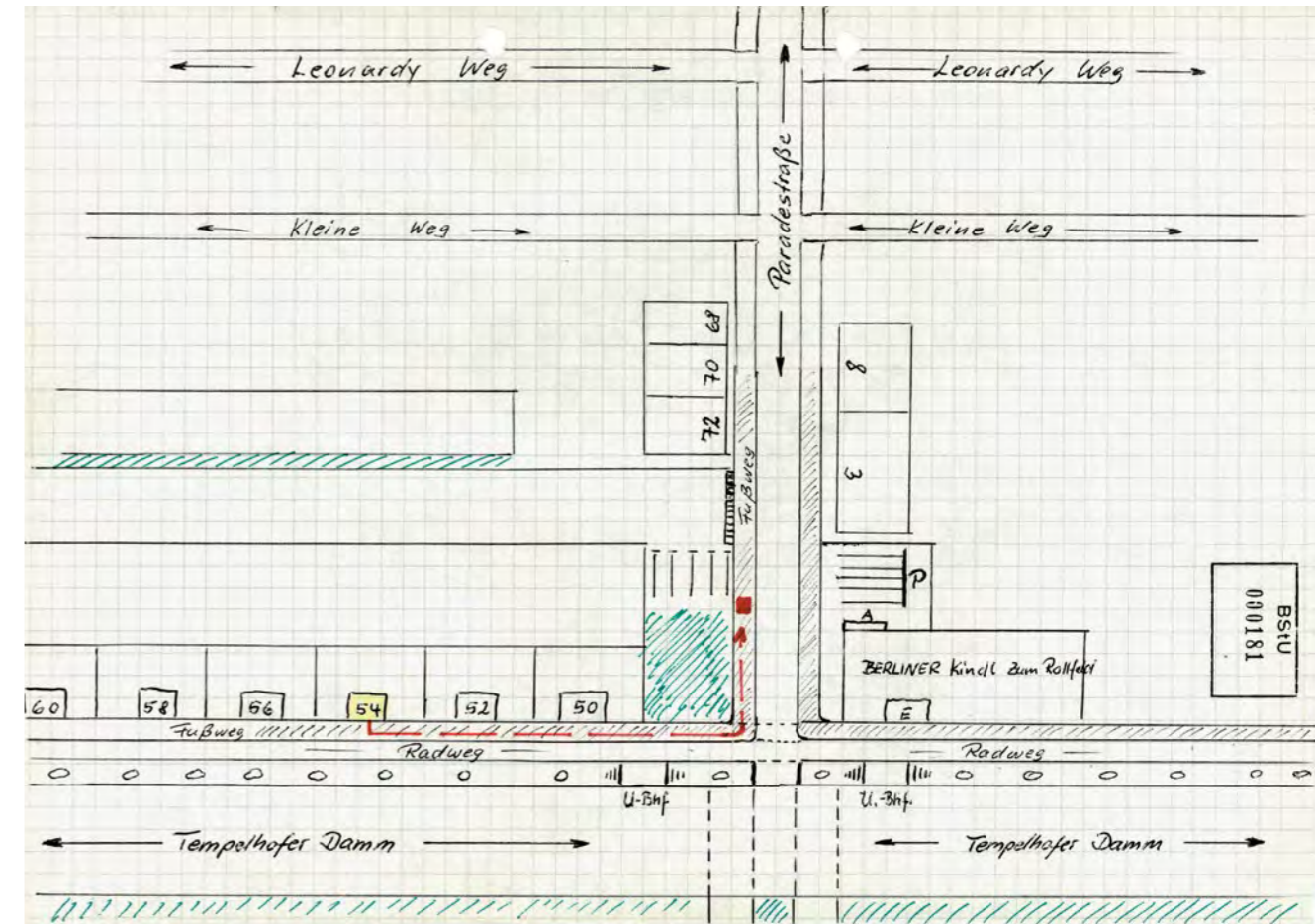
## Bildbericht über das „Zielobjekt“ Jürgen Fuchs

Die Fotos dienen der Aufklärung des Wohnumfeldes von Jürgen Fuchs. Das Titelblatt zeigt ein Portrait von Fuchs.  
BArch, MfS, HA VIII, Nr. 1994, Teil 2, Bl. 164





Die Bilder zeigen das Wohnhaus und den Aufgang zur Wohnung von Jürgen Fuchs.  
BArch, MfS, HA VIII, Nr. 1994, Teil 2, Bl. 167



Skizze von Jürgen Fuchs' Wohngegend  
Zeichnung der Wohngegend von Jürgen Fuchs mit gekennzeichnetem Weg zur nächsten Telefonzelle.  
BArch, MfS, HA VIII, Nr. 1994, Teil 2, Bl. 181



BSTU  
0027

Hauptabteilung XX/5

Berlin, 24. November 1987

Zwischeneinschätzung

zum ZOV "Opponent" für den Zeitraum vom 1.7.87 - 30.9.87

Zu dem im ZOV "Opponent" als Inspirator und Organisator der politischen Untergrundtätigkeit im Innern der DDR sowie des Verdachts subversiver Tätigkeit gemäß §§ 99, 106 und 107, Abs. 3 StGB durch die HA XX/5 operativ bearbeiteten

F u c h s , Jürgen  
geb. 19. 12. 1950 in Reichenbach  
Psychologe/Sozialberater/  
freischaffender Schriftsteller

und dessen Ehefrau

F u c h s geb. Uschkoreit, Liselotte  
geb. [REDACTED] 1953 in Jena  
Psychologin/Sozialberaterin)  
teilbeschäftigt

beide wohnh. 1000 Berlin 42,  
Tempelhofer Damm 54

wurden auf der Grundlage der im Operativplan vom 17. 2. 1987 und im Zwischenbericht vom 24. 11. 87 formulierten Ziel- und Aufgabenstellung im Einschätzungszeitraum folgende inoffiziell und offiziell erarbeitete neue Erkenntnisse gewonnen bzw. operative Arbeitsergebnisse erzielt.

1. Zur persönlichen, sozialen und beruflichen Situation des FUCHS

Insbesondere durch inoffiziell eingesetzte Kräfte wird eingeschätzt, daß FUCHS mit seiner Familie zurückgezogen lebt und seinen Lebensunterhalt durch Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Sozialberater bestreitet. Dabei gibt es sich zum Teil widersprechende inoffiziell erarbeitete Erkenntnisse. Über die konkrete soziale Situation der Fam. FUCHS konnten keine konkreten Erkenntnisse erarbeitet werden. Offensichtlich besitzt FUCHS kein festes Monatseinkommen und kein vertraglich geregeltes Arbeitsverhältnis in der durch regelmäßige Zuwendungen vom Senat von Westberlin finanziell gestützten sozialpsychologischen Beratungsstelle. Widersprüchliche Angaben gibt es zum Charakter und der Tätigkeit der Beratungsstelle, dem Charakter der Verbindung des FUCHS zum Westberliner Senat im Rahmen seiner Tätigkeit in

BSTU  
0028

2

der Beratungsstelle und auch über eine angebliche Teilbeschäftigung der Ehefrau des FUCHS. Sie soll unter anderem in der Beratungsstelle des FUCHS tätig sein. FUCHS selbst soll einerseits nach wie vor von Senatsdienststellen ehemalige DDR-Bürger zur Beratung und Unterstützung (z. B. Arbeitsstellenvermittlung) vermittelt bekommen und in dieser Tätigkeit von der Ehefrau organisatorisch unterstützt werden, andererseits sollen derartige Möglichkeiten dem FUCHS nicht zur Verfügung stehen.

Neu ist die erarbeitete Erkenntnis, daß die Ehefrau des FUCHS im Besitz eines Pkw sein soll und FUCHS angeblich über entsprechende Beziehungen einer Pkw-Reparaturwerkstatt verfügen.

FUCHS hat im Berichtszeitraum konzentriert an der Fortsetzung seines im Rowohlt-Verlag veröffentlichten Buches "Fasson-schnitt" gearbeitet, die zwischenzeitlich beendet ist und unter dem Titel "Das Ende der Feigheit" vermutlich im Rowohlt-Verlag im Jahr 1988 veröffentlicht werden soll.

FUCHS beabsichtigt, sich dieser NVA-spezifischen Problematik noch über einen längeren Zeitpunkt zu widmen.

Am jüngsten Schriftstellerkongreß des VS der BRD hat FUCHS nicht teilgenommen, war jedoch maßgeblich an der Festlegung der Linie der Spalterkräfte auf diesem Kongreß beteiligt.

2. Zu politischen und feindlichen Aktivitäten, Mittel und Methoden des FUCHS zur Organisation und Inspirierung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR

Die von FUCHS im Berichtszeitraum unternommenen Aktivitäten belegen erneut seine aktive Rolle zur zielgerichteten Einflußnahme auf DDR-feindliche Aktionen im Operationsgebiet und zur zielgerichteten Beeinflussung und Steuerung oppositioneller Kräfte im Innern der DDR. Die im Zwischenbericht zum ZOV "Opponent" vom [REDACTED] getroffene Einschätzung hat diesbezüglich nach wie vor uneingeschränkte Gültigkeit. Sichtbar wurde lediglich, daß FUCHS in der Öffentlichkeit durch entsprechende Zurückhaltung verstärkt den Eindruck hinterließ, von politischen Aktivitäten und Engagement Abstand zu nehmen und sich vordergründig seiner beruflichen und schriftstellerischen Tätigkeit zu widmen. Festgestellte Aktivitäten des FUCHS erbrachten allerdings den Nachweis, daß er sich nach wie vor in Feindaktivitäten integriert, selbst entsprechende Handlungen initiiert und in seinem engsten Umgangskreis arbeitsteilig handelt.



BSTU  
0029

3

2.1. Aktivitäten des FUCHS im Operationsgebiet mit gegen die DDR gerichteten Charakter

FUCHS trat am 31. 8. 87 in der Debütsendung von "Radio Glasnost" in Radio 100 aus Anlaß des 10. Jahrestages seiner Übersiedlung in einem mit ihm geführten Interview öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Im Vordergrund standen dabei die Zusammenhänge seiner Übersiedlung und der damit im Zusammenhang stehenden Haft in der DDR. FUCHS nutzte diesen öffentlichen Auftritt erneut zu massiven Angriffen gegen die DDR, insbesondere gegen die sozialistischen Untersuchungsorgane.

Eine vom PEN-Club der BRD organisierte Aktion "gegen die Verfolgung der Literatur" Anfang August 1987, die offensichtlich vor allem gegen die Verhältnisse in Chile gerichtet war, beabsichtigte FUCHS dahingehend zu beeinflussen, daß auch eine angebliche Verfolgung von DDR-Literaten zur Sprache kommt. Entsprechende konkrete Beispiele zur Beweisführung versuchte er von RATHENOW in Erfahrung zu bringen.

2.2. Inspirierung feindlich-negativer Handlungen über Stützpunkte in der DDR sowie Aktivitäten zur Informationsbeschaffung zu Personen und Ereignissen in der DDR

FUCHS' feindliche Aktivitäten zur zielgerichteten Beeinflussung und Steuerung konzentrierten sich in Einschätzungszeitraum wiederum insbesondere auf die operativ bekannte langjährige Verbindung Lutz RATHENOW. Neben dem regelmäßigen gegenseitigen Informationsaustausch zu politisch aktuellen Erscheinungen und interessierenden Personenkreis war FUCHS insbesondere daran interessiert, mit RATHENOW zu beraten

- wie eine angebliche Verfolgung und Diskriminierung von Schriftstellern der DDR zu beweisen wäre,

ihn zu gewinnen

- im Vorfeld des Staatsbesuches Gen. Honeckers in der BRD eine journalistische Veröffentlichungsmöglichkeit zu den Empfindungen der DDR-Bevölkerung in Vorbereitung des Besuches in einer "seriösen Zeitung" zu nutzen

und ihn zu beauftragen

- was über ein angeblich neu gegründetes "Komitee für Menschenrechte" in der DDR bekannt sei, in dem der an der Ausarbeitung des Dokuments der SPD - SED und der in diesem Zusammenhang erfolgten Fernseh-~~übertragung~~ beteiligte DDR-Vertreter REISIG "wahrscheinlich eine führende Rolle" spiele.

Durch die Art und Weise der Informierung des RATHENOW durch FUCHS, insbesondere zu beabsichtigten Aktivitäten von NSW-Persönlichkeiten mit DDR-Vertretern zu "deutsch-deutschen"

BSTU  
0030

4

Angelegenheiten besteht weiterhin der Eindruck, daß damit FUCHS beabsichtigt, entsprechende Resonanzen und Aktivitäten unter oppositionellen Kreisen der DDR zur Unterstützung dieser Bemühungen zu initiieren. So informierte FUCHS den RATHENOW über beabsichtigte Gespräche des Mitglieds der SPD-Grundkommission Johanna STRABER mit dem DDR-Vertreter HAHN (Akademie der Gesellschaftswissenschaften), die "deutsch-deutschen Begegnungen" (offensichtlich auf Schriftstellerebene) anzuregen mit der Auflage, daß die Delegationen von Westberlin/BRD aus ausgesucht werden können.

FUCHS versuchte im Einschätzungszeitraum erneut, seine verwandtschaftliche Verbindung [REDACTED] negativ zu beeinflussen und ihn zu oppositionellem Verhaltensweisen zu veranlassen. Er kritisierte scharf dessen Mitgliedschaft in der SED und Ausbildung zum Leutnant der Reserve (NVA). FUCHS versuchte [REDACTED] dazu zu überzeugen, daß es keine Alternative dazu geben könne, "gegen den diktatorischen Mißbrauch von Staat und Partei durch direkte Opposition" vorzugehen. Er versuchte [REDACTED] zu beeinflussen, durch Vortäuschung von Krankheit sich aus dem entstandenen militärischen Verhältnis zu lösen.

3. Hinweise auf nachrichtendienstliche bzw. geheimdienstliche Verbindungen und Aktivitäten

Auch im Einschätzungszeitraum konnten keine Hinweise und Erkenntnisse erarbeitet werden, die eine gezielte und systematische nachrichtendienstliche Tätigkeit bzw. geheimdienstliche Verbindungen und Aktivitäten beweismäßig belegen. Darnach wie vor konspirative Verhalten, insbesondere zur Abdeckung seiner DDR-Verbindungen bzw. deren konkrete Beeinflussung und Abschöpfung enthärtet jedoch weiterhin nicht die Version, daß FUCHS von derartigen Kräften gesteuert und mehr oder weniger zielgerichtet direkt oder indirekt beauftragt wird. Das beweisen u. a. die im Einschätzungszeitraum an Lutz RATHENOW erteilten Aufträge zur Durchführung von Recherchen, wie zum Beispiel der am 28. 9. 87 erteilte Auftrag zum am Dokument SED - SPD beteiligte DDR-Vertreter REISIG, des angeblich neu gegründeten Komitees für Menschenrechte und die Aufrechterhaltung eines Arbeitskontaktes zum SFB im Auftrag des Lutz RATHENOW.

FUCHS erhielt im Oktober 1987 einen Literaturpreis des "Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen" der BRD, für den er bereits das Geld erhalten hat. Des weiteren ist eine 3-tägige Veranstaltung im Rahmen des Goethe-Instituts in Paris vorgesehen.



BSTU  
0031

5

4. Operativ bedeutsame Kontakte und Verbindungen4.1. Operationsgebiet

Es muß eingeschätzt werden, daß FUCHS über weitaus mehr Verbindungen zu Vertretern staatlicher und parteilicher Organe, Organisationen und Einrichtungen verfügen muß, als das in den der HA XX/5 zugänglichen Informationen nachzuweisen ist. Diese Schlußfolgerung basiert auf inoffiziell erarbeiteten Informationen, wonach FUCHS unter anderem Einladungen zu Veranstaltungen (Diskussionsrunden usw.) mit führenden staatlichen und parteilichen Repräsentanten erhält. Des weiteren wurde erarbeitet, daß sich der an der Erarbeitung des Grundsatzdokuments SED - SPD beteiligte SPD-Vertreter [REDACTED] in der BRD mit FUCHS treffen wolle und am 14. 10. 87 ein Gespräch [REDACTED] mit FUCHS geplant ist. Offensichtlich auch durch die Verbindung zum Mitglied der SPD-Grundkommission [REDACTED] ist FUCHS über alle Aktivitäten der Kommission und deren Rolle im VS zur Regelung der Beziehungen mit DDR-Vertretern informiert.

Im Rahmen seiner Tätigkeit und spalterischen Rolle im VS der BRD, Landesverband Westberlin, hat FUCHS insbesondere engen Kontakt zu [REDACTED]. Durch gemeinsame literarische Projekte festigte sich im Einschätzungszeitraum auch der Kontakt zu Sascha ANDERSOHN, [REDACTED] und dem ehemaligen auf kulturwissenschaftlichem Gebiet tätig gewesenem DDR-Bürger [REDACTED].

Mit ANDERSOHN und [REDACTED] beabsichtigt er für 1988 eine Zeitschrift zu gestalten, deren Inhalt ausschließlich den landespolitischen Charakter besitzen soll. Die nach wie vor durch FUCHS und JAHN regelmäßige gemeinsame Zusammenstellung von Material über die DDR ("Dialog") zur Verbringung in die DDR durch den "Spiegel"-Korrespondenten [REDACTED], hat neuen Erkenntnissen entsprechend eine Ergänzung gefunden, indem wöchentlich abstimme Beratungen zwischen FUCHS, JAHN, [REDACTED] und dem operativ ebenfalls im OV "Weinberg" bekannten [REDACTED] zu Vorgehen und inhaltliche Probleme stattfinden.

Durch einen Hinweis der HA VI/AGV wurde im Einschätzungszeitraum die Absicht des FUCHS bekannt, seine 12-jährige Tochter [REDACTED] am 11. 10. 87 durch ein diplomatisches Fahrzeug zu dem griechischen Diplomaten 'Atache' [REDACTED] zu einem Tagesaufenthalt in die Hauptstadt verbringen zu lassen. Daraus muß geschlußfolgert werden, daß FUCHS über viele derartige Verbindungen verfügt und diese zukünftig noch stärker auch zum Transport von Material und Personen nutzen könnte. Als eine angeblich bestehende Verbindung des FUCHS wurde im Einschätzungszeitraum der Westberliner Kfz.-Schlosser

BSTU  
0032

6

[REDACTED]  
geb. [REDACTED] in [REDACTED]  
wohnh. 1000 Berlin 36, [REDACTED]  
erfaßt: KD Jena

neu bekannt, der das im Besitz des FUCHS befindliche Kfz. reparieren soll.

Inoffiziellen Hinweisen zufolge soll FUCHS außer zu [REDACTED] und JAHN keinen intensiveren Kontakt mehr zu anderen Personen des ehemaligen Jenenser Kreises besitzen. Auch soll FUCHS zunehmend in seinem bisherigen Umgangskreis im schriftstellerischen Bereich nicht mehr im Gespräch sein. Vorrangig besucht er Lesungen von jungen ehemaligen DDR-Autoren, ohne deren direkten Kontakt während dieser Veranstaltungen zu suchen. Nach vorliegendem Erkenntnisstand muß jedoch eingeschätzt werden, daß FUCHS über diesen Personenkreis nach wie vor informiert ist. Am 20. 6. 87 beteiligte sich FUCHS an einem Gespräch und Lesung mit [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED]!

4.2. Verbindungen in die DDR

Nach wie vor besteht vorrangig informativer und abstimmender Kontakt zur langjährigen Verbindung Lutz RATHENOW, der unter eingespielten konspirativen Verhaltensweisen erfolgt. FUCHS erreicht über RATHENOW, daß ungesetzlich und durch Kurierverbindungen in die DDR verbrachtes Material verteilt wurde. So gelangte im Einschätzungszeitraum offensichtlich auch Material in die "Üko-Bibliothek" Berlin - und insbesondere RATHENOW ständig ausreichend informiert ist. So informierte er ihn ausführlich über das Ergebnis des Kongresses des VS und beabsichtigte Aktivitäten von VS-Funktionären gegenüber dem Schriftstellerverband der DDR, wie z. B. die beabsichtigten Gespräche [REDACTED] in der DDR,

Die im letzten Einschätzungszeitraum neu festgestellte Verbindung des FUCHS zur ehemaligen Kommilitonin [REDACTED] konnte nicht erneut festgestellt werden. Auch im Einschätzungszeitraum wurde sichtbar, daß nach wie vor schriftliche und offensichtlich auch telefonische Verbindungen zwischen Lilo FUCHS und der operativ bekannten [REDACTED] bestehen, wobei von letzterer Interesse an einem Zusammentreffen in der CSSR besteht.

Die Beziehungen zur Familie [REDACTED] sind nach wie vor stabil. Im Monat August weilte die Lilo FUCHS für mehrere Tage bei der Familie [REDACTED] zu Besuch. Dieser Kontakt hat sich auch tiefgründig auf die Verbindungen [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] ausgedehnt.



BSTU  
0033

7

Der Abt. M erarbeiteten Hinweisen zufolge informierte Michael Stognienko den FUCHS bereits ausführlich über seinen mehrwöchigen Studienaufenthalt in der UdSSR.

#### 5. Einschätzung der Wirksamkeit der operativen Kräfte und Mittel

Im Einschätzungszeitraum konnte der IM der HA XX/9 den Kontakt zu FUCHS systematisch ausbauen und festigen. Er besitzt erfolgversprechende Voraussetzungen auf der Grundlage der erarbeiteten Positionen, in der Perspektive noch wirkungsvoller und aktiver an FUCHS zu arbeiten und zu ihm vertrauensvolle Beziehungen zu entwickeln.

Der IM "Becker" der HV A/IV konnte bisher nicht in der beabsichtigten Art und Weise direkt an FUCHS herangeführt werden und kein kontinuierlicher und ständiger Kontakt aufgebaut werden.

Der Einsatz des IM "Detlef" der KD Treptow auf der Grundlage einer mit der HA XX/5 und HA XX/9 abgestimmten Einsatzkonzeption erfolgte bisher noch nicht zielstrebig und ergebnisorientiert genug. Durch entsprechende Kontakte des IM zu RATHENOW und deren systematisch angestrebter Ausbau bestehen reale Möglichkeiten, den IM zukünftig noch besser in die Bearbeitung des ZOV "Opponent" einbeziehen zu können.

Durch den Einsatz des IM "Mario" und die Abschöpfung der Quelle der HV A/X "Christian" konnten neue operative Erkenntnisse zu FUCHS erarbeitet werden, auf deren Grundlage weitere Überprüfungen und Aufklärungsmaßnahmen entsprechend der Zielstellung des ZOV "Opponent" eingeleitet werden.

Durch die bei der HA VIII eingeleiteten Maßnahmen konnten keine neuen Erkenntnisse zu FUCHS erarbeitet werden. Der Arbeitskontakt zur HA III, der HA XX/9, HA XX/2 und den BV Berlin und Gera ist stabil.

Im Zusammenhang mit der anlässlich des 38. Jahrestages der DDR verfügten Amnestie wurde das Ermittlungsverfahren gegen FUCHS bei der HA IX eingestellt.

Zur weiteren zielgerichteten Bearbeitung des ZOV, insbesondere der Schaffung eigener perspektivvoller Kontakte zur Bearbeitung des FUCHS, stehen in der nächsten Arbeitsperiode die Klärung der operativen Materialien

- "Student" (in Zusammenarbeit mit BV Gera, Abt. XX)
- "Kurz"

auf ihre operative Perspektive insbesondere im Mittelpunkt.

BSTU  
0034  
8

Des Weiteren werden Aktivitäten zur Klärung der operativen Perspektive der Materialien

- "Ungethüm"
- "Tuch"

realisiert.

Die vorliegenden Speicherüberprüfungsergebnisse zu Personen aus dem Umfeld des FUCHS werden mit dem Ziel beschleunigt beschleunigt ausgewertet, weitere Ausgangsmaterialien für Werbungskandidaten zu entwickeln.

Die Bearbeitung des ZOV wird des Weiteren darauf konzentriert, den Status der Beratungsstelle und des Beschäftigungsverhältnisses des FUCHS in der Beratungsstelle konkret aufzuklären.



Genossen Oberst P a r o c h

Die Einleitung der Maßnahme bei der Abt. 26 macht sich notwendig, um eventuelle Übermittlungen von Informationen in das Operationsgebiet, geplante weitere Aktivitäten und weitere mit dem Übersiedlungersuchen im Zusammenhang stehende Handlungen sowie eventuelle Kontakte zum im OV "Opponent" erfaßten Personenkreis festzustellen und rechtzeitig entsprechende operative Maßnahmen einleiten zu können.

*Zusprache mit Major  
Schulze nehmen Ob. in  
Kapazität frei ist. W. B.*

HA EX 15

25. 11. 89

BStU  
000150

Vorschlag

zur Teilarchivierung des "OV Opponent"

Es sind vorgeschlagen, <sup>über</sup> die "OV Opponent" im wesentlichen Teilen zu archivieren. Besetzung des  
Fuchs, Jürgen

Die Befragung der relevanten Mitarbeiter nun zu  
erhalten.

Für die gegenwärtige Besetzung wird vorgeschlagen  
den "OV Opponent" einzustellen und im wesentlichen  
Teilen zu archivieren. Zugleich kann eine  
Umregistrierung der Erfassung als UK-Erfassung  
vorgeschrieben werden.

Kontrollmaßnahmen im Rahmen der gegenwärtigen  
Besetzung werden bei Einreise eingeleitet. Die  
Besetzung der Person wird bis zu ~~Einreise~~  
weiter aufrechterhalten und dann gelöscht.

Begründung:



# Kunst ohne Staat am Prenzlauer Berg: Die OPK „Galerie“

Für viele Künstlerinnen und Künstler war es in der DDR schwierig, außerhalb staatlicher Kontrolle und Zensur durch die SED frei kreativ zu schaffen. So entstanden Initiativen wie Salons oder Galerien oder Leseabende in privaten Wohnungen und sonstigen Gebäuden.

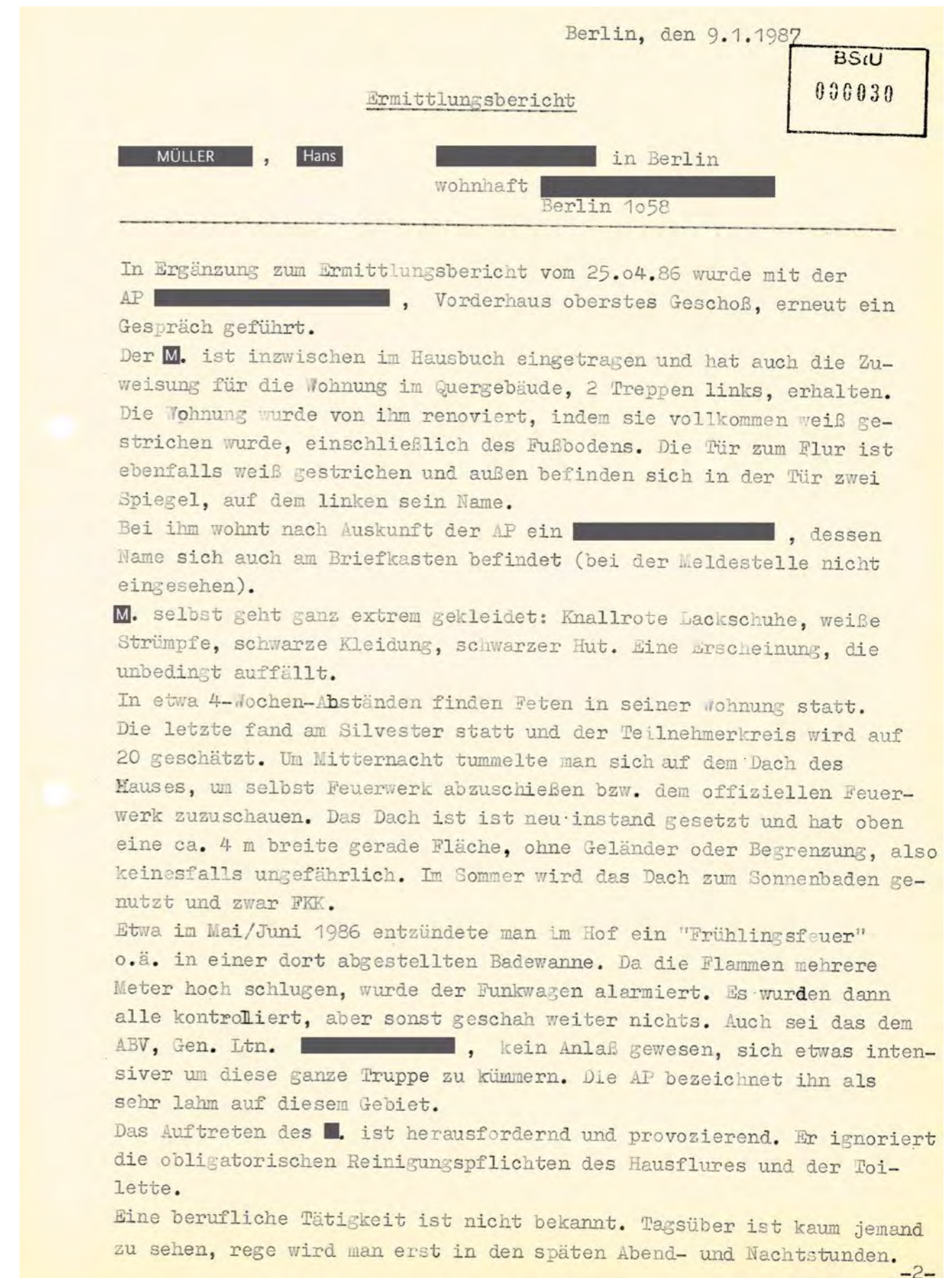
Hans Müller\*, ein junger Mann aus dem Ost-Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg, zählte viele Schriftstellerinnen und Schriftsteller und Künstlerinnen und Künstler zu seinem Freundeskreis. Auch er wollte ihnen in seiner Wohnung eine Bühne geben, auf der sie sich und ihre Kreativität ausleben konnten. Die freie Kunstszene, die sich auch mit der Szene der politischen Opposition am Prenzlauer Berg vermischte, war für die Stasi sofort ein „Problem“, das sie unter Kontrolle bringen wollte.

Die in der Wohnung von Hans Müller veranstalteten Kunstausstellungen und Lesungen waren aus Sicht des Staates illegal und führten daher zur Überwachung durch die Stasi. Sie ermittelte zusätzlich auch wegen des Verdachtes, dass dadurch ein „Zentrum oppositioneller Kräfte“ entstehen könnte. Die Stasi legte 1986 die operative Personenkontrolle „Galerie“ mit dem Ziel an, diese oppositionellen Aktivitäten zurückzudrängen und den Wohnungsinhaber „gesellschaftlich zu disziplinieren“.

Um mehr über Müller herauszufinden, forschte die Stasi seine Gewohnheiten aus. Dazu führte sie Gespräche mit der „Hausbuchbeauftragten“ sowie anderen Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses und setzte mehrere inoffizielle Mitarbeiter auf Müller an, die ihn auch beeinflussen sollten.

Auch der Versuch von Müller, eine Ausstellungseröffnung zum Schein durchzuführen und sich so dem Zugriff der Stasi zu entziehen, blieb nicht unentdeckt. Die Vernissagen versuchte er außerdem als private Partys zu tarnen. 1988 stellte Müller seine Tätigkeit als Untergrundgalerist ein.

\*Bei „Hans Müller“ handelt es sich um ein Pseudonym.



#### Ermittlungsbericht, 09.01.1987

Die Stasi erkundete die Lebensumstände und das Wohnumfeld von Hans Müller.

BArch, MfS, AOPK 1071/91, Bd. 1, Bl. 30



-2-

BSU  
000031

Es ist nichts von stattfindenden Ausstellungen bekannt. So etwas liege aber im Bereich des möglichen. Bemerkte wird nur das, was nach Außen dringt und das sind die lauten Feten.

Als Treffpunkt bzw. Aufenthaltsort des M. und seinen Freunden stellte die AP schon das Cafe Schönhauser (Kastanienallee/Ecke Eberswalder) und das Wiener Cafe in der Schönhauser Allee 68 fest. Das erstgenannte ist ein Treffpunkt für Homosexuelle.

Die finanziellen Einkünfte sind völlig unklar. Es gibt keinerlei Hinweise auf einen Beruf oder Tätigkeit des M.

Man kann auch nicht mit Sicherheit sagen, ob dort wohnende Personen zum Kreis um den M. gehören. Es ist alles sehr unklar, jeder wohnt gerade dort wo es ihm paßt, keiner meldet sich ordentlich an usw.

Es ist auch anzunehmen, daß sich M. desöfteren wo anders aufhält, da seine Wohnung oftmals (z.B. Weihnachtsfeiertage) unbewohnt erscheint und dann eben wieder mehrere Personen bei ihm auftauchen.

Die bereits erwähnte

geb.am [redacted] in [redacted]

wohnt noch dort und hat zusammen mit dem

geb.am [redacted] in [redacted]

ein Kind, etwa 2 Jahre alt.

Der M. wird jetzt seltener bei der M. gesehen. Es gibt aber mit Sicherheit seitens dieser Personen eine Verbindung zu M.

Von dem erwähnten M., der bei M. wohnen soll. befinden sich keine Personalien im Hausbuch.

Die AP ist gern bereit, telefonisch einen Hinweis zu geben, wenn sich bei M. in der Wohnung wieder etwas abspielt. Allerdings kann man sie von ihrer Wohnung aus nicht so einsehen, daß man Personen erkennen könnte.

Dort im Quergebäude sind auch noch der

geb.am [redacted] in Berlin  
z.Zt. NVA, will dann studieren.

zusammen mit der

geb.am [redacted] in Berlin  
Studentin.

Eine Verbindung zu M. kann nicht behauptet werden.

Ball

MfS/BV/V MfS  
Diensteinheit HA XX/9  
Mitarbeiter Kubis

Berlin, den 05.08.87

Reg.-Nr. XV 5409/86

(Umreg. aus MfS-Vork.) 20.08.87  
X1742 R

## Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle

MfS "Galerie"  
Deckname

HA XX/AKG

BSU  
000004

Lfd. Nr.	Name, Vorname	PKZ <sup>1</sup>	Karteikarten erhalten Datum/Unterschrift
1	Müller, Hans	[redacted]	19.11.86

1. Gründe für das Einleiten Der M. unterhält seit längerer Zeit Verbindungen zu feindlich-negativen Personen. In seiner Wohnung führt er Ausstellungen durch, wo o.g. Personen anwesend waren. Der M. sucht über Drittpersonen Kontakte zu Westmedien. Mit den Ausstellungen als auch Lesungen beabsichtigt er feindlich-negativen Personen die Möglichkeit des Bekanntwerdens zu geben, da diese öffentlich nicht ausstellen dürfen.

2. Zielstellung der OPK 1. Verhinderung, daß die Wohnung des M. zum Treffpunkt bzw. Zentrum oppositioneller Kräfte wird und dort der Ausgangspunkt für feindlich-negative Aktivitäten liegt.

2. Weitere Aufklärung des Charakters der Verbindung zu bekannten und neu in Erscheinung tretende Verbindungen des Müller.

3. Disziplinierende Einflußnahme durch IM bzw. andere spezifische Mittel und Methoden, um die Aktivitäten zurückzudrängen.

### 3. Entscheidung über das Einleiten

Bestätigt:

[Signature]

5.08.87

Datum

[Signature]

Unterschrift

### 4. Eingesetzte IM/GMS

Koordiniert mit

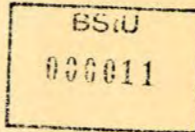
<sup>1</sup> PKZ bei DDR-Bürgern, bei Ausländern Geburtsdatum angeben!

### Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle, 05.08.1987

Ein Grund für die Einleitung der operativen Personenkontrolle: Hans Müller gebe „feindlich-negativen“ Personen mit seinen Ausstellungen und Lesungen eine Plattform.



Hauptabteilung XX/9

Berlin, 18. November 1987  
ku-p

Maßnahmenplan  
zur OPK "Galerie", Reg.-Nr.: 5409/86

gegen

Müller, Hans  
geb. am: [redacted] in Berlin  
wh.: 1058 Berlin, [redacted]  
Beruf: [redacted]  
Tätigkeit: ohne

Ausgehend von den festgelegten Kontrollzielen zur Bearbeitung der OPK und den bisher erarbeiteten operativen Informationen und Hinweisen zur o. g. Person werden folgende operative Maßnahmen zur weiteren offensiven Aufklärung und Kontrolle der Person sowie seiner Aktivitäten realisiert:

1. IM-Einsatz

Zur zielgerichteten durchgängigen Personenkontrolle, Aufklärung und Feststellung seiner Aktivitäten und Beeinflussung des Müller werden folgende IM zum Einsatz gebracht:

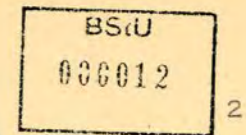
## - IM der HA XX/9

IMS "Paul Steinke" des Gen. Oltm. Klug  
IMB "Gerhard" des Gen. Major Heimann

Termin: laufend  
Verantwortlich: Major Paulitz  
für Koordinierung  
Lt. Kubis

## Schwerpunkte:

- . Herausarbeitung der subjektiven Seite für die Aktivitäten des Müller;
- . Feststellung bekannter und neu in Erscheinung tretender Verbindungspersonen des Müller und Aufklärung;
- . Erarbeitung von Hinweisen über geplante Vorhaben und Aktivitäten des Müller;
- . Feststellung der Initiatoren, Berater und Hintermänner der Aktivitäten des Müller, insbesondere der Personen, die die Verbindung zu westlichen Massenmedien halten bzw. Informationen über Müller und dessen Verbindungskreis lancieren;
- . Erarbeitung und Dokumentierung von Beweisen.



- Erarbeitung eines Informationsbedarfs für den Einsatz von IM anderer Dienstseinheiten

BV Berlin, Abt. XX/7, IMB "Ferenc", Gen. Pahl  
BV Berlin, Abt. XX/2, IMB "Rebecca", Gen. Grüner

Dazu werden persönliche Absprachen geführt und die Einsatzmöglichkeiten der IM beraten entsprechend der Schwerpunkte.

Termin: 6. 11. 1987  
Verantwortlich: Lt. Kubis

- Suche und Aufklärung von IM-Kandidaten  
Die festgestellten und neu in Erscheinung tretenden Verbindungspersonen des Müller werden nach entsprechender Prüfung ausgewählt und zielstrebig aufgeklärt mit dem Ziel zu prüfen, ob sie als IM-Kandidaten geeignet sind bzw. Entwicklung neuer Materialien. Dazu ist ein konkretes Anforderungsbild zu erarbeiten.

Termin: laufend  
Verantwortlich: Lt. Kubis

- Prüfung der Einführung des IMS "Frank Fiedler" zur operativen Bearbeitung des Müller

- . persönliche Kontaktierung des IM mit Müller mit geeigneter Legende;
- . Nutzung von Veranstaltungen in der Umweltbibliothek, um den IM ins Blickfeld der Verbindungspersonen des Deloch zu rücken.

Termin: 23. 12. 1987  
Verantwortlich: Leutnant Kubis

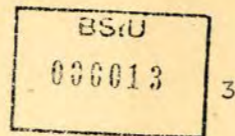
- 2. Zur Beeinflussung des Müller, der Feststellung der Aktivitäten im Wohngebiet, insbesondere in seiner Wohnung wird geprüft, inwieweit Anlieger des Wohnhauses mit einbezogen werden können.

- . Aufklärung und Kontaktierung der Hausbuchbeauftragten [redacted], wh.: 1058 Berlin, [redacted]
- . und des Bürgers [redacted], wh.: 1058 Berlin, [redacted];
- . Aufklärung weiterer Personen im Hinterhaus der [redacted]

Zielstellung ist, bei Notwendigkeit einen Stützpunkt zu schaffen.

Termin: 23. 12. 1987  
Verantwortlich: Lt. Kubis





3. Es wird geprüft, inwieweit der zuständige ABV in die Kontrollmaßnahmen zu Müller einbezogen werden kann.

Termin: 26. 11. 1987  
Verantwortlich: Ltn. Kubis

4. Zu den in OPK bzw. OV bearbeiteten Personen aus dem Verbindungskreis des Müller werden mit den zuständigen Dienst-einheiten Absprachen und Koordinierungsabsprachen mit dem Ziel geführt, die Gruppierung durch geeignete Maßnahmen operativ zu bearbeiten und weiteren Aktivitäten vorzubeugen.

Termin: laufend  
Verantwortlich: Ltn. Kubis

für Koordinierung in den Bezirken: Major Edel  
für Koordinierung in Berlin: Major Paulitz

5. Es ist zu prüfen, in welchem Umfang gesellschaftliche Kräfte zur Disziplinierung des Müller herangezogen werden können. Dazu werden Absprachen mit der KD Prenzlauer Berg realisiert.

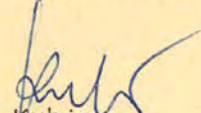
Termin für Absprache: 20. 11. 1987  
Verantwortlich: Ltn. Kubis

6. Erlangung aller Veröffentlichungen aus Westmedien (Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen) als auch anderer Materialien durch offizielle und inoffizielle Quellen zur Sicherung als Beweismittel über Aktivitäten des Müller und seiner Verbindungspersonen.

Termin: laufend  
Verantwortlich: Ltn. Kubis

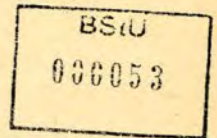
7. Über die Ergebnisse der eingeleiteten Aufklärungs- und Kontrollmaßnahmen werden regelmäßige Zwischeneinschätzungen erarbeitet und bei Notwendigkeit der Maßnahmeplan konkretisiert.

Termin für Einschätzungen: 23. 12. 1987  
25. 2. 1988  
28. 4. 1988  
Verantwortlich: Ltn. Kubis  
Kontrolle: Major Paulitz

  
Kubis  
Leutnant

Hauptabteilung XX/9

Berlin, 15. Juni 1987  
ja-la



IM "Felix Anders"  
angenommen: Major Jahnke

B e r i c h t  
Über die sinngemäße Wiedergabe einer von Müller formulierten Anzeige im Zusammenhang mit einer Wohnungsräumung durch die VP am 6. 6. 1987 bei Müller, Hans, Müller

An das Stadtbezirksgericht  
Berlin-Prenzlauer Berg

Staatsanwaltschaft

Anzeige einer Straftat vom 6. 6. 1987 durch Angehörige der DVP geb. §§ wegen Amtsmissbrauch und Körperverletzung in Tateinheit mit Hausfriedensbruch zur Auflösung einer privaten Festveranstaltung

Am 6. 6. 1987 führte ich in meiner Wohnung eine private Festveranstaltung durch. Gegen 23.30 Uhr erschienen 2 VP-Angehörige, von denen sich einer als Herr vorstellte. Sie forderten mich auf, die Musik leiser zu stellen, welches sofort geschah. Obwohl wir die Musik auf Zimmerlautstärke gestellt hatten, erschienen die VP-Angehörigen gegen 24.00 Uhr wiederum und forderten erneut die weitere Reduzierung der Lautstärke. Wiederum stellten wir die Lautstärke zurück. Als ich eine Zeitlang danach auf dem Hinterhof erschien, wurde ich von mehreren VP-Angehörigen festgehalten. Dabei stellte ich fest, daß der o. g. Herr allem Anschein nach die Aktion leitete. Da ich die Wohnungstür nicht verschlossen hatte, gelang es einigen Polizeiangehörigen vor mir die Wohnung zu erreichen und in diese einzudringen. Von diesen wurde die Veranstaltung für beendet erklärt und meine Freunde teilweise unter Schlagstockeinsatz aus der Wohnung getrieben. Dabei erlitten einige meiner Freunde Verletzungen wie auch Einrichtungsgegenstände meiner Wohnung zerstört wurden. Ich stelle hiermit Strafanzeige gem. §§ wegen o. g. Delikte und erhebe gleichzeitig Anspruch auf Schadenersatz. Die bei mir anwesenden Personen stehen jederzeit zur Zeugenaussage und Bestätigung des geschilderten Sachverhaltes bereit.

gez. Müller

IM-Bericht, 15.06.1987

Nach einer Wohnungsräumung durch die Volkspolizei stellte Hans Müller eine Anzeige wegen Amtsmissbrauch, Körperverletzung und Hausfriedensbruch.



Durch die HA XX/9 wird die Person 10-Tage-Bericht  
v. 07.08.1987  
 Müller, Hans  
 geb. am: [REDACTED]  
 wh.: 1058 Berlin, [REDACTED]  
 KK-erfaßt HA XX/9

BSU  
000041

in einem operativen Ausgangsmaterial wegen inoffizieller Hinweise auf die Organisation und Durchführung ungenehmigter Ausstellungen und Lesungen in seiner Wohnung aufgeklärt.

Im Ergebnis der bisherigen Aufklärungsmaßnahmen konnten die vorliegenden inoffiziellen Hinweise bestätigt werden und mehrere von Müller organisierte und durchgeführte ungenehmigte Veranstaltungen festgestellt werden. (Bericht der HA XX/9 vom 4. 8. 87 und IM-Bericht "Paul Steinke" vom 4. 8. 1987).

Mit dem Ziel der Zurückdrängung der genannten Aktivitäten und der Verunsicherung von Müller wurde zu diesem legendiert Kontakt aufgenommen, der gezielt weitergeführt wird. Zur weiteren Kontrolle der negativ-feindlichen Aktivitäten wird zu Müller eine OPK eingeleitet.

10-Tage-Bericht, 07.08.1987  
 Ausschnitt aus dem 10-Tage-Bericht: Die Stasi nahm verdeckt Kontakt zu Hans Müller auf.  
 BArch, MfS, AOPK 1071/91, Bd. 1, Bl. 41

Hauptabteilung XX/9 Berlin, 3. Oktober 1986  
heim

BSU  
000044

Tonbandabschrift

Quelle: IMB "Gerhard"  
 entgegengenommen: Oberst Reuter, Major Heimann am 1. 10. 1986

Information  
 zur Ausstellung in der [REDACTED]

Am 19. September fand eine Ausstellung statt in der [REDACTED], erstes Quergebäude, zwei Treppen. Der Name war Meier oder ähnlich.

Diese Ausstellung war ein Auftakt für eine Reihe von Ausstellungen, die da zukünftig stattfinden sollen und ausgestellt hat ein mir nicht bekannter Maler aus Dresden. [REDACTED] ?

Ursprünglich sollte [REDACTED] lesen, der hatte aber den Termin irgendwie versäumt.

Derjenige, dem die Wohnung gehört, ist mir namentlich oder persönlich nicht näher bekannt, nur vom Sehen kenne ich ihn. Er war im Wiener Cafe immer ein Stammgast, ein junger Mensch, er ist 22, würde ich sagen, Jahre alt.

Ich nehme an, er will - er hat die Absicht, so eine Reihe von Ausstellungen zu machen, wie sie eine Zeit lang bei [REDACTED] oder [REDACTED] stattgefunden haben. Er hat auch Einladungskarten verschickt und es waren etwa 40 Personen anwesend. Eine Eröffnungsrede wurde nicht gehalten und zu den Bildern wäre zu sagen, daß es so eine Dresdner moderne, ein bißchen eine Art wie auch [REDACTED] oder [REDACTED] arbeiten.

Tonbandabschrift IM-Bericht, 03.10.1987  
 Ein IM berichtet über die Ausstellungseröffnung.  
 BArch, MfS, AOPK 1071/91, Bd. 1, Bl. 44



In der Bearbeitung der OPK "Galerie" zu  
 Müller , Hans

10-Tage-Bericht  
 v. 06.10.1987

BSU  
 000043

wurde inoffiziell erarbeitet, daß dieser seine ungenehmigte Ausstellungstätigkeit weiterführen will. Die nächste Ausstellungseröffnung in seiner Wohnung fand offiziell am 3. 10. 1987 um 17.00 Uhr statt. Durch einen IM konnte herausgearbeitet werden, daß zu diesem Termin nur eine "Scheineröffnung" mit unbedeutenden Gästen durchgeführt wurde und dieser Termin eigentlich zur Irreführung der VP und anderer staatlicher Organe verbreitet wurde. Die tatsächliche Eröffnungsveranstaltung findet am 7. 10. 1987 statt und ist nur einem ausgewählten Personenkreis mündlich mitgeteilt worden. Die Veranstaltung am 7. 10. 1987 wird inoffiziell unter Kontrolle gehalten.

Hauptabteilung XX/9

Berlin, 11. Januar 1988  
 ku-la

BSU  
 000077

Information  
 zu , , PKZ: , erf. KD Treptow

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung der OPK "Galerie" gegen  
 Müller , Hans  
 geb. am:   
 wh.: 1058 Berlin,   
 erf.: HA XX/9

wurde inoffiziell eine Einladungsliste beschafft (siehe Anlage), auf der unter laufender Nummer 51 der , ,  
 aufgeführt ist.

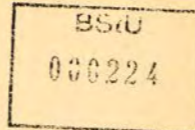
Es konnte festgestellt werden, daß die aufgeführten Personen von Müller bisher zu einer Reihe von Ausstellungen, Lesungen und Diskussionsrunden in seine Privatwohnung eingeladen wurden.

Überprüfungen ergaben, daß eine Vielzahl der auf der Einladungsliste genannten Personen gemäß der Dienstabweisung 2/85 des Genossen Minister operativ bearbeitet werden.

Der Charakter der Verbindung des zum Müller kann derzeit nicht eingeschätzt werden.



Hauptabteilung XX/9

Berlin, 25.04.89  
ks

Vermerk

über Ermittlungen zur OPK "Galerie" gegen Müller, Hans

Die Ermittlungen wurden durch den Unterzeichner am 25.04.89 beim ABV, Gen. Paetsch geführt.

Entsprechend vorheriger Absprache mit ABV und der BV Berlin, Abt. XX, wurde am 11.04.89 von Müller Geruchsspuren zu Vergleichszwecken abgenommen. Genutzt wurde die Befragung des Müller durch den ABV, die etwa 10 Minuten dauerte.

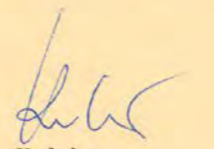
IM Ergebnis dessen wurde bekannt, daß sich Müller oft bei der operativ bekannten [REDACTED], [REDACTED]

in der [REDACTED] aufhält. Daraufhin angesprochen, wie Müller seine Wahlbenachrichtigung erhalten soll, gab er an, daß er sie sich selbst abholen will. Ersichtlich war aus der Reaktion jedoch nicht, ob Müller an den Wahlen teilnimmt. Es ist nicht auszuschließen, daß er dies nur gegenüber dem ABV äußerte, um seine Ruhe zu haben.

Die zuständige Wahlhelferin [REDACTED], [REDACTED], 1058 Berlin, [REDACTED], Quergebäude, wurde nicht angetroffen.

Das Wahllokal befindet sich am 7. Mai in der Pappelallee 72/74 PGH Baugewerbe (WBA 32)-Wahllokal 09.

Zur genauen Feststellung, ob Müller seine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, wird die o.g. [REDACTED] aufgesucht.

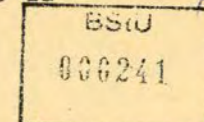
  
Kubis  
Oberleutnant

Vermerk, 25.04.1989

Das Gespräch mit dem Abschnittsbevollmächtigten nutzte die Staatssicherheit dazu, Geruchsproben von Hans Müller zu erhalten.

BArch, MfS, AOPK 1071/91, Bd. 1, Bl. 224

Hauptabteilung XX/9

Berlin, 12. Juni 1989  
ks-la

E i n s c h ä t z u n g  
zu den Ergebnissen der bisherigen Bearbeitung der OPK "Galerie"  
Reg.-Nr.: XV/5409/86 im Zeitraum seit September 1988

zu

Müller [REDACTED], [REDACTED]  
geb. am: [REDACTED] in Berlin  
wh.: 1058 Berlin, [REDACTED]  
Beruf: [REDACTED]  
Tätigkeit: [REDACTED]  
Arbeitsstelle: VEB [REDACTED]-Prenzlauer Berg,  
[REDACTED]

Müller wird seit dem 5. 8. 1987 in der OPK "Galerie" wegen der Organisation unerlaubter Ausstellungen und der Verbindungen zu einer Reihe Personen der politischen Untergrundtätigkeit operativ bearbeitet.

Im Zeitraum seit der letzten politisch-operativen Einschätzung der OPK im September 1988 ist es durch politisch-operative Maßnahmen zur Aufklärung, Kontrolle und zielgerichteten Beeinflussung des Müller gelungen, die operativ bedeutsamen Aktivitäten zurückzudrängen.

Neue Erkenntnisse zur Person

M. arbeitet seit dem 6. 3. 1989 bei der [REDACTED]-Prenzlauer Berg, [REDACTED], als [REDACTED] in der

[REDACTED]  
1054 Berlin, [REDACTED].

Durch die Kaderleitung wird eingeschätzt, daß er insgesamt eine gute Arbeit leistet, jedoch einige Male zu spät auf Arbeit erschien.

Des weiteren wurde bekannt, daß jetzt Müller bei der operativ bekannten

[REDACTED], [REDACTED]  
wh.: 1055 Berlin, [REDACTED]

wohrt.

Einschätzung, 12.06.1989

Auszug aus der Einschätzung zu den Ergebnissen der bisherigen Bearbeitung.

BArch, MfS, AOPK 1071/91, Bd. 1, Bl. 241



# 750 Jahre Berlin in Ost und West

Im Jahr 1987 feierte Berlin sein 750. Stadtjubiläum. Doch bereits die Planungen waren durch die Teilung der Stadt und die ihr zugrundeliegende Systemkonkurrenz politisch aufgeladen. Zögerliche Versuche, das Fest gemeinsam zu begehen, scheiterten. Zu den geplanten Regierungsbesuchen von Eberhard Diepgen und Erich Honecker kam es wegen Vorbehalten der Besatzungsmächte nicht.

So wurden auf beiden Seiten der Mauer eigene Vorbereitungen getroffen und Festprogramme organisiert. In Ost-Berlin wurden der Gendarmenmarkt und das Nikolaiviertel zum Jubiläum wiederaufgebaut, in West-Berlin unter anderem der Breitscheidplatz neu gestaltet und der Martin-Gropius-Bau, in dem die zentrale Ausstellung „Berlin, Berlin“ gezeigt wurde, aufwendig restauriert.

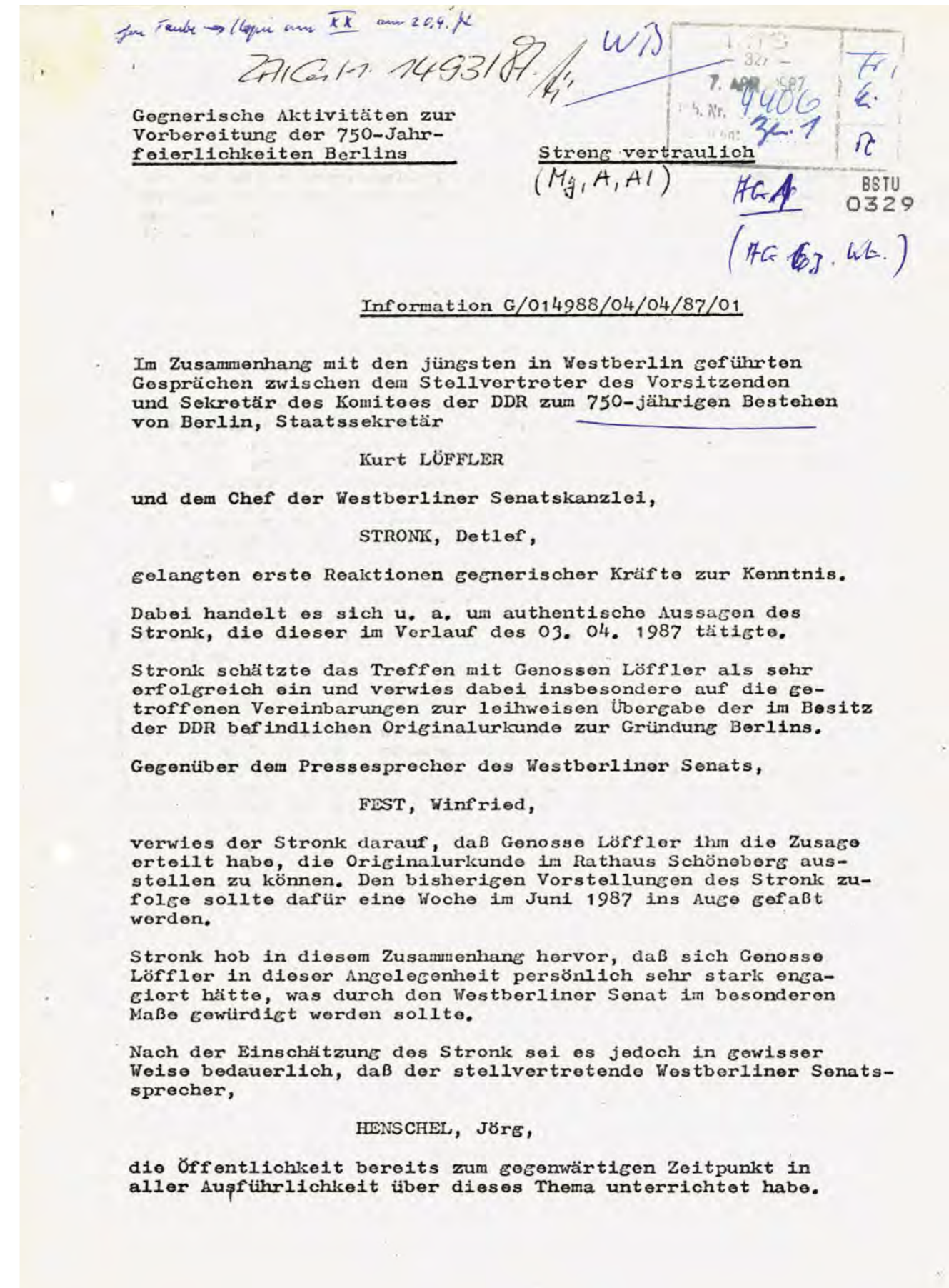
Höhepunkt der Ost-Berliner Feierlichkeiten war der Festumzug am 4. Juli 1987. Stasi-Mitarbeiter sicherten ihn im Hintergrund ab. Er führte von der Straße „Unter den Linden“ bis zum Strausberger Platz und passierte dabei den Fernsehturm und die Haupttribüne an der Karl-Liebknecht-Straße. Der Festzug zeigte 291 Bildfolgen zur Berliner Stadtentwicklung. Die Nachkriegsgeschichte des Westteils der Stadt blendeten die rund 40 000 Mitwirkenden jedoch aus.

Wegen der allgemein schlechten Versorgungslage in der DDR stießen die enormen finanziellen Ausgaben für die Jubiläumsfeiern in der Hauptstadt auf starke Kritik. In den Stasi-Unterlagen sind mehrere Fälle dokumentiert, in denen die DDR-Bevölkerung außerhalb Berlins mit Transparenten oder Graffiti ihren Unmut über die offensichtliche Bevorzugung Berlins zum Ausdruck brachte.

Auch im Westteil der Stadt gab es ein umfangreiches Jubiläums-Programm. Allerdings steckte auch West-Berlin ökonomisch in der Krise, sodass eine stolze Selbstdarstellung und Inszenierung als strahlende Frontstadt des Kalten Krieges schwer fiel. Hinzu kamen soziale, stadtplanerische und politische Probleme. Ganz bewusst versuchten die Verantwortlichen hier aber, auch die Geschichte Ost-Berlins in die Feierlichkeiten zu integrieren.

Zu den zahlreichen Kulturveranstaltungen in West-Berlin gehörten 1987 ein „Wasserkorso“, eine multimediale Inszenierung an der Siegessäule und das dreitägige „Concert for Berlin“ in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze, bei dem unter anderem David Bowie und die Band Genesis auftraten. Das Konzert wurde auch von Jugendlichen östlich der Mauer aufmerksam verfolgt, was zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Volkspolizei führte.

Politische Höhepunkte der West-Berliner Feierlichkeiten waren die Besuche des französischen Staatschefs François Mitterrand, von Queen Elizabeth II. und dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Am 12. Juni 1987 hielt Reagan eine Rede vor dem abgesperrten Brandenburger Tor. Darin appellierte er u.a. an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, die Grenze zu öffnen und die Berliner Mauer einzureißen. Mitarbeiter der Stasi verfolgten die Rede von einem Beobachtungspunkt auf dem Brandenburger Tor aus und hielten sie in einer Fotoserie fest.



#### Information zu „gegnerischen Aktivitäten“, 04.04.1987

Gespräch zwischen Kurt Löffler, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees der DDR zum 750-jährigen Bestehen von Berlin, und dem Chef der Senatskanzlei von West-Berlin, Detlef Stronk. Dabei ging es unter anderem um die Gründungsurkunde, die an West-Berlin ausgeliehen werden sollte.

BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11471, Bl. 329



BSTU  
0330 2

Stronk hätte ursprünglich darauf orientiert, nur eine kurze Pressemitteilung zu verfassen, in der der Fakt genannt und das persönliche Engagement des Genossen Löffler hervorgehoben werden sollte.

Fest vertrat diesbezüglich allerdings einen anderen Standpunkt als Stronk und verwies dabei auf die große politische Bedeutung der Vereinbarung über die leihweise Übergabe der Originalurkunde. Eine derartige Erfolgsmeldung müsse man auch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln öffentlichkeitswirksam präsentieren.

Fest verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß durch derartige Erfolgsmeldungen auch den Argumenten der Kräfte des Operationsgebietes, die noch immer behaupten, "der Osten schottet sich ab und will nur die Sahne von unserer mageren Milch abrahamen", wirksam begegnet werden könne.

Die nunmehr getroffenen Vereinbarungen seien ein eindeutiger Beweis dafür, daß tatsächlich "eine Entkrampfung" zu verzeichnen sei.

Des weiteren wurde aus dem Bereich des Westberliner Senats im Zusammenhang mit der Vorbereitung der 750-Jahrfeierlichkeiten bekannt, daß der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister

SCHÄUBLE, Wolfgang

die Botschafter der westlichen Alliierten am 08. 04. 1987 zu einem Gespräch empfangen wird. An dieser Gesprächsrunde, die sich u. a. mit der Auswertung des Treffens Stronk/Löffler befassen soll, werden auch Vertreter des Auswärtigen Amtes der BRD teilnehmen.

Hauptabteilung VI

Berlin, 17. Februar 1987  
VI/OuT/  
sch-ri

603 /87  
ZfA C. 1. 7791 87

MIS - 327 -	Ra	BSTU 0348
19 FEB. 1987		
Tgb. Nr. ... 2201/87		
Weiteran: ...		

Information

über Meinungsäußerungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West)/CDU, DIEPGEN, Eberhard, im Zusammenhang mit der 750-Jahrfeier Berlins

Am 29. 1. 1987 hielt sich eine Gruppe von Redakteuren und Volontären des "Senders Freies Berlin" (SFB) zu einer Stadtrundfahrt in der Hauptstadt der DDR, Berlin, auf. Während einer zwanglosen Unterhaltung mit dem Stadtbilderklärer bemerkte einer der Volontäre (Alter ca. 30 Jahre, nach eigenen Angaben in der Redaktion der "Abendschau" tätig):

"Wir verstehen den Herrn DIEPGEN nicht, daß er die Einladung von Herrn HONECKER noch nicht bestätigt hat. In einem Gespräch in unserer Redaktion brachte DIEPGEN zum Ausdruck, daß er gerne am Staatsakt der DDR teilnehmen würde, jedoch haben einige Politiker in Bonn und die Alliierten nach wir vor Bedenken. Er würde ansonsten auch als Privatperson in die DDR reisen. Des weiteren äußerte DIEPGEN, daß man im Ostteil der Stadt eine richtige Vorbereitung auf den 750. Geburtstag trifft. Die größte Leistung sei der Aufbau des Nikolaiviertels und des Gendarmenmarktes." Nach den Ausführungen von DIEPGEN würde man in Westberlin nur feiern.

Die Information ist offiziell auswertbar.

Stellvertreter des Leiters der HA

Wilke  
Oberst

Verteiler

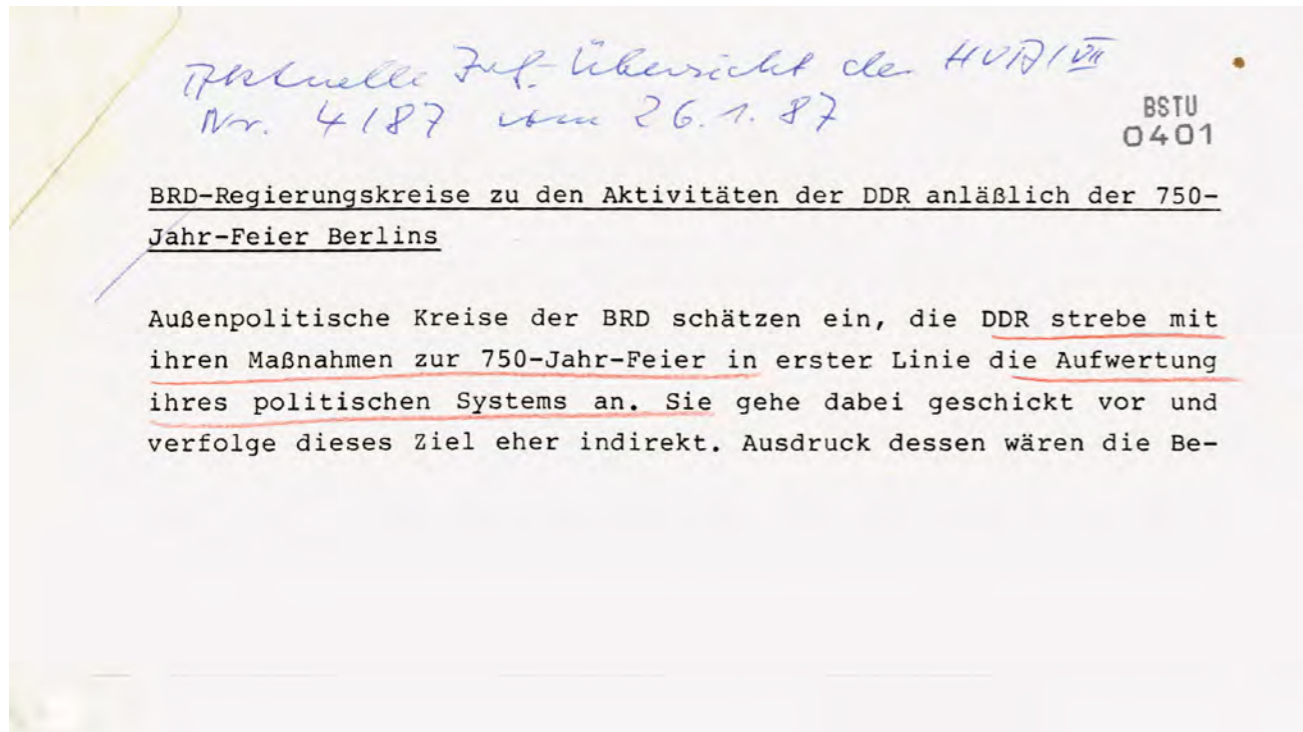
- Stellv. des Ministers  
Gen. Generalleutnant Neiber
- Stellv. des Ministers  
Gen. Generalleutnant Großmann
- Hauptabteilung VI/Leiter
- ZOS
- ZAIG
- BV Berlin/Leiter

Information über angebliche Meinungsäußerung von Eberhard Diepffen, 19.02.1987

Während eines Besuchs in Ost-Berlin berichtete ein Volontär, dass der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepffen gerne am Staatsakt in der DDR teilnehmen würde.

BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11471, Bl. 348

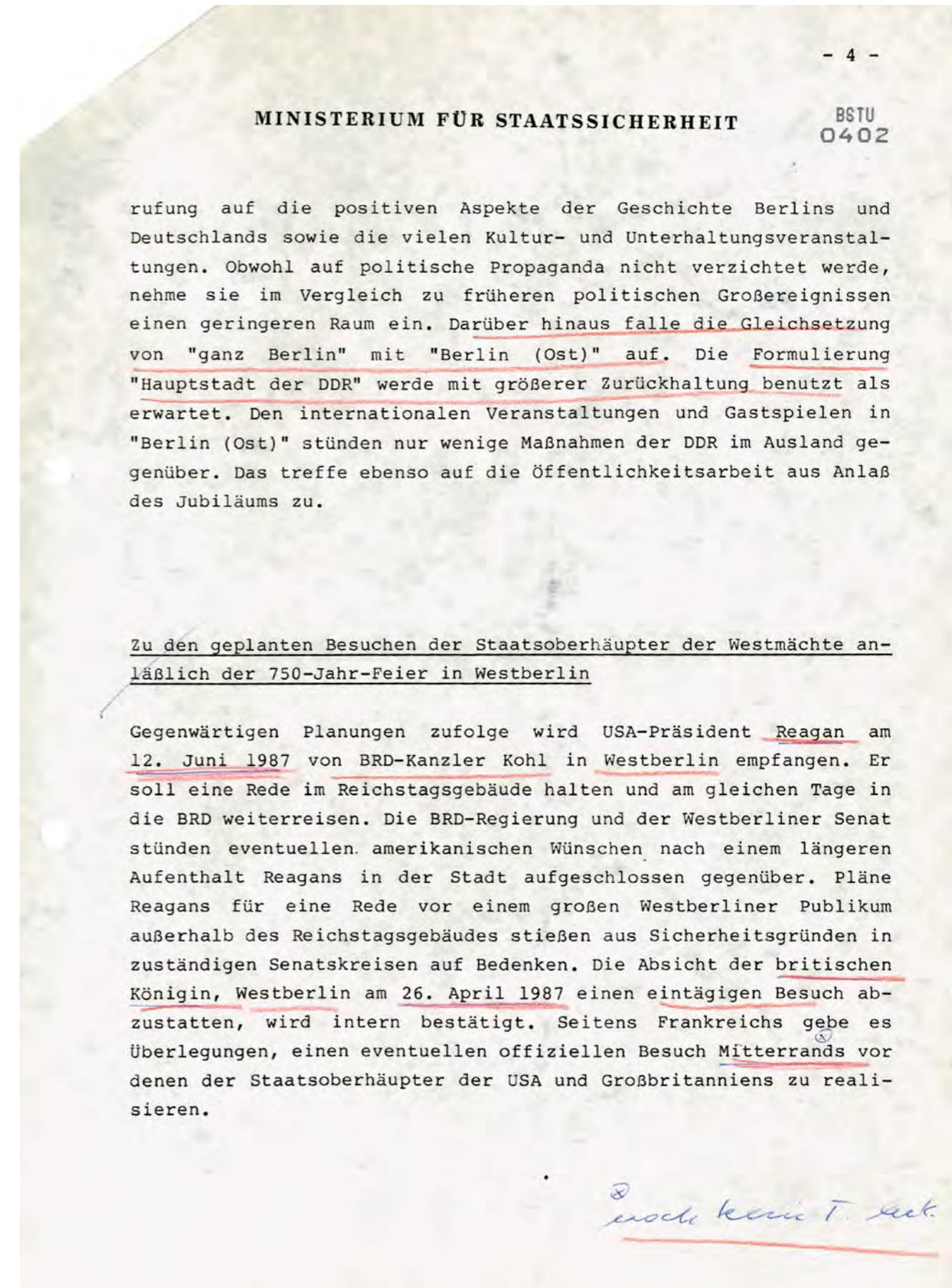




**Information zum Stand der westlichen Planungen, 26.01.1987**

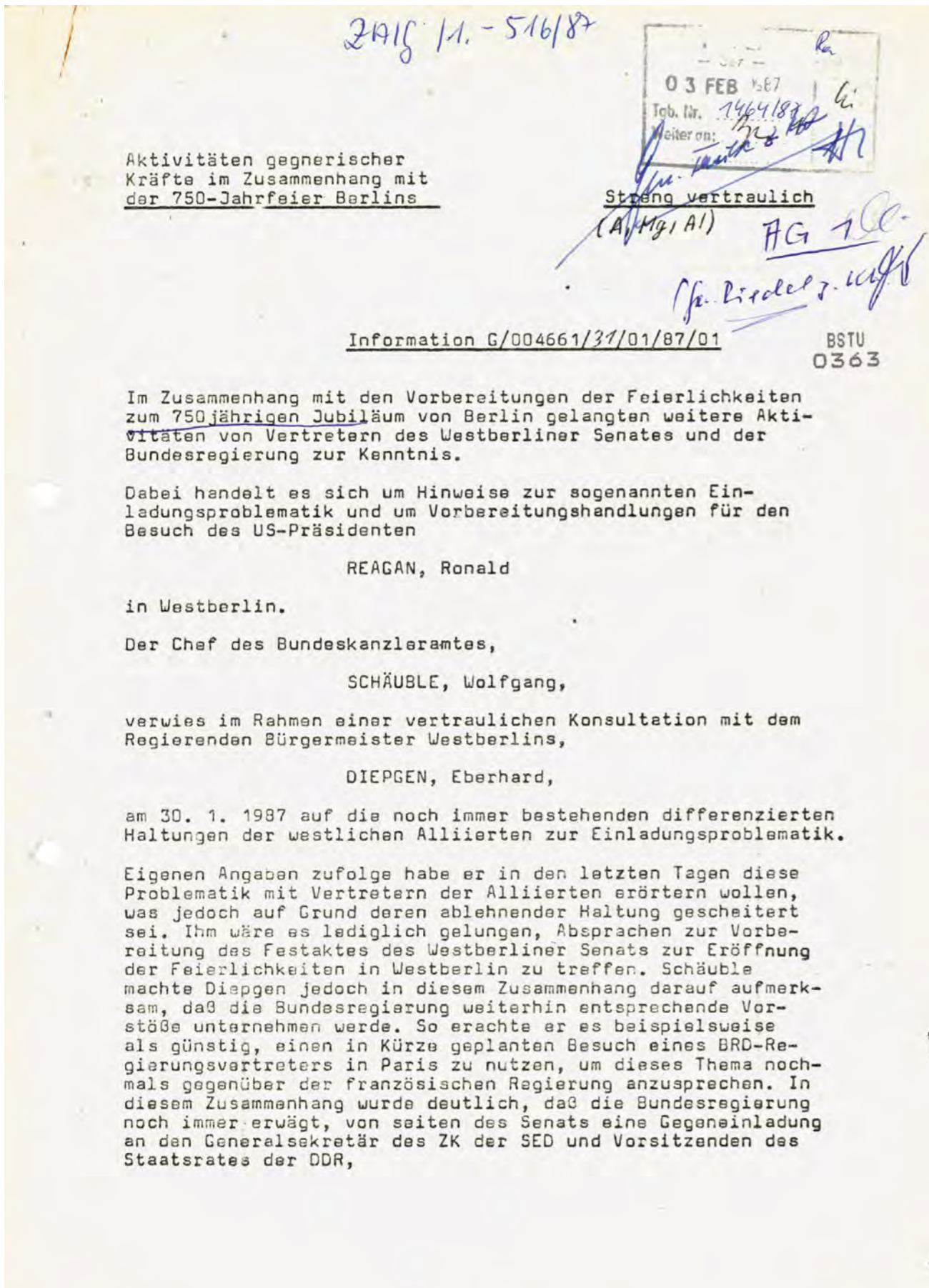
Die HV A war über den Stand der Planung zur Jubiläumsfeier in West-Berlin gut informiert. Auch die westlich Sicht auf die DDR-Feierlichkeiten registrierte die HV A genau.

BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11471, Bl. 401



BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11471, Bl. 402

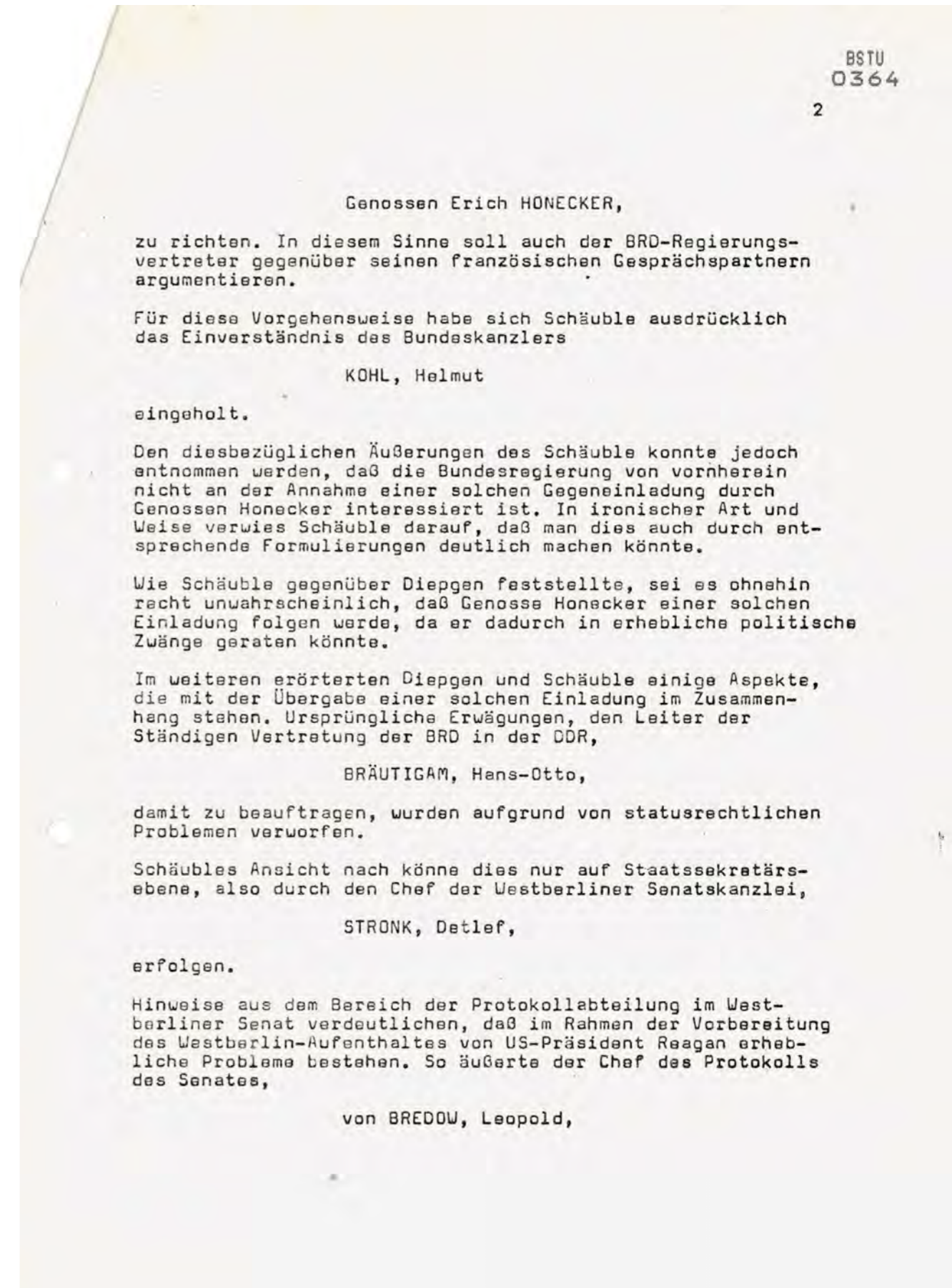




**Information zum Reagan-Besuch, 31.01.1987**

Die US-Amerikaner bestanden darauf, mit US-Präsident Ronald Reagan eine Freiluftveranstaltung nahe des Reichstagsgebäudes durchzuführen.

BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11471, Bl. 363





BSTU  
0365

3

seine Unzufriedenheit über die Ergebnisse des kürzlich erfolgten Aufenthaltes eines Vorkommandos des US-Präsidenten in Westberlin. Die amerikanische Delegation hätte zur konkreten Programmgestaltung einige Vorstellungen entwickelt, die durch den Senat kaum zu realisieren seien. So bestche die amerikanische Seite darauf, in der Nähe des Reichstagsgebäudes eine Freiluftveranstaltung mit Reagan durchzuführen, an der nahezu 300 000 Personen teilnehmen sollten.

Bredow führte dazu aus, daß ein derartig großer Personenkreis heutzutage kaum noch für eine solche Veranstaltung zu mobilisieren wäre und es außerordentlich peinlich sei, wenn nur 30 000 Teilnehmer erscheinen würden. Bredow hätte während der Verhandlungen mit dem amerikanischen Vorkommando mehrmals auf diesen Umstand hingewiesen, sei jedoch im wesentlichen ignoriert worden. Nun wolle er zunächst eine abwartende Haltung einnehmen.

Des weiteren wurde bekannt, daß sowohl durch die Bundesregierung als auch durch den Westberliner Senat noch immer kein definitiver Termin für den geplanten Westberlinbesuch des französischen Präsidenten,

MITTERRAND, Francois,

vereinbart werden konnte.



Fotos der Rede Ronald Reagans, 12.06.1987

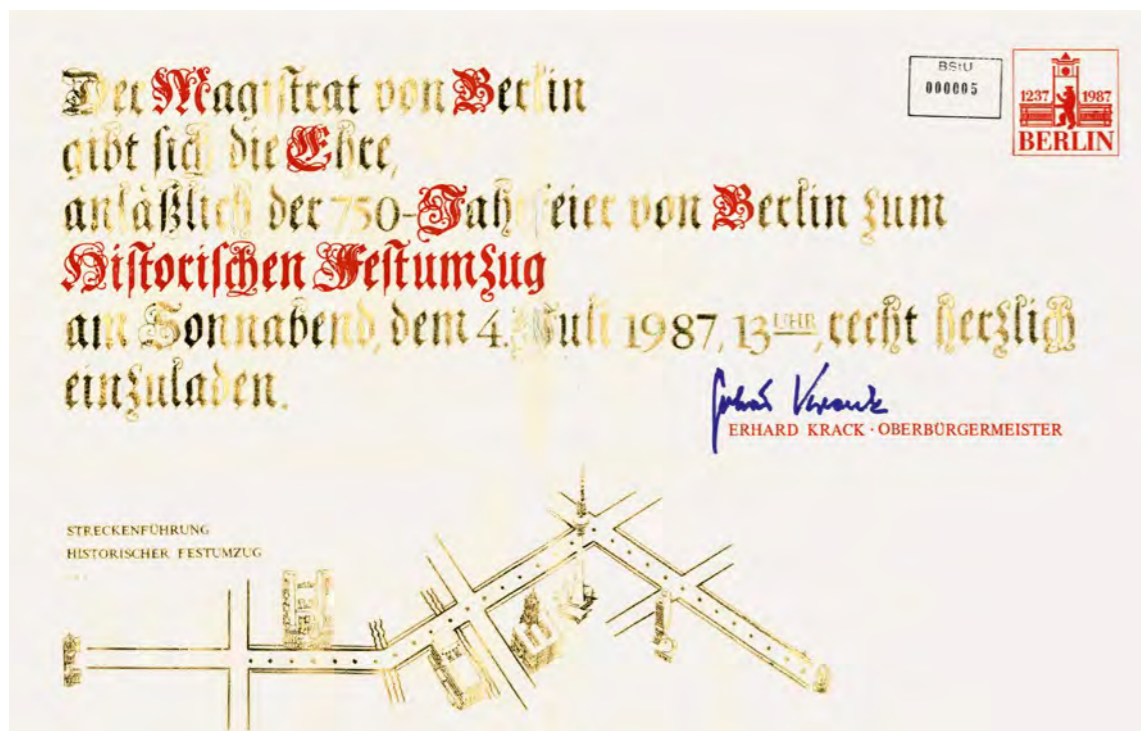
Stasi-Überwachungsfoto von der Menschenmenge auf der Straße des 17. Juni.

BArch, MfS, HA III, Fo, Nr. 126, Bild 8

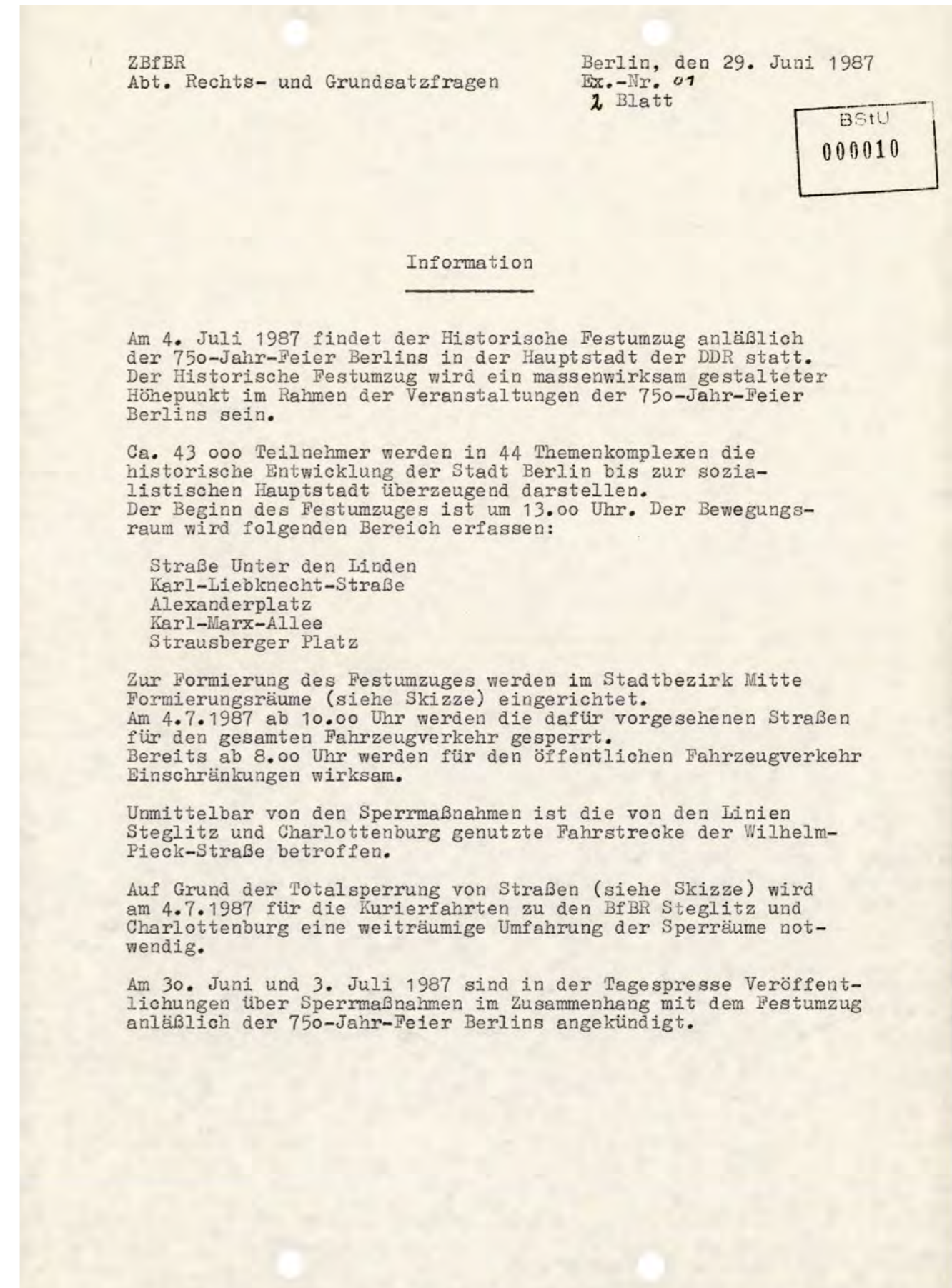
Das Stasi-Überwachungsfoto zeigt die Kulisse, vor der der US-Präsident seine Rede hielt. Das Foto zeigt eine Sperrholzkonstruktion von hinten und wurde vom Brandenburger Tor aus aufgenommen.

BArch, MfS, HA III, Fo, Nr. 126, Bild 66





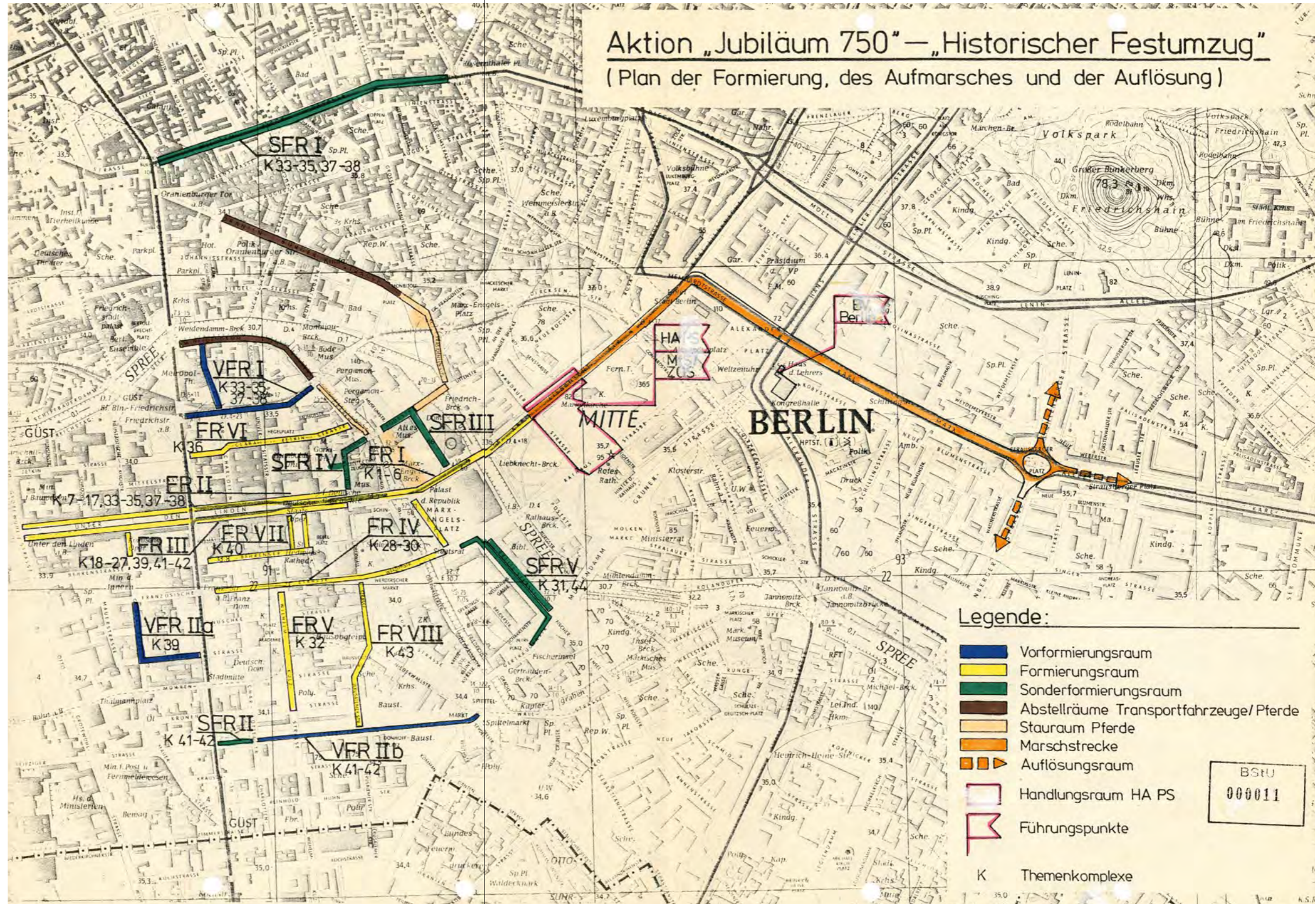
Einladung zum historischen Festumzug in Ost-Berlin  
Einladungskarte des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin zum Festumzug am 04.07.1987.  
BArch, MfS, ZOS, Nr. 1983



Information zum historischen Festumzug, 29.06.1987

Auch die Kurierfahrten zu den Besucherbüros in West-Berlin waren von den Straßensperrungen für den Festumzug betroffen.  
BArch, MfS, AG XVII 2798, Bl. 10





**Route des historischen Festumzugs**

Der Plan zeigt die Umzugsstrecke und die Bereiche, in denen sich die Teilnehmergruppen formieren und anschließend auflösen sollten.

BArch, MfS, AG XVII 2798, Bl. 11



HV A/SWT/V

Berlin, 10. 7. 87  
900-sprBSTU  
0402A b s c h r i f tStimmungen und Meinungen zum Festumzug "750 Jahre Berlin"

Der Festumzug in seiner Gestaltung wird durchweg als ansehenswert bewertet. Kritisch wird jedoch eingeschätzt, daß dieser immense Aufwand in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage kaum zu vertreten ist. Der Aufbau der Festwagen in den Betrieben stieß ebenfalls auf Kritik, da dafür Kräfte und Mittel aufgewendet wurden, die für andere Vorhaben bzw. für die Erfüllung des Planes sinnvoller hätten eingesetzt werden können.

Es wird u. a. die Meinung vertreten, daß der Aufwand für den Festumzug im sozialen Bereich bzw. im Gesundheitswesen besser eingesetzt wäre. Dafür hätte man Altersheime oder Krankenhäuser bauen sollen.

Viele Mitarbeiter, die in den Innenstadtbezirken wohnen, kritisieren die sich häufenden Behinderungen des Individualverkehrs durch solche Veranstaltungen.

Die Gewinnung von Mitwirkenden und Zuschauern gestaltete sich im Ministerium für Verkehrswesen schwierig. Die Auflagen durch die Kreisleitung wurden nicht annähernd erfüllt, da viele Mitarbeiter wegen des Ferien- und Urlaubersbeginns nicht bereit waren, am Umzug teilzunehmen.

gez. IM der HV A/SWT/V

F.d.R.d.A.

*Kramig*

Zentraler Operativstab

F.sp.: "750 Berlin" Ref. 2 z.k.

173/87

Information Nr.: 787/87

Eingang der Information

Entgegengenommen Kerst, Hptm.  
Datum/Uhrzeit 22.6.87, 17.45 Uhr  
Meldende Dienst Einheit BV Leipzig

Anbringen einer Schmiererei mit herabwürdigendem Inhalt auf der Fahrbahn in Leipzig-Mockau

Verteiler

Genosse Minister  
Generaloberst Mittig  
Generalleutnant Großmann  
Generalleutnant Neiber  
Generalleutnant Schwanitz  
Generalleutnant Geisler

Am 22. 6. 1987 gegen 02.30 Uhr wurde festgestellt, daß in Leipzig-Mockau, Majakowskistraße, in Höhe des Grundstückes Nr. 51, auf der Fahrbahn eine Schmiererei (Länge 3,60 m, Buchstabengröße 30 cm bis 50 cm) mit folgendem Text angebracht wurde:

"822 Jahre Leipzig, so alt wird Berlin nie".

Als Tatmittel wurde rote Farbe verwendet. Das Wort "Berlin" war mit gleicher Farbe durchgestrichen.

Die Schmiererei befand sich in einem schlecht lesbaren Zustand.

Maßnahmen:

- Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die K des VPKA Leipzig im Zusammenwirken mit der KD Leipzig-Stadt.

I, II, III, VI, VII, VIII, IX, X,  
XVII, XVIII, XIX, XX, XXIIBdL,  
KuSch, N, PS, Rechtsstelle,  
VRD, ZAGG, BKK, ZAIG, ZKG

BV \_\_\_\_\_

BSTU  
00000  
6

Zentraler Operativstab

Ablage 750 Jahre Feier

243/87

Information Nr.: 1188/87

Eingang der Information

Entgegengenommen Kalinke, Hptm.  
Datum/Uhrzeit 31.8.87, 17.30 Uhr  
Meldende Dienst Einheit BV Berlin

Anbringen eines Transparentes mit herabwürdigendem Text auf einer Balustrade in Berlin-Mitte, Spandauer Straße

Verteiler

Genosse Minister  
Generaloberst Mittig  
Generalleutnant Großmann  
Generalleutnant Neiber  
Generalleutnant Schwanitz  
Generalmajor Rümmler

Am 31. 8. 1987, gegen 14.10 Uhr, stellte eine namentlich bekannte Bürgerin der DDR (Sekretärin im Palasthotel) fest, daß auf der Balustrade über der Verkaufsstelle "Internationales Buch" in Berlin-Mitte, Spandauer Straße, ein Transparent (weißes Stofftuch), Größe 200 cm x 70 cm, mit folgendem Text angebracht worden war:

"Berlin feiert - die Republik zahlt"

Der Text wurde mittels roter Farbsubstanz aufgetragen. Die Buchstabengröße (Druckbuchstaben) betrug ca. 20 cm - 25 cm.

Ersten Überprüfungen zufolge war das Transparent ca. 6 Minuten sichtbar, bevor es durch Kräfte der DVP entfernt wurde.

Täterhinweise liegen nicht vor.

Maßnahmen:

- Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die KD Berlin-Mitte.

I, II, III, VI, VII, VIII, IX, X,  
XVII, XVIII, XIX, XX, XXIIBdL,  
KuSch, N, PS, Rechtsstelle,  
VRD, ZAGG, BKK, ZAIG, ZKGBV BerlinBSTU  
00000  
5



# Das Ende der Stasi

Noch Mitte der Achtzigerjahre hielt die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR Übungen zur Besetzung West-Berlins ab. Dazu erarbeitete die Stasi detaillierte Pläne: NVA-Truppen sollten am „Tag X“ die Mauer um West-Berlin an genau definierten Stellen durchbrechen und zunächst die alliierten Schutztruppen zerschlagen.

Anschließend wäre die West-Berliner Infrastruktur unter Kontrolle gebracht und alle potenziellen Organisatoren von Widerstand festgenommen und eingesperrt worden. Auch für die Installation von Dienststellen, teilweise schon mit namentlicher Besetzung der Leitungspositionen, in den eroberten West-Berliner Bezirken hatte die Stasi Pläne parat.

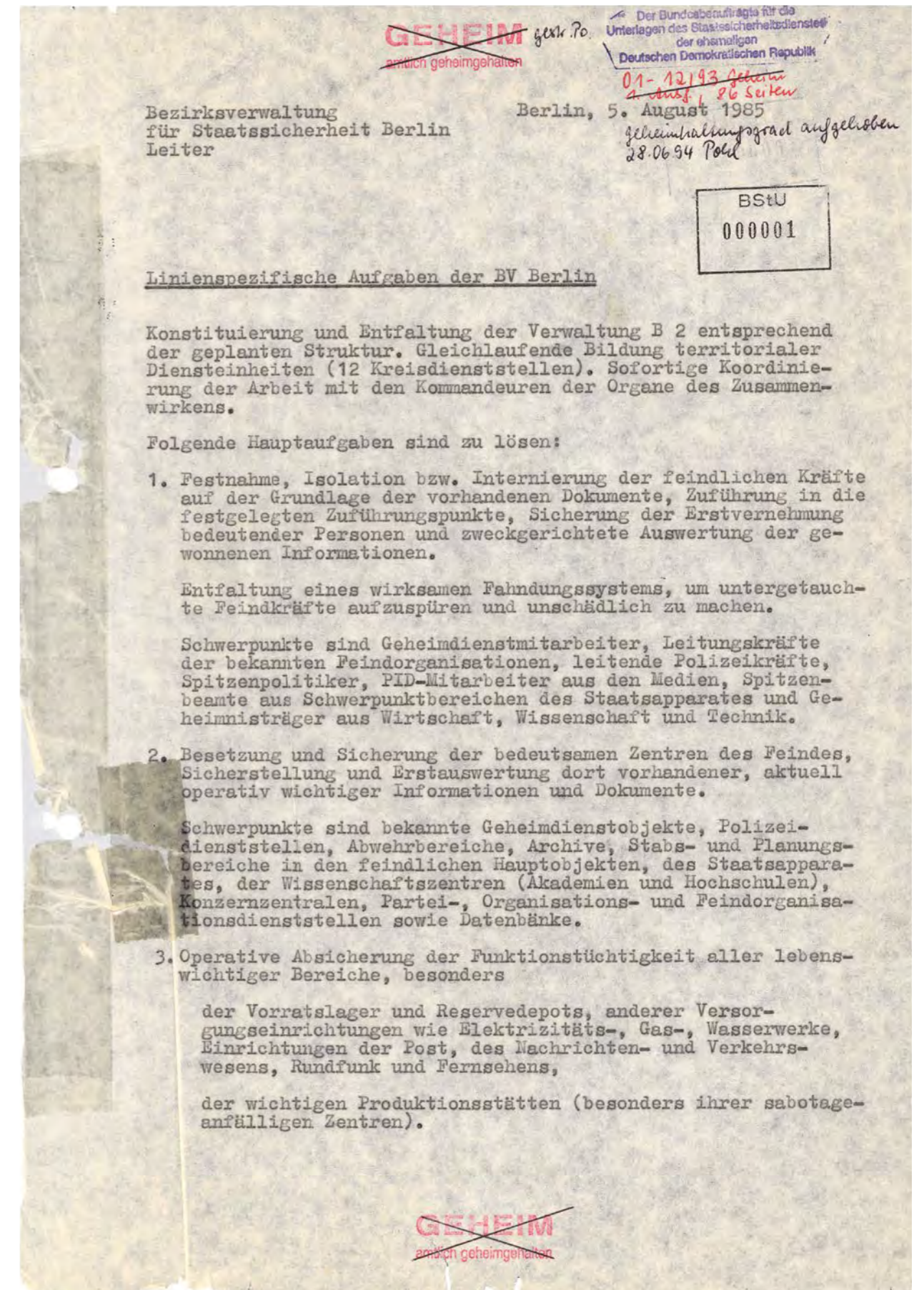
Die Realität führte diese Planspiele jedoch ad absurdum: 1989 schlossen sich Bürgerinnen und Bürger trotz der Verfolgungs- und Repressionsmaßnahmen der Stasi zu Tausenden den neuen Oppositionsbewegungen an, die sich seit Anfang der Achtzigerjahre zunächst unter dem Dach der Kirche formiert hatten.

Das Ende der Herrschaft der SED im Jahr 1989 brachte auch das MfS zu Fall. Im September und Oktober zog es immer mehr Menschen auf die Straße, um gegen die Staatsmacht zu protestieren. Die Massendemonstrationen von Leipzig, Ost-Berlin und vielen anderen DDR-Städten wurden zum Symbol der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989.

Vergeblich wartete die Stasi auf Anweisungen der Partei- und Staatsführung zum Eingreifen auf breiter Linie – auf die das MfS vorbereitet war, wie eine Anweisung von Stasi-Chef Erich Mielke vom 8. Oktober 1989 zeigt. Bei einzelnen Protesten gingen Volkspolizei und Stasi auch brutal gegen demonstrierende Bürgerinnen und Bürger vor, aber ein Generalbefehl zur Niederschlagung der Proteste blieb aus.

Während die Demonstrationen in den vielen Städten der DDR auch die Stasi-Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen einbezogen, wuchs im Ministerium die Verunsicherung. Im November 1989, kurz vor der Maueröffnung, erteilte Erich Mielke einen ersten Befehl zur Vernichtung von Unterlagen. Am 4. Dezember 1989 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger Dienststellen der Stasi, um die Vernichtungsaktionen zu stoppen und die Stasi an der Arbeit zu hindern.

Am 13. Januar 1990 folgte die Regierung der DDR der Forderung des Runden Tisches vom Dezember 1989, die Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen. Die Besetzung der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg am 15. Januar verlieh diesem Beschluss eine weltweite Symbolkraft. Die Stasi hatte die Kontrolle verloren. Ihre Akten gingen in die Hand der Bürgerinnen und Bürger über, die sie seit 1991 auf Basis des Stasi-Unterlagen-Gesetzes nutzen können.



## Aufbau der „Verwaltung B2“, 05.08.1985

Mit der „Verwaltung B2“ meinte die Stasi die Dienststellen, die für den Fall einer Eroberung West-Berlins dort geplant waren. Der Geheimhaltungsgrad und seine anschließende Streichung auf dem Dokument stammen vom Stasi-Unterlagen-Archiv.

BArch, MfS, BV Bln, Leiter 101, Bl. 1



~~GEHEIM~~  
streng geheimgehalten

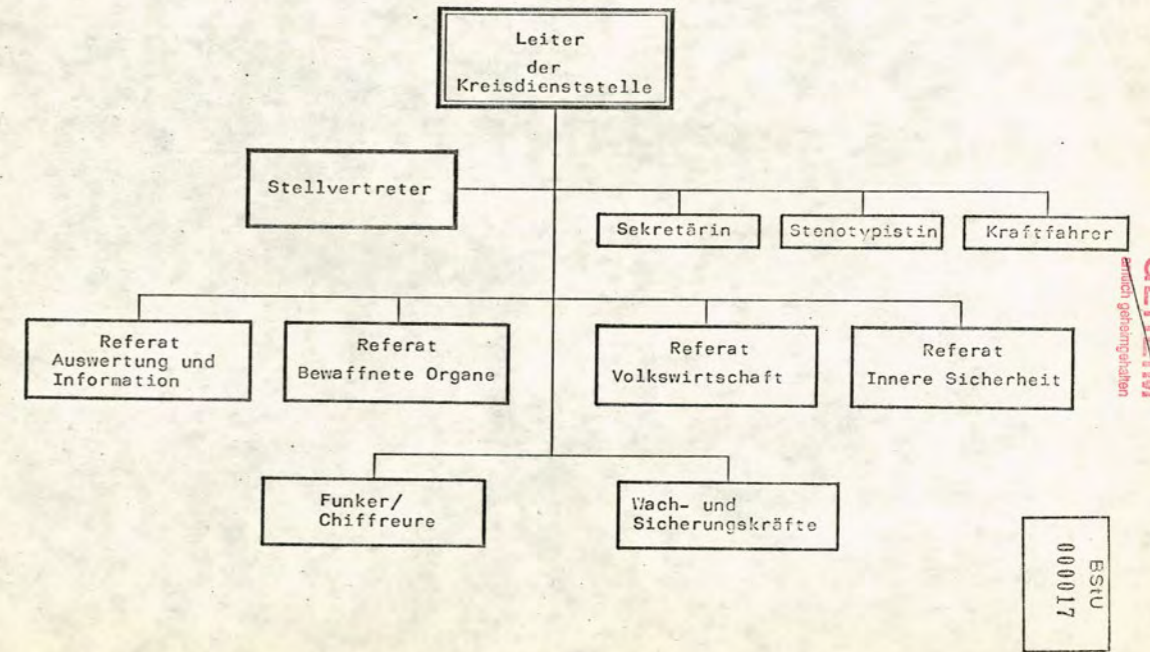
BStU  
000002 2

4. Operative Maßnahmen zur Sicherstellung materieller und kultureller Werte, Organisation ihres Schutzes vor Diebstahl, Unterschlagung, Plünderung oder Zerstörung (Banken, Wertpapierdepots, technische und wissenschaftliche Dokumentationen, Geschäftsunterlagen, Bundesdruckerei, Museen, Galerien, Bibliotheken).
5. Sofortige Organisation der Beschlagnahme aller nicht durch militärische Maßnahmen erfaßten Waffen sowie Munition und Sprengmittel (Waffenträger, Privatwaffen, Jagdwaffen, industrielle Sprengmittel) sowie Erfassung vorhandener oder anfallender toxischer Mittel und Bestände.
6. Organisation des politisch-operativen Kampfes gegen die zu erwartende Aktivierung der Feindtätigkeit. Einsatz vorhandener geeigneter IM aus Westberlin und der Hauptstadt zur Aufklärung und zum Eindringen und Unschädlichmachen dieser Feindkräfte, Brechen des gegnerischen Widerstandes.  
  
Schwerpunkt sind Kampf gegen Spionage, Sabotage, Diversion, Terror, Hetze, politische Untergrundtätigkeit, Unruhestiftung durch Falschmeldung und Gerüchte, Plünderungen, Streik und Zusammenrottung, Angriffe auf progressive Kräfte und das bestehende Grenzregime.
7. Unterstützung beim Aufbau demokratischer Organe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, notwendige Kontrolle und Einflußnahme auf personelle Besetzung, besonders der Führungskräfte. Schutz progressiver Kräfte vor terroristischen Anschlägen und feindlichen Verleumdungen.
8. Differenzierte Erfassung des Ausländeranteils unter der Bevölkerung Westberlins, Behandlung ihrer Probleme nach der politischen Situation und Lage.
9. Erfassung und differenzierte Behandlung des diplomatischen Personals (Konsulate) in Westberlin.

Schwartz  
Generalleutnant

~~GEHEIM~~  
streng geheimgehalten

Strukturschema der Kreisdienststelle Charlottenburg



Strukturschema einer geplanten Stasi-Kreisdienststelle in Charlottenburg  
In West-Berlin sollten 12 Kreisdienststellen gebildet werden.  
BArch, MfS, BV Bln, Leiter 101, Bl. 17



Ministerrat  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, 8. 10. 1989

BStU  
000001

Vertrauliche Verschlusssache  
VVS-o008  
MfS-Nr. 71/89  
54. Ausf. Bl. 1 bis 3

Dienstseinheiten  
Leiter

Durch die zügellose Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners und massive Einmischungsversuche hat sich in jüngster Zeit die politisch-operative Lage im Innern der DDR weiter erheblich verschärft.

Es verschärfen sich die Erscheinungen und damit verbunden Gefahren der Zusammenrottung feindlicher, oppositioneller sowie weiterer feindlich-negativer und rowdyhafter Kräfte mit dem Ziel, die staatliche Sicherheit sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören und damit eine Gefährdung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR herbeizuführen.

Zur konsequenten und wirksamen Zurückdrängung/Unterbindung aller diesbezüglichen Handlungen und Aktivitäten

w e i s e i c h a n :

1. Für alle Dienstseinheiten besteht bis auf Widerruf entsprechend der Anweisung Nr. 1/89, Ziffer 11, "volle Dienstbereitschaft". Angehörige, die ständige Waffenträger sind, haben ihre Dienstwaffe entsprechend den gegebenen Erfordernissen ständig bei sich zu führen.

Die in meinem Fernschreiben vom 5. 10. 1989, VVS MfS o008-69/89, getroffenen Festlegungen zur Überprüfung und Bereitstellung der erforderlichen Kräfte und Reserven sind nochmals unter der gegenwärtigen Lageentwicklung zu präzisieren. Es sind ausreichende Reservekräfte bereitzuhalten, deren kurzfristiger Einsatz auch zu offensiven Maßnahmen zur Unterbindung und Auflösung von Zusammenrottungen zu gewährleisten ist.

Anweisung Erich Mielkes zur Zurückdrängung aller gegen das SED-Regime gerichteten Handlungen, 08.10.1989  
Da sich die politische Lage weiter zuspitzte, wies Erich Mielke die Leiter der Stasi-Dienstseinheiten an, sich auf härtere Auseinandersetzungen und verschärfte Repression vorzubereiten.

BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 6920, Bl. 1

BStU  
000002

2

2. Durch die zuständigen Dienstseinheiten sind verstärkte Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung an den Dienstobjekten sowie in konzentrierten Wohngebieten von Angehörigen des MfS einzuleiten. Mit den Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens sind unter Beachtung ihrer lagebedingten Möglichkeiten erforderliche sachbezogene Maßnahmen abzustimmen.

3. Alle geeigneten und verfügbaren IM/GMS sind unverzüglich lagebezogen zum Einsatz zu bringen. Dabei ist so vorzugehen, daß es nicht zu einer Verunsicherung der IM/GMS kommt. Es ist ein funktionsfähiges wechselseitiges Verbindungssystem, insbesondere zur Übermittlung von Sofortinformationen der IM/GMS an das MfS, aufrechtzuerhalten.

Unter Beachtung der konkreten politisch-operativen Lage sind diese IM/GMS zu beauftragen und zu instruieren zur Erarbeitung und sofortigen Informierung über

- alle Pläne, Absichten und Aktivitäten der genannten Kräfte, vor allem hinsichtlich der Organisation und Durchführung von provokatorisch-demonstrativen Handlungen,
- vorhandene und sich herausbildende Gefahrenmomente sowie begünstigende Bedingungen und Umstände,
- die weitere Entwicklung der Reaktion sowie der politisch-moralischen Haltung der Bevölkerung.

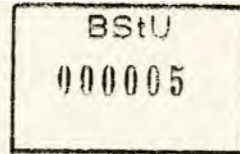
Ausschöpfung aller individuellen Möglichkeiten der IM/GMS hinsichtlich der Beruhigung und Stabilisierung der Lage in ihrem Umfeld bzw. Einflußbereich.

BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 6920, Bl. 2









5

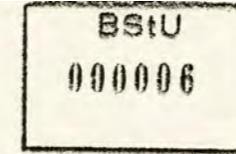
VVS Mfs 0008-71/89

7. Durch den Einsatz aller geeigneten Mittel sind jegliche Terror- und andere Gewalthandlungen, insbesondere gegen Mitglieder der SED und andere progressiv auftretende Bürger sowie gegen Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane einschließlich deren Objekte und Einrichtungen, konsequent zu verhindern.

Alle Möglichkeiten des Inbesitzbringens von Waffen und Munition sind auszuschließen. Dazu sind alle Waffenlager und Waffenkammern der Schutz- und Sicherheitsorgane, der gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen sowie die in Privatbesitz befindlichen Waffen verstärkt zu kontrollieren und zu sichern. Bei Erfordernis sind die in Privatbesitz befindlichen Waffen zeitweilig einzuziehen und zentral sicher zu verwahren.

8. Alle von in der DDR ständig akkreditierten Korrespondenten bzw. Journalisten ausgehenden subversiven und anderen feindlich-negativen, öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und Handlungen, insbesondere solche, die sich auf die Berichterstattung über öffentlichkeitswirksame provokatorische demonstrative Handlungen, Zusammenrottungen, Demonstrationen usw. sowie auf polizeiliche und andere Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane beziehen, sind konsequent zu verhindern.

Journalisten und Korrespondenten, die in polizeilichen Handlungsräumen wirksam zu werden versuchen, sind mit dem Hinweis, daß derartige Aktivitäten und Handlungen nicht gestattet sind, energisch aufzufordern, diese umgehend zu verlassen.



6

9. Über politisch-operativ zu beachtende Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im Zusammenhang mit Versuchen zur Störung der staatlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zum Verhalten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte sind unverzüglich Meldungen an den ZOS im MfS zu geben.

Es ist eine ständige aktuelle und objektive Einschätzung der Reaktion der Bevölkerung zu gewährleisten und darüber laufend an die ZAIG zu berichten.

Die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED sind ständig aktuell und objektiv über die Entwicklung der politisch-operativen Lage, einschließlich der Reaktion der Bevölkerung, zu informieren.

Besonders bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen sind mir bzw. meinem zuständigen Stellvertreter sofort zu melden.

*Mielke*  
/Armeegeneral





**Fotos der Kundgebung gegen staatliche Gewalt und für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, 04.11.1989**  
 Auf der Kundgebung in Ost-Berlin äußerten fast 200 000 DDR-Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu Staat, Partei und Stasi auf mitgeführten Transparenten.

BArch, MfS, HA XX, Fo, Nr. 1021, Bild 4



BArch, MfS, HA XX, Fo, Nr. 1021, Bild 14



ZAIG

Berlin, 6. November 1989

Gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane und gegen das Strafrecht gerichtete Angriffe und Forderungen auf der genehmigten Demonstration und dem Meeting der Künstlerverbände für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit am 4. November 1989 in Berlin

Während der Demonstration mitgeführte Transparente beinhalteten u. a. die Forderungen:

- "Staatssicherheit durch Öffentlichkeit"
- "Von Demagogie, Bespitzelung, Entmündigung und auch Verbrechen war und ist diese Gesellschaft gekennzeichnet"
- "Rechtssicherheit statt Staatssicherheit"
- "Wir fordern Kontrolle der Staatssicherheit"
- "Besser dem Volk vertrauen, als dem Stasi trauen"
- "Stasi an die Stange"
- "Für ein Leben ohne Stasi-Terror".

In den Ansprachen enthaltene Angriffe und Forderungen beinhalteten:

Johanna SCHALL

Zitat aus Verfassungsvorschlag für die französische Republik von 1793: Jede Verfassung muß den Schutz der öffentlichen und der individuellen Freiheit vor der Regierung selbst zum Ziel haben. Nur dies allein diene als Mittel "gegen die öffentliche Gewalt der Regierenden als Geißel der Freiheit".

Im Anschluß an die durch den Schauspieler Ulrich MÜHE erfolgte Verlesung der Artikel 27 und 28 der Verfassung der DDR von 1974 forderte Johanna SCHALL folgende, "diese Artikel einschränkende Paragraphen

BSU  
000155

BSU  
000156

2

des Strafgesetzbuches zu streichen oder zu modifizieren", die sie im Wortlaut vortrug: Die Paragraphen 99 "Landesverräterische Nachrichtenübermittlung", 106 "Staatsfeindliche Hetze", 107 "Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß" sowie 217 "Zusammenrottung".

Rechtsanwalt Dr. Gregor GYSI erinnerte unter Hinweis auf die zitierten Paragraphen des Strafgesetzbuches, daß die Rechtsanwälte in ihrer, von ADN nicht vollständig aber in wesentlichen Teilen veröffentlichten Erklärung ein neues Strafrecht und die Überarbeitung von Kapiteln des Strafgesetzbuches gefordert hätten. Die Verfassung selbst sei "gut, obwohl auch sie entwickelt werden kann". Gebraucht würden der Staat und Staatsautorität, ebenso aber die "Kontrolle des Volkes über den Staat und seine Sicherheitsbereiche" wie auch ein "neues Verhältnis von Politik und Recht".

Marianne BIRTHLER von der "Berliner Kontakt-Telefon-Gruppe" erklärte, sie habe Gelegenheit gehabt, in mehr als 200 Berichten zu lesen, wie Menschen gejagt, geschlagen, gedemütigt und verurteilt worden seien. Dabei habe es sich nicht um die Übergriffe Einzelner gehandelt. Dieses Unrecht sei geplant, vorbereitet und befohlen worden. Noch immer sei nicht geklärt, wer die Befehle gegeben und politische Verantwortung getragen habe, auch dafür, daß den Volkspolizisten gesagt worden sei, sie würden am Alex aufgehängt. Die Gründung einer zeitweiligen Untersuchungskommission beim Berliner Magistrat, die weder nach Zusammensetzung noch nach Zielen wirklich unabhängig sei, befriedige sie nicht.

Eine unabhängige, von Künstlerverbänden, demokratischen Initiativen, der Kirche, von Ärzten, Anwälten und Psychologen gebildete Untersuchungskommission werde mit dem Magistrats-Ausschuß zusammenarbeiten.

Der Liedermacher Kurt DEMMLER sang gegen Bespitzelung und Überwachung das Lied von der "ganz leisen Polizei", von der immer irgendwer dabei sei, und rezitierte daran anschließend, man braucht, um was zu schaffen, Sicherheit, doch auch "Sicherheit vor der Sicherheit".



BSU  
000157 3

Prof. Jens REICH vom "NEUEN FORUM" forderte, Verfassungsrecht müsse nicht nur auf dieser "Freiheitsdemonstration", sondern überall wahrgenommen werden, und rief zu Solidarität auf mit den Bürgern und Verhafteten, mit den "Alten, die das Land aus den Trümmern geholt haben", mit den Ossietzky-Schülern aus Pankow.

Stefan HEYM verlangte:

"Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, einiger weniger, eines Apparates oder einer Partei". Alle müßten teilhaben an dieser Macht, wer sie ausübe, müsse unterworfen sein der Kontrolle der Bürger. Denn Macht korrumpiere, und absolute Macht, das könne man heute noch sehen, korrumpiere absolut.

Der Schauspieler Ekkehard SCHALL erklärte, er danke "den mutigen und, ich betone, den friedlichen Demonstranten in vielen Städten der DDR". Es hätte auch Rowdys auf beiden Seiten gegeben. Die Brutalität von Sicherheitskräften wiegt allerdings schwerer und wecke schlimme Erinnerungen".

Pfarrer SCHORLEMMER aus Wittenberg erklärte:

Die Regierung habe auf das Volk zu hören, nicht umgekehrt. Eine Atmosphäre des Vertrauens werde erst dann entstehen, wenn das "größte innenpolitische Sicherheitsrisiko, die Staatssicherheit, radikal abgebaut und vom Volke kontrolliert" werde. Fehler müßten als Fehler zugegeben werden. Aber es dürften keine neuen Gräben aufgerissen werden, Stimmen der Vergeltung aufkommen.

Thomas LANGHOFF sagte:

Wären die Worte "frei" und "öffentlich" aus den beiden heute zur Diskussion stehenden Verfassungsartikeln immer ernst genommen worden, gebe es keine Notwendigkeit für die heutige Demonstration und die von ihm verlesene Erklärung. Darin fordert er zur Offenlegung der Biografie dieses Landes die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission von Historikern, Rechtswissenschaftlern und interessierten Bürgern, die alle in der DDR eingeleiteten Verfahren wegen angeblicher Straftaten gegen Staat und öffentliche Ordnung prüfen sollten.

BSU  
000158 4

Sämtliche Akten seien dem Gremium zugänglich zu machen. Weiter forderte er, Wiedergutmachung an "Opfern des Stalinismus, an den Opfern politischer Prozesse u. a. ungerechtfertigter Zwangsmaßnahmen sowie vollständige Publizierung der Ergebnisse".

Die Schauspielerin Annekathrin BÜRGER trug daran anschließend das Lied "Worte eines politischen Gefangenen an Stalin" für Walter JANKA vor.

Der Dozent Konrad HELMER erklärte, "wir Sozialdemokraten werden jede künftige Regierung daran messen, ob sie hier zu einem wirklichen Schuldbekenntnis fähig ist". Bei Markus WOLF habe er "das vermisst".



BSU  
000018

Aufruf zur Demonstration am 15. 1. 1990, 17.00 Uhr vor dem  
Dienstobjekt Ruschestraße

1. Das Neue Forum Berlin ruft für den 15. 1., 17.00 Uhr zu einer Aktionskundgebung auf mit einer Reihe von Forderungen (siehe beiliegendes Flugblatt). Hervorzuheben ist, daß Farbe und Spraydosen mitzubringen sind und die Tore der Stasi geschlossen werden sollen.
2. Die Bild-Zeitung vom 12. 1. berichtet im Zusammenhang mit der Demonstration vor der Volkskammer von einer Aufforderung der dort demonstrierenden Arbeiter "wir mauern Euch ein".
3. Dem Amt für Nationale Sicherheit in Auflösung zugegangene Hinweise besagen, daß die Organisatoren der Demonstration die Absicht haben
  - die Eingänge der Dienstobjekte Normannenstraße, Ruschestraße und Gotlindestraße zuzumauern und
  - Losungen und Parolen an die Hauswände zu schmieren.

Nicht ausgeschlossen werden kann, trotz ausdrücklicher Bekundung der Gewaltlosigkeit -, das gewaltsame Eindringen in das Dienstobjekt.
4. Im Falle der Blockierung der Dienstobjekte, des gewaltsamen Eindringens und der Zerstörung von Einrichtungen kann eintreten,
  - eine Störung und Verhinderung des internationalen Fernmeldeverkehrs der Regierung der DDR und aller staatlichen Organe, da sich das diesbezügliche Gebäude im Dienstobjekt befindet;

BSU  
000019  
2

- eine Verzögerung der Abwicklung der Auflösung des Amtes, eine Verzögerung der Übergabe von Gebäuden und beweglichem Inventar an andere Rechtsträger;
- andere Schäden an Gebäuden, Fahrzeugen und Technik.

Der Minister für Innere Angelegenheiten der DDR wurde um die Einleitung entsprechender Maßnahmen gebeten. Die Militärstaatsanwaltschaft ist ebenfalls informiert.



# Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

§ 99 StGB	Landesverräterische Nachrichtenübermittlung
§ 106 StGB	Staatsfeindliche Hetze; u. a. Einführung, Herstellung oder Verbreitung von regimekritischen Schriften, Gegenständen oder Symbolen
§ 107 StGB	Verfassungsfeindlicher Zusammenschluss
§ 217 StGB	Zusammenrottung; Teilnahme an einer Ansammlung, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt
§ 346 StPO	Strafaussetzung auf Bewährung
IA	Abteilung IA der Generalstaatsanwaltschaft der → DDR, die für die Verfolgung von „Staatsverbrechen“ wie „staatsfeindlicher Hetze“, Hochverrat oder Sabotage zuständig war
Abs.	Absatz
Abt./ Abtl.	Abteilung; → HA
Abt. 26	Abteilung des → MfS, die mit der Telefonüberwachung betraut war; in ihren Aufgabenbereich fielen u. a. Abhörmaßnahmen im Telefonnetz, die Kontrolle der Telexnetze und das Abhören von Privat- und Diensträumen
Abteilung I	Abteilung innerhalb der Bezirksverwaltungen des → MfS, welche die funktionelle und personelle Sicherheit der Nationalen Volksarmee und Grenztruppen gewährleistete
Abt. X (HVA)	Abteilung X der Hauptverwaltung Aufklärung; war für die Desinformation im Operationsgebiet zuständig und „bearbeitete“ u. a. Medieneinrichtungen und wichtige Journalisten
Abteilung XII	Kartei und Archivabteilung des → MfS, die für die zentrale Speicherung und Verwaltung der gewonnenen Daten zuständig war
Abt. XX	Abteilung innerhalb der Bezirksverwaltungen des → MfS, die für die Überwachung wichtiger Teile des Staatsapparates, des Kulturbereichs, der Kirchen und des „politischen Untergrundes“ verantwortlich war
Abt. M	Postkontrolle; war zuständig für die Kontrolle und Auswertung von internationalen und nationalen Postsendungen (Briefe, Pakete und Telegramme) und führte hierzu umfangreiche Schriftenspeicher und Adresskarteien
ABV	Abschnittsbevollmächtigter der → DVP
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst; Nachrichtenagentur der → DDR
AG XVII	Arbeitsgruppe XVII; zuständig für die Unterhaltung und Absicherung der Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten der → DDR in West-Berlin und deren Mitarbeiter
AGV	Antrags- und Genehmigungsverfahren im Reiseverkehr; auch Teil der → HA VI
AIM	archivierter → IM-Vorgang/ archivierter → IM-Vorlauf
AK	Auskunftskartei
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe; Stabsorgan des Leiters einer Bezirksverwaltung, einer Hauptabteilung oder einer selbstständigen Abteilung im → MfS
Akt.	Aktionen
Antw.	Antwort
AP	Allgemeine Personenablage
AOPK	Archivierte Operative Personenkontrolle; → OPK
ASTA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang
Ausf.	Ausfertigung
AS	Allgemeine Sachablage
Bd.	Band



BArch	Bundesarchiv
BdL	Büro der Leitung/ Büro des Leiters
bek.	bekannt
B-Kräfte	Beobachtungskräfte
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Betr.	Betreff/ Betrifft
BfBR	Büro für Besuchs- und Reiseangelegenheiten; mit Angestellten der → DDR besetzte Einrichtungen in West-Berlin
BKK	Bereich Kommerzielle Koordinierung; zuständig für die Außenhandelsgeschäfte der → DDR
Bl.	Blatt
Bln.	Berlin
BV	Bezirksverwaltung; → HA
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschland
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Deckadresse
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Dienst Einheit; → HA
Dipl.	Diplom
DM	Deutsche Mark
DOK.	Dokumenten(-Nummer)
DVP	Deutsche Volkspolizei
Entsp(r).	Entsprechend
ER	Einreise
Erf.	Erfasst
Ex.	Exemplare
Fam.	Familiennamen
FDJ	Freie Deutsche Jugend; zentrale staatliche Jugendorganisation in der → DDR
F.d.R.d.A.	Für die Richtigkeit der Angaben
Febr.	Februar
FKK	Freikörperkultur
Fo	Foto
Freisch.	Freischaffend
Geb.	Geboren/ Geburtsdatum
Gen.	Genosse/ Genossin
Gez.	Gezeichnet
GH	Geheime Hauptablage; archivierte Akten mit besonderer Geheimhaltungsstufe
GHI	Geheimer Hauptinformator; seit 1968 → FIM (Führungs-IM)
GI	Geheimer Informator; seit 1968 → IM
GM	Geheimer Mitarbeiter; seit 1968 → IM, → IMB
GÜST	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung; Organisationsstruktur in der Stasi-Zentrale, die durch den Minister oder einen seiner Stellvertreter direkt angeleitet wurde. Die Hauptabteilungen waren für komplexe, abgegrenzte Bereiche zuständig und verantwortlich. Die entsprechenden Abteilungen auf der Ebene der 15 Bezirksverwaltungen (BV bzw. BVfS) und die Referate in den Kreisdienststellen (KD) der Stasi hatten nach dem Linienprinzip grundsätzlich die gleichen Aufgaben wie die

	Hauptabteilungen in der Zentrale. Organisationseinheiten wie Abteilungen, Arbeitsgruppen oder Referate bezeichnete die Stasi auch als Dienst Einheiten (DE).
HA I	Hauptabteilung I; zuständig für die Abwehrarbeit innerhalb des Ministeriums für Nationale Verteidigung, der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen
HA III	Hauptabteilung III; war mit der Funkaufklärung und Funkabwehr betraut
HA VI	Hauptabteilung VI; befasste sich mit dem grenzüberschreitenden Reiseverkehr und war für die Passkontrolle, Überwachung des Tourismus und der Interhotels verantwortlich
HA VIII	Hauptabteilung VIII; führte im Auftrag anderer Dienst Einheiten Beobachtungen, Wohnungsdurchsuchungen, Ermittlungen und Festnahmen durch und machte heimliche Foto- und Videoaufnahmen
HA IX	Hauptabteilung IX; sofern eine „staatsfeindliche“ Straftat vermutet wurde oder politisches Interesse bestand, war sie als Untersuchungsorgan der Stasi für strafrechtliche Ermittlungen zuständig
HA XX	Hauptabteilung XX; war für die zentrale Überwachung wichtiger Teile des Staatsapparats, des Kulturbereichs, der Kirchen und des „politischen Untergrundes“ verantwortlich
HA PS	Hauptabteilung Personenschutz; war insbesondere für den „physischen Schutz“ der Partei- und Staatsführung zuständig
HPF	Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung; ab 1970 → Hauptabteilung VI
Hptm	Hauptmann
HV A	Hauptverwaltung A; organisierte die Auslandsespionage der Stasi
i.d.F.v.	in der Fassung vom/ von
IM	Inoffizieller Mitarbeiter; Person, die für die Lösung der Aufgaben des → MfS zur geheimen Zusammenarbeit verpflichtet wurde. IM waren deren wichtigstes Instrument, um Informationen über Personen, die Gesellschaft, Institutionen und Organisationen in der → DDR oder im Ausland zu gewinnen. Sie lieferten u. a. schriftliche oder mündliche Berichte über Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung. Die Stasi differenzierte Inoffizielle Mitarbeiter je nach Einsatzschwerpunkt in verschiedene Kategorien.
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung; bearbeitete unmittelbar Personen, die im Verdacht der Feindtätigkeit standen
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im/für einen besonderen Einsatz; besaß eine Schlüsselposition oder verfügte über spezielle Kenntnisse
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches; wurde vorrangig zur Informationsbeschaffung und Überwachung in Betrieben, gesellschaftlichen Einrichtungen, Forschungs- und Bildungsstätten oder staatlichen Institutionen eingesetzt
Inf.	Information
K	Kripo (Kriminalpolizei)
kapital.	kapitalistisch
KASR	Eigennamen
KD	Kreisdienststelle; → HA
KfZ	Kraftfahrzeug
KK	Kerblockkartenerfassung; Erfassungsart in der Personenkartei F 16
KuSch	Kader und Schulung; Personalabteilung des → MfS
KVW	vermutlich Tippfehler; gemeint ist die KWV als Kommunale Wohnungsverwaltung
KW	konspirative Wohnung
LKW	Lastkraftwagen
Ltn.	Leutnant
LV	Landesverband



MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Mitgl.	Mitglied
N	Nachrichten; selbstständige Abteilung des → MfS für interne Nachrichtenverbindung
Na.dienstl.	nachrichtendienstlich
Nr.	Nummer
NSW	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
Oberstltn	Oberstleutnant
OG	Operativgruppe; Struktureinheit, die inoffizielle Mitarbeiter einsetzte
o.g.	oben genannt(er)
Oltm.	Oberleutnant
op./oper.	operativ
OPK	Operative Personenkontrolle; Vorgang, den des → MfS anlegte, um „verdächtige“ Personen bzw. Gruppen vorbeugend oder auf einen konkreten Verdacht hin zu bearbeiten
OV	Operativer Vorgang; Akten und Vorgangskategorie des → MfS
PEN	Poets, Essayists, Novelists; bekannter internationaler Autorenverband
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PID	Politisch-ideologische Diversion; Aktivitäten gegen die offizielle Staatsideologie
PKE	Passkontrollereinheit
PKK	Parteikontrollkommission der → SED
PKW	Personenkraftwagen
PKZ	Personenkennzahl; zur eindeutigen Identifizierung genutzte Ausweisnummer in der → DDR, die sich aus Geburtsdatum, Geschlecht und laufender Nummer zusammensetzte
Ref.	Referat; → HA
Reg.-Nr.	Registriernummer
Sa.Inf.	Sammelinformation
S-Bahn	Schnell-Bahn
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sekr.	Sekretariat
SFB	Sender Freies Berlin
Sozial.	sozialistisch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stellv.	Stellvertreter
StGB	Strafgesetzbuch
StPo	Strafprozessordnung
Str.	Straße
SWT	Sektor Wissenschaft und Technik; Wirtschaftsspionage der → HV A
T.	Termin
Tgb-N(umme)r	Tagebuchnummer
Tel.	Telefonnummer
TU	Technische Universität (Berlin)
U-Bhf.	Untergrund-Bahnhof
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Unterbr.	Unterbrechung
US/USA	United States of America
ÜSE	Übersiedlungersuchen(der); Person, die einen Antrag auf ständige Ausreise aus der → DDR gestellt hat
VEB	Volkseigener Betrieb; Rechtsform der Industrie und Dienstleistungsbetriebe im Staatseigentum der → DDR
Verb.	Verbindung
VK	Verkehrspolizei
Vogtl.	Vogtland
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste; sicherte die Arbeit des → MfS materiell-technisch ab
VS	Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WB	West-Berlin
WBA	Wohnbezirksausschuss
wh.	wohnhaf
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz; zuständig für die Gewährleistung des Geheimnisschutzes in der →DDR
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZBfBR.	Zentrales Büro für Besuchs- und Reiseangelegenheiten; offiziell Organ des Ministerrats, tatsächlich jedoch → Arbeitsgruppe XVII
Zeitl.	zeitlich
ZK	Zentralkomitee der → SED
ZK-Abtl. 62	Abteilung 62 des → ZK; zuständig für Westarbeit
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe; koordinierte das Vorgehen des → MfS bei Ausreisen und Republikfluchten
ZOS	Zentraler Operativstab; Lagezentrum des → MfS
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang; Akten und Vorgangskategorie des → MfS





Fotos: BArch/Dresen

## Stasi-Unterlagen-Archiv

### Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz massiver Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Seinen Hauptsitz hat das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zudem gibt es Standorte in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter [www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de) und [www.stasi-mediathek.de](http://www.stasi-mediathek.de).



**Kontakt Daten Berlin****Stasi-Unterlagen-Archiv**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin-Mitte  
Postanschrift: 10106 Berlin  
Tel.: 030 2324-50  
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Presseanfragen**

Tel.: 030 2324-7181  
presse.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Öffentlichkeitsarbeit / Campus**

Tel.: 030 2324-7196  
GZ.KW2@bundesarchiv.de

**Bürgerberatung**

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:  
Mo-Do 08:00-17:00  
Fr 08:00-14:00  
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
030 2324-7000

**Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien**

Tel.: 030 2324-9051/-9061  
GZ.AU5@bundesarchiv.de  
GZ.AU6@bundesarchiv.de

**Abteilung Kommunikation und Wissen**

Tel.: 030 2324-7171  
kommunikation@bundesarchiv.de

**Fachbibliothek**

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:  
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bibliothek  
Tel.: 030 2324-6826  
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Ausstellungen und Dokumentationen**

Tel.: 030 2324-6731  
GZ.BF3@bundesarchiv.de

**Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie****Besucherzentrum**

„Haus 22“  
Ruschestraße 103  
10365 Berlin  
Täglich von 10:00-18:00 geöffnet

**Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv**

„Einblick ins Geheime“  
„Haus 7“  
Ruschestraße 103  
10365 Berlin  
Tel.: 030 2324-6699  
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de  
Öffnungszeiten:  
Mo-Fr 10:00-18:00  
Sa, So 11:00-18:00  
Weitere Informationen finden Sie unter:  
www.einblick-ins-geheime.de

**Bildungsteam**

„Haus 1“  
Ruschestraße 103  
10365 Berlin  
Tel.: 030 2324-6757  
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de  
Weitere Informationen finden Sie unter:  
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

**Stasimuseum**

**Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“**  
„Haus 1“  
Ruschestraße 103  
10365 Berlin  
Öffnungszeiten:  
Mo-Fr 10:00-18:00  
Sa, So, Feiertag 11:00-18:00  
Tel.: 030 553 68 54  
info@stasimuseum.de  
Weitere Informationen finden Sie unter:  
www.stasimuseum.de

**Kontakt Daten Brandenburg****Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87  
15234 Frankfurt  
Tel.: 0335 6068-0  
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Beratungsstelle Cottbus**

Karl-Marx-Straße 67  
03044 Cottbus  
Aktuelle Termine finden Sie auf  
www.stasi-unterlagen-archiv.de

**Kontakt Daten Mecklenburg-Vorpommern****Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120  
17033 Neubrandenburg  
Tel.: 0395 7774-0  
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Rostock**

Straße der Demokratie 2  
18196 Waldeck-Dummerstorf  
Tel.: 038208 826-0  
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Schwerin**

Görslow, Resthof  
19067 Leezen  
Tel.: 03860 503-0  
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Sachsen-Anhalt****Standort Halle**

Blücherstr. 2  
06122 Halle  
Tel.: 0345 6141-0  
halle.stasiunterlagenarchiv.bundesarchiv.de

**Standort Magdeburg**

Georg-Kaiser-Str. 7  
39116 Magdeburg  
Tel.: 0391 6271-0  
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Sachsen****Standort Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52  
09117 Chemnitz  
Tel.: 0371 8082-0  
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Dresden**

Rieser Straße 7  
01129 Dresden  
Tel.: 0351 2508-0  
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Leipzig**

Dittrichring 24  
04109 Leipzig  
Tel.: 0341 2247-0  
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Kontakt Daten Thüringen****Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361 5519-0  
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Gera**

Hermann-Drechsler-Straße 1  
Haus 3  
07548 Gera  
Tel.: 0365 5518-0  
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Standort Suhl**

Weidbergstr. 34  
98527 Suhl  
Tel.: 03681 456-0  
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de



## Dokumentenhefte

### Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

#### **Aktion „Gegenschlag“**

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983  
84 S., Berlin 2013

#### **Die Stasi in Stuttgart**

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv  
80 S., Berlin 2013

#### **Udo rockt für den Weltfrieden**

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen  
112 S., Berlin 2013

#### **„Eingeschränkte Freiheit“**

Der Fall Gabriele Stötzer  
76 S., Berlin 2014

#### **Operativer Vorgang „Inspirator“**

Der Weimarer Montagskreis  
108 S., Berlin 2014

#### **Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989**

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg  
76 S., Berlin 2014

#### **Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989**

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)  
80 S., Berlin 2014

#### **Gefängnis statt Rolling Stones**

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen  
132 S., Berlin 2014

#### **„Überall kocht und brodel es ...“**

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen  
106 S., Berlin 2014

#### **Niedersachsen und die Stasi**

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“  
92 S., Berlin 2014

#### **„Keine Gewalt!“**

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89  
132 S., Berlin 2014

#### **„Stasi raus – es ist aus!“**

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei  
160 S., Berlin 2015

#### **Hessen und die Stasi**

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“  
58 S., Berlin 2015

#### **Tschernobyl**

Der Super-GAU und die Stasi  
82 S., Berlin 2016

#### **„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“**

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR  
112 S., Berlin 2016

#### **„... anarcho-terroristische Kräfte“**

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi  
112 S., Berlin 2017

#### **Rheinland-Pfalz und die Stasi**

Spionage, Überwachung, Verschleierung  
78 S., Berlin 2017

#### **„Blick in einen Zerrspiegel“**

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen  
128 S., Berlin 2018

#### **Das geteilte Berlin und die Stasi**

Spionage, Opposition und Alltag  
120 S., Berlin 2018

*Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.*

*Herausgeber*

*Das Bundesarchiv  
Stasi-Unterlagen-Archiv  
Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin*

*Postanschrift*

*10106 Berlin*

*Bestellung*

*Telefon: 030 2324-7777*

*Fax: 030 2324-6739*

*publikation.stasiunterlagenarchiv@*

*bundesarchiv.de*

*www.stasi-unterlagen-archiv.de*



„Ein Sonderzug  
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien



## Impressum

### Herausgeber

Bundesarchiv  
Stasi-Unterlagen-Archiv  
Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin  
Telefon: 030 2324-50  
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

### Gestaltung

Pralle Sonne  
Berlin

### Redaktion

Bundesarchiv  
Stasi-Unterlagen-Archiv  
Abteilung Kommunikation und Wissen  
10106 Berlin  
www.stasi-unterlagen-archiv.de

### Wissenschaftliche Beratung

Dr. Bernd Florath, Berlin

### Titelfoto

Luftbildaufnahme der Berliner Mauer am Brandenburger Tor  
BArch, MfS, HA I, Fo, Nr. 0365, Bild 0033

### Stasi-Mediathek

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter  
www.stasi-mediathek.de



Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter [www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2018, vā. Aufl. 2021



